

1. Sitzung

Mittwoch, 4. Oktober 2017

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Beschluss über den Beginn der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Anzeige über Änderungen der Klubs
4. Neuwahl eines Ersatzmitgliedes für den Bundesrat
5. Genehmigung der Protokolle der 6. und 7. Sitzung der 5. Session der 15. GP
6. Einlauf
 - 6.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 6.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetz 1986 geändert wird (Nr. 2 der Beilagen)
 - 6.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Prebersee Gemeindefstraße als Landesstraße übernommen wird (Nr. 4 der Beilagen)
 - 6.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Schaffung eines Fonds zur Förderung der Brandverhütung und der Brandursachenermittlung im Land Salzburg geändert wird (Nr. 6 der Beilagen)
 - 6.1.4 Bericht der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2016 (Nr. 1 der Beilagen)
 - 6.1.5 Bericht der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) betreffend das Jahr 2016 (Nr. 3 der Beilagen)
 - 6.1.6 Bericht der Landesregierung über die Verwendung der Mittel des Salzburger Naturschutzfonds des Landes Salzburg für das Jahr 2016 (Nr. 5 der Beilagen)
 - 6.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend die Einräumung eines Baurechtes an Gst. 3271/6, KG 56537 Salzburg (Nr. 33 der Beilagen)
 - 6.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 und das Landeshaushaltsgesetz 2017 - LHG 2017 geändert, ein Gesetz über die Struktur und die Führung des Landeshaushalts (Allgemeines Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018) und ein Gesetz über Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Gemeinde-Haftungsobergrenzenengesetz 2018 - GemHOG 2018)

erlassen und das Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 sowie das Salzburger Landeselektrizitätsgesetz 1999 geändert werden (Haushaltsrechts- und Verwaltungsabgabenreform-Gesetz 2018)
(Nr. 35 der Beilagen)

6.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Baupolizeigesetz 1997, das Salzburger Bautechnikgesetz 2015, die Salzburger Gemeindeordnung 1994, das Gesetz LGBl Nr 52/2017, das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 und das Salzburger Naturschutzgesetz 1999 geändert werden
(Nr. 36 der Beilagen)

6.1.10 Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2018 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2018, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2019 bis 2022 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2018 - LHG 2018)
(Nr. 37 der Beilagen)

6.2 Anträge

6.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Brand betreffend die Einführung eines Salzburg-Land-Tickets
(Nr. 38 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Brand)

6.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Personalaufstockung bei der Polizei
(Nr. 39 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

6.2.3 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli, Neuhofer, Schnitzhofer und Fuchs betreffend eine Novellierung des Salzburger Einforstungsrechtgesetzes
(Nr. 40 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

6.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschli, HR Dr. Schöchli und Jöbstl betreffend die Anerkennung der roten Kennzeichentafeln für Fahrrad-Heckträger in Deutschland
(Nr. 41 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

6.2.5 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschli und Bartel betreffend die Finanzierung von Blindenführhunden
(Nr. 42 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschli)

6.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschli, Bartel und Obermoser betreffend ein Maßnahmenpaket zur Integration von Blinden und Sehbehinderten in den Arbeitsmarkt
(Nr. 43 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschli)

6.2.7 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. Schöchli betreffend eine Stellungnahme zum „Weißbuch der Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025, Überlegungen und Szenarien“
(Nr. 44 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

6.2.8 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Brand betreffend Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung im Land Salzburg
(Nr. 45 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

- 6.2.9 Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Brand betreffend Attraktivierung des Angebots im Bereich öffentlicher Verkehr für Salzburger Jugendliche bezüglich der Fahrpläne und der Fahrpreise
(Nr. 46 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)
- 6.2.10 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Freizeitassistenten
(Nr. 47 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 6.2.11 Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Aufnahme von „Kiss and Go Zonen“ in die StVO
(Nr. 48 der Beilagen - Berichterstatterin: Dr.ⁱⁿ Solarz)
- 6.2.12 Antrag der Abg. Fuchs und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend QR-Codes an Medikamenten
(Nr. 49 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 6.2.13 Antrag der Abg. Fuchs und Heilig-Hofbauer BA betreffend die Produktion von Eiern im Bundesland Salzburg
(Nr. 50 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 6.2.14 Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Heilig Hofbauer BA betreffend eine Jugend-Jahreskarte für ganz Österreich
(Nr. 51 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)
- 6.2.15 Antrag der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend Eigentumswohnungen für wohnbauförderungswürdige Personen
(Nr. 52 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 6.2.16 Antrag der Abg. Scheinast und Fuchs betreffend den tatsächlichen Normverbrauch bei Fahrzeugen
(Nr. 53 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 6.2.17 Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend die Grauen Wölfe in Bergheim
(Nr. 54 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)
- 6.2.18 Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend den Zugang zu öffentlich rechtlichen Sendern
(Nr. 55 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)
- 6.2.19 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Änderung der Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung
(Nr. 56 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 6.2.20 Antrag der Abg. Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Verbot des Einsatzes und Inverkehrbringung von glyphosathaltigen Herbiziden im Land Salzburg
(Nr. 57 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 6.2.21 Antrag der Abg. Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Sicherheitsüberprüfung und bauliche Sicherheitsmaßnahmen betreffend Pinzgaubahn
(Nr. 58 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

- 6.3 schriftliche Anfragen
- 6.3.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2017 (Nr. 1-ANF der Beilagen)
- 6.3.2 Anfrage der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr betreffend die Vergabe von Eigentumswohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV) (Nr. 2-ANF der Beilagen)
- 6.3.3 Anfrage der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr betreffend die Vergabe von geförderten Mietwohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV), Städte und Gemeinden (Nr. 3-ANF der Beilagen)
- 6.3.4 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Strafzahlungen im Zusammenhang mit der Salzburger Finanzcausa (Nr. 4-ANF der Beilagen)
- 6.3.5 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Abg. Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA bezüglich Zweck und Kosten ihrer Auslandsreisen (Nr. 5-ANF der Beilagen)
- 6.3.6 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz, Klubvorsitzenden Steidl und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend schulische Tagesbetreuung (Nr. 6-ANF der Beilagen)
- 6.3.7 Anfrage der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung betreffend eventuelle Bußgeldzahlungen an die EU-Kommission (Nr. 7-ANF der Beilagen)
- 6.3.8 Anfrage der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung betreffend Finanzgeschäfte von Gemeinden (Nr. 8-ANF der Beilagen)
- 6.3.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend öffentliche Sportförderung (Nr. 9-ANF der Beilagen)
- 6.3.10 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Investitionsplan SALK - Haus B (Nr. 10-ANF der Beilagen)
- 6.3.11 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer BA und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Beklebung von Bussen des Öffentlichen Verkehrs (Nr. 11-ANF der Beilagen)
- 6.3.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2017 (Nr. 12-ANF der Beilagen)

- 6.3.13 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Chalets in Unken
(Nr. 13-ANF der Beilagen)
- 6.3.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrat Mayr betreffend Anstieg der Zahl der Schwertransporter auf Salzburgs Straßen
(Nr. 14-ANF der Beilagen)
- 6.3.15 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Kindergesundheit
(Nr. 15-ANF der Beilagen)
- 6.3.16 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Sportförderung
(Nr. 16-ANF der Beilagen)
- 6.3.17 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 17-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - bezüglich der Kosten des Besuchs von Emmanuel Macron am 23. und 24. August 2017
(Nr. 17-BEA der Beilagen)
- 6.3.18 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA bezüglich Subventionen ihres Ressorts
(Nr. 18-ANF der Beilagen)
- 6.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2017
(Nr. 19-ANF der Beilagen)
- 6.3.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2017
(Nr. 20-ANF der Beilagen)
- 6.3.21 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Straßenzustand und Plausibilitätsprüfung
(Nr. 21-ANF der Beilagen)
- 6.3.22 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, HR Dr. Schöchli, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend die Nutzung von Elektrofahrrädern
(Nr. 22-ANF der Beilagen)
- 6.3.23 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Entlastung der Landesverwaltung durch das Landesverwaltungsgericht
(Nr. 23-ANF der Beilagen)
- 6.3.24 Anfrage der Abg. Schneglberger, Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Wettunternehmer
(Nr. 24-ANF der Beilagen)
- 6.3.25 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern
(Nr. 25-ANF der Beilagen)

- 6.3.26 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Scheinast an die Landesregierung betreffend den Syndikatsvertrag der Salzburg AG
(Nr. 26-ANF der Beilagen)
- 6.3.27 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung betreffend Wildvögel im Bundesland Salzburg
(Nr. 27-ANF der Beilagen)
- 6.3.28 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2017
(Nr. 28-ANF der Beilagen)
- 6.3.29 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Hang- und Felssicherung
(Nr. 29-ANF der Beilagen)
- 6.3.30 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung bezüglich unterschiedlicher Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Tunnels auf der A10
(Nr. 30-ANF der Beilagen)
- 6.3.31 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung bezüglich Vignettenpflicht in Österreich
(Nr. 31-ANF der Beilagen)
- 6.3.32 Anfrage der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Vergabe der Residenz
(Nr. 32-ANF der Beilagen)
- 6.3.33 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Fuchs an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Informatik-HTL in St. Johann
(Nr. 33-ANF der Beilagen)
- 6.3.34 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Krankenhaus Tamsweg
(Nr. 34-ANF der Beilagen)
- 6.3.35 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend SALK-Haus B
(Nr. 35-ANF der Beilagen)
- 6.3.36 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Nutzung von Landesliegenschaften
(Nr. 36-ANF der Beilagen)
- 6.3.37 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Umstellung auf Digitalfunk BOS Austria
(Nr. 37-ANF der Beilagen)
- 6.3.38 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend das Ausfahren von Düngemitteln
(Nr. 38-ANF der Beilagen)

- 6.4 Berichte des Landesrechnungshofes, Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 6.4.1 Bericht des Rechnungshofes (Reihe Salzburg 2017/3) betreffend Finanzausgleich: Finanzzuweisungen laut §21 FAG
- 7. Aktuelle Stunde
"Salzburger Verkehrspolitik in der Sackgasse" (SPÖ)
- 8. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
- 8.1 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. SchöchI an Landesrat Mayr betreffend Begegnungszonen im Bundesland Salzburg
- 8.2 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Josef-Rehrl-Schule
- 8.3 Mündliche Anfrage der Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend die SUPER s'COOL-CARD
- 8.4 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Bettelei in der Stadt Salzburg
- 8.5 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat Mayr betreffend das Busterminal Lastenstraße
- 8.6 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptfrau-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020
- 8.7 Mündliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Abschaffung des Pflegeregress
- 8.8 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend den Butterpreis
- 8.9 Mündliche Anfrage der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Domquartier
- ~~9. Dringliche Anfragen~~
- 10. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 10.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Salzburger Gemeindebeamtengesetz 1968, das Salzburger Bezügegesetz 1992 und das Salzburger Gemeindesanitätsgesetz 1967 geändert werden (Nr. 7 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 10.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landesverwaltungsgerichtsgesetz, das Salzburger Landes-Beamtengesetz 1987, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Landesbediensteten-Gehaltsgesetz, das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Landesbediensteten-Zuweisungs- und Betriebsübergangsgesetz geändert werden (Nr. 8 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

- 10.3 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2016 (Nr. 9 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Neuhofer)
- 10.4 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, HR Dr. Schöchl und Klubobfrau Mag.^a Gutschl betreffend die pensionsrechtliche Besserstellung für pflegende Personen (Nr. 10 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
- 10.5 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Bartel und Obermoser betreffend die Einführung einer Nächtigungsabgabepflicht für Online-Vermietungsplattformen (Nr. 11 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.6 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend die notärztliche Versorgung im nördlichen Flachgau (Nr. 12 der Beilagen - Berichterstatte(r): Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 10.7 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.ⁱⁿ Solarz betreffend Schulkosten-Monitoring (Nr. 13 der Beilagen - Berichterstatte(r): Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 10.8 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend blinde und sehbehinderte Menschen im Bundesland Salzburg (Nr. 14 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 10.9 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Ökologisierung von Baumaterialien (Nr. 15 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Fuchs)
- 10.10 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann (Nr. 152 der Beilagen 5.S 15.GP) betreffend die Ausbildung von Führungskräften in Senioren- und Pflegeeinrichtungen (Nr. 16 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Wiedermann)
- 10.11 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Abänderung des Salzburger Baupolizeigesetzes (Nr. 17 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Rothenwänder)
- 10.12 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell betreffend Blaulicht-Genehmigung für die Österreichische Tierrettung (Nr. 18 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Wiedermann)
- 10.13 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die punktuelle Erweiterung Salzburgs als Weltkulturerbe mit dem Schloss Hellbrunn und der Basilika Maria Plain (Nr. 19 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Steiner-Wieser)

- 10.14 Bericht des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2016 (Nr. 20 der Beilagen -Berichterstatlerin: Abg. Jöbstl)
- 10.15 Bericht des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2017 (Nr. 21 der Beilagen -Berichterstatler: Abg. Heilig-Hofbauer BA)
- 10.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses als Immunitäts- und Disziplinarausschuss zum Ersuchen der Staatsanwaltschaft Salzburg um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Salzburger Landtag Simon Hofbauer, BA wegen des Verdachtes der Verleumdung nach § 297 Abs. 1 erster Fall StGB (Zahl 59 BAZ 532/17x) vom 7. August 2017 (Nr. 22 der Beilagen - Berichterstatler: Klubobmann Abg. Schwaighofer)
- 10.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses als Immunitäts- und Disziplinarausschuss zum Ersuchen der Staatsanwaltschaft Salzburg um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung der Abgeordneten zum Salzburger Landtag Dr.ⁱⁿ Nicole Solarz wegen des Verdachtes der Verleumdung nach § 297 Abs. 1 erster Fall StGB (Zahl 17 St 158/17p) vom 7. August 2017 (Nr. 23 der Beilagen - Berichterstatler: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 10.18 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend die Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H (GSWB) (Nr. 24 der Beilagen -Berichterstatlerin: Abg. Fürhapter)
- 10.19 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes (Reihe Salzburg 2017/2) betreffend den Regionalverband Salzburger Seenland (Nr. 25 der Beilagen -Berichterstatlerin: Abg. Neuhofer)
- 10.20 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Baupolizeigesetz 1997, das Salzburger Bautechnikgesetz 2015, die Salzburger Gemeindeordnung 1994, das Gesetz LGBl. Nr. 52/2017, das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 und das Salzburger Naturschutzgesetz 1999 geändert werden (Nr. 59 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Scheinast)
- 10.21 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum dringlichen Antrag betreffend die Einführung eines Salzburg-Land-Tickets (Nr. 60 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Brand)
- 10.22 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Personalaufstockung bei der Polizei (Nr. 61 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Wiedermann)
11. Beantwortung Schriftlicher Anfragen
- 11.1 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 188-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend den Ergebnissen der Verkehrspolitik seit 2004 (Nr. 188-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.2 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr-189-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat DI Dr. Schwaiger -

betreffend Prämien und Gehälter
(Nr. 189-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

- 11.3 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 190-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend ULSZ Rif (Nr. 190-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.4 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 193-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Ärztemangel (Nr. 193-BEA der Beilagen d. 5.S.d.15.GP)
- 11.5 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr. 194-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Arbeitsbedingungen in den SALK (Nr. 194-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.6 Anfrage der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Schneglberger an die Landesregierung (Nr. 195-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die personelle Situation der Polizei im Bundesland Salzburg (Nr. 195-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.7 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 196-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend den Atomstromanteil im Netz der Salzburg AG (Nr. 196-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.8 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung (Nr. 197-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend die Kosten pro Buskilometer (Nr. 197-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 198-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2017 (Nr. 198-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 199-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2017 (Nr. 199-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 200-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Sicherheitsbedingungen für Salzburger Bahnen (Nr. 200-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

- 11.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 201-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend den neuen „Taferlklassler-Test“ (Nr. 201-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 202-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend das Thermenprojekt St. Martin bei Lofer (Nr. 202-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.14 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 203-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Gesundheitsförderung für Menschen mit Behinderung (Nr. 203-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.15 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 204-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend der Kürzung des Budgets für Straßenbau (Nr. 204-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.16 Anfrage der Abg. Scheinast und Diⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 205-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Begegnungszonen (Nr. 205-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.17 Anfrage der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr (Nr. 206-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Klein- bzw. Startwohnungen (Nr. 206-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.18 Anfrage der Abg. Konrad MBA und HR Dr. Schöchlin an Landesrat Mayr (Nr. 207-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend finanzielle Entwicklung des öffentlichen Stadtverkehrs (Nr. 207-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.19 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 208-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Förderung von Frauenberatungsstellen (Nr. 208-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.20 Anfrage der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. Schöchlin an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 210-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 (Nr. 210-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.21 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Abg. Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 211-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen (Nr. 211-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.22 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 212-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend nicht mehr ignorierbare Verhaltensauffälligkeiten eines Bürgermeisterorganes mit dem konkreten verbalen Ausfluss: „ihr kotzt mich alle an“ (Nr. 212-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

- 11.23 Anfrage der Abg. Schneglberger und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 213-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Tierschutz (Nr. 213-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung (Nr. 214-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend genehmigter Tierversuche im Bundesland Salzburg (Nr. 214-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.25 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 215-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Zuständigkeiten von Landesbediensteten im Verfahren 380-kV-Salzburgleitung (Nr. 215-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.26 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. Schöchgl und Jöbstl an die Landesregierung (Nr. 216-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Jugendgemeinderäte in Salzburg (Nr. 216-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.27 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 217-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend externe Expertinnen und Experten der Salzburg AG (Nr. 217-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.28 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 218-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend den Wasserpegel des Wolfgangsees (Nr. 218-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.29 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 219-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend akustische Warnsignale für Wildwechsel (Nr. 219-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.30 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 220-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Förderungen in der Jugendarbeit (Nr. 220-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.31 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 221-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend das Baum- und Bienensterben im Land Salzburg (Nr. 221-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

- 11.32 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. Schöchel und Jöbstl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 222-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Auswirkungen der Bildungsreform auf Salzburger Sonderschulen (Nr. 222-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.33 Anfrage der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 223-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Salzburg 20.16 GmbH (Nr. 223-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.34 Anfrage der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 224-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Projektabwicklung im Rahmen des Jubiläumsjahres Salzburg 20.16 (Nr. 224-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.35 Anfrage der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 225-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Medienkooperation im Rahmen von Salzburg 20.16 (Nr. 225-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.36 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (226-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) bezüglich türkischer Doppelstaatsbürgerschaften im Land Salzburg (Nr. 226-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.37 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 227-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die psychosoziale Versorgung im Bundesland Salzburg (Nr. 227-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.38 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 228-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Primärversorgungszentren im Land Salzburg (Nr. 228-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.39 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. Schöchel an Landesrat Mayr (Nr. 229-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Teilnahme an der vom Bundesministerium für ein lebenswertes Österreich unterstützten Initiative „Gemeinsam mobil“ (Nr. 229-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.40 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 230-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Salzburg (Nr. 230-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.41 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 231-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Geschwindigkeitsüberwachung in Tunnelbereichen (Nr. 231-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)
- 11.42 Anfrage der Abg. Mag.^a Sieberth und Heilig-Hofbauer BA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 232-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Weiterentwicklung der Qualität in der Kinderbetreuung (Nr. 232-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

- 11.43 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 1-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2017
(Nr. 1-BEA der Beilagen)
- 11.44 Anfrage der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr (Nr. 2-ANF der Beilagen) betreffend die Vergabe von Eigentumswohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV)
(Nr. 2-BEA der Beilagen)
- 11.45 Anfrage der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr (Nr. 3-ANF der Beilagen) betreffend die Vergabe von geförderten Mietwohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV), Städte und Gemeinden
(Nr. 3-BEA der Beilagen)
- 11.46 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 4-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Strafzahlungen im Zusammenhang mit der Salzburger Finanzcausa
(Nr. 4-BEA der Beilagen)
- 11.47 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 5-ANF der Beilagen) betreffend Zweck und Kosten ihrer Auslandsreisen
(Nr. 5-BEA der Beilagen)
- 11.48 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz, Klubvorsitzenden Steidl und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 6-ANF der Beilagen) betreffend schulische Tagesbetreuung
(Nr. 6-BEA der Beilagen)
- 11.49 Anfrage der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 7-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend eventuelle Bußgeldzahlungen an die EU-Kommission
(Nr. 7-BEA der Beilagen)
- 11.50 Anfrage der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 8-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Finanzgeschäfte von Gemeinden
(Nr. 8-BEA der Beilagen)
- 11.51 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 9-ANF der Beilagen) betreffend öffentliche Sportförderung
(Nr. 9-BEA der Beilagen)
- 11.52 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 10-ANF der Beilagen) betreffend Investitionsplan SALK - Haus B
(Nr. 10-BEA der Beilagen)

- 11.53 Anfrage der Abg. Heilig-Hofbauer BA und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 11-ANF der Beilagen) betreffend die Beklebung von Bussen des Öffentlichen Verkehrs (Nr. 11-BEA der Beilagen)
- 11.54 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 12-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2017 (Nr. 12-BEA der Beilagen)
- 11.55 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 13-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Chalets in Unken (Nr. 13-BEA der Beilagen)
- 11.56 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrat Mayr (Nr. 14-ANF der Beilagen) betreffend Anstieg der Zahl der Schwertransporter auf Salzburger Straßen (Nr. 14-BEA der Beilagen)
- 11.57 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 15-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Kindergesundheit (Nr. 15-BEA der Beilagen)
- 11.58 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 16-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Sportförderung (Nr. 16-BEA der Beilagen)
12. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 12.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017 betreffend eine Änderung des Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetzes 1986 (Nr. 26 der Beilagen)
- 12.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 9. November 2016 betreffend die psychische Versorgung im Bundesland Salzburg und zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend die psychiatrische Versorgung in der Versorgungsregion Süd (Nr. 27 der Beilagen)
- 12.3 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Februar 2016 betreffend ein Aktionsjahr für Kindergesundheit (Nr. 28 der Beilagen)
- 12.4 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Salzburg (Nr. 29 der Beilagen)

- 12.5 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend Felbertauernstraße im Stadtgebiet Mittersill (Nr. 30 der Beilagen)
- 12.6 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017 betreffend Öffi-Tarife für Pensionisten (Nr. 31 der Beilagen)
- 12.7 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017 betreffend SeniorInnenticket (Nr. 32 der Beilagen)
- 12.8 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 15. Dezember 2010 betreffend eine Salzburger "Offensive Barrierefreiheit" (Nr. 34 der Beilagen)

.....

(Beginn der Sitzung: 09:02 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Gäste!

Ich ersuche Euch, die Plätze einzunehmen und alle Handys auf lautlos zu schalten. Danke.

Ich eröffne die 1. Sitzung der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode. Ich rufe auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind alle Bundesräte, weil im Parlament in Wien Sitzung ist. Klubobmann Abgeordneter Dr. Schnell ganztags, Abgeordneter Mag. Schmidlechner und Abgeordneter Brand ganztags, Landeshauptmann Dr. Haslauer ab 15:30 Uhr, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA ab 17:00 Uhr, Abgeordnete Dr.ⁱⁿ Solarz ab 16:00 Uhr.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 2: Beschluss über den Beginn der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Gemäß unserer Geschäftsordnung (§ 1 Abs. 2) haben wir einen Beschluss über den Beginn jeder Session zu fassen. Ich gehe davon aus, dass es keine Einwände dagegen gibt und wir

einstimmig diesen Beschluss zur Kenntnis nehmen. Keine Einwände. Danke. Damit ist der Beschluss über den Beginn der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode gefasst.

Ich rufe auf

Punkt 3: Anzeige über Änderungen der Klubs

Mit Schreiben vom 2. August hat Klubobmann Naderer bekanntgegeben, dass der Team Stronach Salzburg Klub in den Landtagsklub Freie Wähler Salzburgs - FWS-Klub umbenannt wurde. Bitte Herr Kollege Konrad!

Abg. Konrad MBA: Darf ich auf die Toilette gehen, ich muss mich übergeben!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Kollege Konrad!

Ich rufe Sie hiermit zur Ordnung. Das ist eine Äußerung, die diesem Hause nicht würdig ist.

Ich rufe auf

Punkt 4: Neuwahl eines Ersatzmitgliedes für den Bundesrat

Unser Bundesrat Sepp Saller hat mit Ablauf des 30. September 2017 auf sein Bundesratsmandat verzichtet. Bundesrat a.D. Sepp Saller zog 1999 in den Bundesrat ein und ich möchte in diesem unserem Rahmen hier noch einmal ganz herzlich für seine langjährige Arbeit im Bundesrat danken und ich wünsche ihm von dieser Stelle aus noch einen schönen politischen Ruhestand. (Allgemeiner Beifall)

Das Ersatzmitglied Frau Dr.ⁱⁿ Andrea Eder-Gitschthaler ist mit 1. Oktober 2017 als Bundesrätin nachgerückt und sie wird morgen am 5. Oktober auch im Bundesrat angelobt.

Gemäß unserer Geschäftsordnung § 25 steht der ÖVP das Vorschlagsrecht für die Wahl eines Ersatzmitgliedes zu und wir haben das in der Präsidialkonferenz auch schon vorbesprochen, dass wir eine offene Abstimmung über das Ersatzmitglied durchführen.

Mit Schreiben vom 2. Oktober hat Frau Klubobfrau Mag.^a Gutschl Frau Elisabeth Pletzenauer zur Wahl vorgeschlagen. Eine Zustimmungserklärung von Frau Pletzenauer liegt mir im Original vor. Wer mit dem Wahlvorschlag einverstanden ist, dass als Ersatzmitglied Frau Elisabeth Pletzenauer für den Bundesrat nominiert wird, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit ist sie einstimmig als Ersatzmitglied gewählt. Ich gratuliere auch Elisabeth Pletzenauer für diese Aufgabe und somit kommen wir zu

Punkt 5: Genehmigung der Protokolle der 6. und 7. Sitzung der 5. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Die Protokolle sowohl der 6. als auch der 7. Sitzung sind allen Landtagsparteien zeitgerecht zugegangen. Es wurden keinerlei Einwände dagegen erhoben, zumindest liegen keine der Landtagsdirektion vor. Daher komme ich zur Abstimmung. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Keine Gegenstimme. Damit ist die Genehmigung einstimmig festgestellt.

Wir kommen nunmehr zu

Punkt 6: Einlauf

6.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Wir haben im Einlauf sieben Vorlagen und drei Berichte der Landesregierung. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit sind alle Geschäftsstücke einstimmig zugewiesen.

6.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetz 1986 geändert wird
(Nr. 2 der Beilagen)

6.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Prebersee Gemeindestraße als Landesstraße übernommen wird
(Nr. 4 der Beilagen)

6.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Schaffung eines Fonds zur Förderung der Brandverhütung und der Brandursachenermittlung im Land Salzburg geändert wird
(Nr. 6 der Beilagen)

6.1.4 Bericht der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht des Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds für das Jahr 2016
(Nr. 1 der Beilagen)

6.1.5 Bericht der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) betreffend das Jahr 2016
(Nr. 3 der Beilagen)

6.1.6 Bericht der Landesregierung über die Verwendung der Mittel des Salzburger Naturschutzfonds des Landes Salzburg für das Jahr 2016
(Nr. 5 der Beilagen)

6.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend die Einräumung eines Baurechtes an Gst. 3271/6, KG 56537 Salzburg
(Nr. 33 der Beilagen)

6.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 und das Landeshaushaltsgesetz 2017 - LHG 2017 geändert, ein Gesetz über die Struktur und die Führung des Landeshaushalts (Allgemeines Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018) und ein Gesetz über Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Gemeinde-Haftungsobergrenzen-Gesetz 2018 - GemHOG 2018) erlassen und das Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 sowie das Salzburger Landeselektrizitätsgesetz 1999 geändert werden (Haushaltsrechts- und Verwaltungsabgabenreform-Gesetz 2018)
(Nr. 35 der Beilagen)

6.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Baupolizeigesetz 1997, das Salzburger Bautechnikgesetz 2015, die Salzburger Gemeindeordnung 1994, das Gesetz LGBl. Nr. 52/2017, das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 und das Salzburger Naturschutzgesetz 1999 geändert werden
(Nr. 36 der Beilagen)

6.1.10 Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2018 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2018, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2019 bis 2022 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2018 - LHG 2018)
(Nr. 37 der Beilagen)

6.2 Anträge

Im Einlauf befinden sich zwei dringliche Anträge. Ein dringlicher Antrag der SPÖ betreffend die Einführung eines Salzburg-Land-Tickets und ein dringlicher Antrag der FPS betreffend Personalaufstockung bei der Polizei. Ich ersuche vorerst den Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages der SPÖ. Bitte, Du hast das Wort.

6.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Brand betreffend die Einführung eines Salzburg-Land-Tickets
(Nr. 38 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Brand)

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr. ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Verlesung. Für die Antragsteller meldet sich Herr Klubvorsitzender Steidl zu Wort. Bitte! Du hast fünf Minuten.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben die Gelegenheit dieser Haussitzung zum Anlass genommen, um die Meldungen der letzten Tage des zuständigen Verkehrslandesrates aufzugreifen und hier im Haus zu thematisieren, weil angekündigt wurde in Medienberichten, dass das Bezirksticket aus Kostengründen verschoben werden muss. Daher, glaube ich, sind wir zeitgerecht noch in der Lage, bevor wir einen Beschluss für das Budget 2018 fassen werden hier im Hohen Haus, uns auch mit dieser Materie, mit diesem Thema auseinanderzusetzen, weil es dringend und weil es wichtig ist. Warum? Wenn es uns nicht gelingt, jetzt in der Gegenwart und nicht immer wieder in die Zukunft verschoben, jetzt und in der Gegenwart attraktive Angebote, Verhältnisse und Bedingungen zu schaffen im öffentlichen Personennahverkehr, dann werden wir all die Probleme, die wir wöchentlich, ja fast täglich immer wieder da und dort diskutieren, nicht lösen können. Wir werden uns bekennen müssen dazu, dass wir das Thema ernsthaft, schnell und rasch auch angehen und daher sind die politischen Entscheidungen dort zu treffen, wo es gelöst werden kann, nämlich hier im Salzburger Landtag, aber natürlich auch in der Landesregierung. Da wird man bereit sein müssen, auch die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Wir sollten uns doch ein Beispiel da nehmen, wo es funktioniert hat, nämlich in Tirol. Hier wurde massiv in den öffentlichen Verkehr investiert und jetzt profitiert das ganze Land, die Bevölkerung in Tirol davon, weil es ein sehr, sehr günstiges Jahresticketangebot gibt.

Ich ersuche daher um Zustimmung zur Dringlichkeit, damit wir am Nachmittag im Ausschuss auch die Argumente austauschen können und vielleicht doch im Interesse der Salzburger Bevölkerung, vielleicht doch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für die Bevölkerung dort, die vom Verkehr groß und stark belastet ist, vielleicht auch die notwendige Entlastung bekommt und dass wir auch die finanziellen Entlastungen schaffen können für die, die jetzt sehr stark finanziell belastet sind. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Klubvorsitzender. Für die ÖVP zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schöchel.

Abg. HR Dr. Schöchel: Geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dass möglichst günstige Tarife im Personennahverkehr wünschenswert sind, ist ja wohl unbestritten auch in diesem Hohen Haus und dass ein ÖV-Ticket, ein günstiges ÖV-Ticket für das ganze Land, dass jeder von St. Georgen ganz im Norden des Landes bis nach Wald im Pinzgau, Herr Bürgermeister, fahren kann, so ein Ticket wird es ja auch in wenigen Wochen geben für eine bestimmte Personengruppe, nämlich für die Seniorinnen und Senioren, die dann mit einer Jahreskarte hier fahren können.

Im Normalpreis, und diese Zahlen möchte ich kurz zitieren, schon als Vorgriff eigentlich auf die Debatte heute am Nachmittag, der Normalpreis für eine Jahresnetzkarte kostet derzeit € 1.539,--. Allerdings in diesem Abgabepreis ist bereits die Landesförderung eingerechnet, also 20 % Umweltförderung, somit ist der Gesamtpreis eigentlich € 1.820,--. Wenn man noch den Kernzonenzuschlag dazu nimmt, nämlich € 174,30, ergibt es € 1.994,30, somit fast € 2.000,--. Jeder geringere Preis müsste vom Land bestellt werden und natürlich auch vom Land bezahlt werden. Wenn man sich ein bisschen ausrechnet, dann wird wahrscheinlich eine Differenz von 20 bis 30 Mio. Euro herauskommen.

Auch ein Bezirksticket klingt im ersten Moment natürlich sehr gut. Aber wenn man sich jetzt vorstellt, dass ein Pendler von Werfen nach Salzburg jeden Tag fährt, dann braucht er ein Bezirksticket für den Pongau, für den Tennengau, für den Flachgau und für die Stadt Salzburg. Ob das dann der Weisheit letzter Schluss ist, weiß ich nicht. Man wird wahrscheinlich hier noch andere Lösungen auch brauchen. Ich denke, dass gerade mit der Einführung des Seniorentickets ab Fahrplanwechsel, also ungefähr 10. Dezember 2017, dass man hier auch Erfahrungen gewinnen kann innerhalb von wenigen Monaten, wie das angenommen wird und auch die Erfahrung der SUPER s'COOL-CARD bzw. des City Tickets gehören hier hinein gepflegt, damit man sich wirklich auf kein finanzielles Risiko einlässt.

Ich bin mir sicher, dass der zuständige Landesrat Hans Mayr bzw. die Experten heute am Nachmittag uns hier weitere Informationen geben können bzw. über den Stand der Erhebungen und ich darf für meine Fraktion ankündigen, dass wir der Dringlichkeit zustimmen werden und ich freue mich auf die Diskussionen heute Nachmittag im Ausschuss. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege. Für die FPS hat sich Kollege Steiner zu Wort gemeldet.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrter Herr Landesrat! Liebe Regierung! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Wir sind sehr dankbar über diesen Antrag. Auch wir haben das in den Salzburger Nachrichten gelesen und haben klubintern diskutiert. Es war für uns absolut notwendig und gerade in den Bezirken, wenn man sich das anschaut, beispielsweise Bezirk Pinzgau, wie notwendig es wäre, hier eine Entlastung für die Bevölkerung herbeizuführen. Ich nenne nur als Beispiel, wenn heute einer in Mittersill oder im Oberpinzgau berufstätig ist und muss nach Zell am See oder Richtung Saalfelden fahren, da hat man hier natürlich massive finanzielle Belastungen.

Eines ist natürlich schon interessant, wenn ich den Ausführungen des Kollegen Schöchel hier folge, mit diesen Differenzen, die angesprochen worden sind zwischen 20 und 30 Mio. Euro, wir haben, wenn ich mich recht erinnere, im Budget massive Belastungen gehabt im Bereich 2015, die Flüchtlingswelle, die wir gehabt haben. 50, 60, 70 Millionen wurden ausgegeben vom Land Salzburg und hier will man begründen, dass 20, 30 Millionen Euro nicht

stemmbar wäre für die heimische Bevölkerung. Ich sage eines. Wir haben als Landtag und als Vertreter dieses wunderschönen Landes auch die Pflicht, hier für unsere Seniorinnen und Senioren, aber auch für die ganzen Salzburgerinnen und Salzburger, da spreche ich auch Leute an, die Jungfamilien sind, gerade in diesem Bereich, die auch öffentliche Verkehrsmittel benützen, hier eine Entlastung möglich zu machen. Das ist mit diesem Ticket ganz klar möglich. Deswegen werden wir auch hier dieser Debatte oder dieser Dringlichkeit zustimmen. Wir freuen uns bereits am Nachmittag auf die Ausschlussdiskussion und eines möchte ich gleich hier verankern, es wäre wirklich toll, wenn uns das einstimmig gelingen würde, dieses Ticket für Salzburg zu installieren. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege Steiner. Als Nächste zu Wort gemeldet für die Grünen hat sich Kollegin Angela Lindner.

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Sehr geehrtes Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Liebe Zuhörer auch online!

Der öffentliche Verkehr ist ein ganz schwieriges Thema. Wir wissen von den Haushalten, dass die größten Kosten im Wohnbereich liegen, die zweitgrößten Kosten sind in der Mobilität. Aber um den öffentlichen Verkehr gut nutzen zu können, braucht es auch einen weiteren Ausbau. Das heißt es nützt nicht nur ein gutes Ticket zu haben, man braucht auch einen Ausbau. Daher hat das Land Salzburg in den letzten Jahren auch ganz massiv investiert.

Wenn wir die Stadt Salzburg anschauen, gerade in den letzten Tagen war ich sehr viel zu Fuß unterwegs, dann merken wir da hier auch die Luftbelastung, die durch die Autos stattfindet. Es ist aber so, dass hier vor allem die Stadt Salzburg gefordert ist, einiges zu tun. Wir wissen, dass da hier ganz viel im Argen ist. Es braucht auch eine Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs, Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs auf den Straßen, das heißt dass es Busspurgen gibt, dass der Bus besser vorankommt. Es ist die Stadt Salzburg gefragt, auch am Abend, am Wochenende und in den Ferien ein besseres Angebot zu stellen.

Wir Grüne wissen, wir pochen immer wieder darauf, dass der Verkehr ein wesentlicher Faktor auch im Klimawandel ist. Ohne rasches Umdenken in der Mobilitätsfrage werden wir hier mit Vollgas auf den Klimacrash zustoßen. Der Verkehr ist im Bundesland Salzburg einer der größten Verursacher von schädlichen Schadstoffen und daher müssen wir den Bürgern mehr Möglichkeiten schaffen, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Auch bessere Angebote sind für ganz wichtig. Es nutzt nichts, wenn man ein günstiges Ticket hat, aber dann kein Angebot hat.

Die Stadt Salzburg und das Bundesland Salzburg hat hier schon sehr viel geleistet, z.B. die SUPER s'COOL-CARD und wir werden schauen, dass wir eine SUPER s'COOL-CARD für alle Jugendlichen bis 18 Jahre erreichen können, weil hier ist bereits am Beginn der Regierungsperiode eine sehr gute Maßnahme gelungen, um die jungen Leute auf den öffentlichen Verkehr zu bringen. Wir brauchen auch weiteren Ausbau der Infrastruktur, Busspuren,

Radwege, Taktverdichtungen, Ausbau der S-Bahn und Verlängerung der Busspuren, um ein rasches Vorankommen im öffentlichen Verkehr zu erreichen.

Fakt ist es gibt keine Wende ohne gute Angebote im öffentlichen Verkehr, es gibt keine Energiewende ohne eine Mobilitätswende. Wir Grüne wollen daher weiter auf die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs setzen für mehr umweltfreundliche Mobilität, die sich jeder leisten kann. Wir stimmen daher der Dringlichkeit zu und ich freue mich schon auf eine spannende Debatte. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin. Die Wortmeldung für FWS wurde abgetreten an die Kollegin Steiner-Wieser. Du hast das Wort, Frau Kollegin Steiner Wieser.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Und täglich grüßt das Murmeltier. Wir haben es gestern erst wieder erlebt, welcher Stau in der Stadt Salzburg gewesen ist. Es war kaum ein Fortkommen möglich, es war zwar besser als letztes Jahr, aber der Verkehr ist schon wieder fast zusammengebrochen.

Die Verkehrsproblematik in Salzburg ist wahrlich eine Herausforderung. Aber noch größer ist sicherlich die Herausforderung, die Menschen von den Autos auf den öffentlichen Verkehr zu bringen. Dafür müssen Anreize geschaffen werden. Anreize sind nicht nur allein USB-Anschlüsse in den Bussen oder bessere Sitze, sondern Anreize wären eine bessere Taktung und vor allen Dingen das Geld. Wenn wir beim Geld sind, ich verstehe es nicht, ich verstehe es wirklich nicht, wenn ich mir Tirol anschau mit einem ähnlichen Budget wie Salzburg, da gibt es ein Jahresticket. Da kann ich von Landeck bis nach Kufstein fahren, dreimal am Tag wenn ich möchte, und ich zahle für zwölf Monate € 490,--. Im Regionalticket also € 380,--. Da wäre es wünschenswert, wenn die Bundesländer noch intensiver zusammenarbeiten könnten und sich anschauen, wie es denn Tirol schafft, ein Jahresticket um € 490,-- anzubieten und noch zusätzlich ein eigenes Studententicket, was noch um einiges günstiger ist, und ein Seniorenticket.

Für uns Freiheitliche ist es klar, dass wir der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Ich werde auch im Plenum dem Antrag dann, wenn er so weit kommt, zustimmen und sehe ihn als ersten Schritt in die richtige Richtung und sage Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin Steiner-Wieser. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, daher kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages, inhaltlich werden wir im Ausschuss ja dann weiter debattieren.

Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Wir kommen zum zweiten dringlichen Antrag.

6.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Personalaufstockung bei der Polizei
(Nr. 39 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

Ich ersuche die Kollegin Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals Frau Schriftführerin. Für die Antragsteller FPS hat sich Fritz Wiedermann zur Begründung der Dringlichkeit gemeldet. Bitte Fritz, Du hast das Wort, fünf Minuten, nach vier Minuten werde ich einläuten.

Abg. Wiedermann: Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren der Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nicht der erste Antrag, den wir hier in diese Richtung einbringen seit ich diesem Haus angehöre. Ich kann mich erinnern, bereits 1999 sind derartige Anträge hier im Haus behandelt worden. Interessanterweise war es dann immer so, wenn Experten geladen wurden, dass hier dann widersprochen wurde. Es passt alles. Wir haben genug Personal. Wir haben genug an Ausrüstung. So hat sich das Jahr für Jahr eigentlich fortgezogen, ich möchte fast sagen fortgespielt. Jetzt aber, offensichtlich stehen ja Wahlen vor der Tür, hat es nun doch der eine oder die andere aus dem fernen Wien gewagt, hier einmal Tacheles zu reden und den Personalstand der Exekutive etwas näher zu beleuchten. So weist die neue Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit Kardeis, übrigens eine Salzburgerin wer es nicht wissen sollte, die davon spricht, dass im Bundesgebiet an die tausend, ich wiederhole, an die tausend Planstellen bzw. Polizistinnen und Polizisten fehlen. Davon in etwa an die 100 hier im Bundesland Salzburg.

Wir kennen die Diskussionen was Salzburg betrifft. Immer wieder tauchen Meldungen auf in dem einen oder anderen Medium oder einen oder anderen politischen Partei, dass der Personalstand der Exekutive einfach nicht dem entspricht, was er eigentlich sein sollte. Die Aufgaben der Exekutive werden täglich mehr, täglich mehr und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung wird - um es vielleicht ein bisschen drastisch zu sagen - auch täglich schlechter.

Wenn man sich die Kriminalstatistiken ansieht der letzten Jahre, so ist einfach ein Trend erkennbar, dass die Sicherheit auch im Bundesland Salzburg nicht stagniert oder vielleicht sich verbessert hat, nein sie geht nach unten. Das zeigt auch der jüngste Bericht in der heutigen Kronen Zeitung. Darüber möchte ich mich jetzt nicht näher auslassen, aber zumindest es wird hier davon gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines sollten wir doch vielleicht auch einmal ins Auge fassen. Polizistinnen und Polizisten sind Menschen. Menschen, die man bis zu einer gewissen Grenze belasten kann, und nur bis zu einer gewissen Grenze belasten darf. Neben den gesundheitlichen Auswirkungen auf die einzelnen Beamtinnen und Beamten gibt es aber auch ganz andere Auswirkungen. Auswirkungen auch auf das Familienleben. Wenn Sie sich vorstellen ein junger Beamter hat Frau und vielleicht zwei kleine Kinder, die er nur ab und zu sieht, weil er im Interesse des Landes seinen Dienst versehen muss, so wird kurz oder lang irgendwann wird es Problemen kommen, weil wenn du nicht zu Hause bist, wenn dich die Kinder nicht sehen, wenn dich die Frau nicht sieht, und alle anderen Dinge dazukommen, man ist genervt, und das hört von vielen Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht sagen, dass alle am Rande oder direkt am Burnout sind, so haben wir die Verpflichtung, hier gegenzusteuern und ich bitte Euch, dass wir diesem Antrag nahetreten, diesen Antrag auch entsprechend nach Wien begründen und ich freue mich schon auf eine angeregte Diskussion am Nachmittag. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege Wiedermann. Für die SPÖ Herr Klubvorsitzender Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Gleich vorangestellt. Wir werden der Dringlichkeit natürlich selbstverständlich zustimmen. Wir haben ja die polizeiliche Sicherheit in diesem Land in den letzten zwei Jahren immer wieder in unregelmäßiger Regelmäßigkeit thematisiert. Wir haben auch österreichweit es geschafft, von Salzburg aus dieses Thema herunterzubrechen mit einer Anfrage im Nationalrat, wie viele Polizeikräfte in den jeweiligen Bezirken österreichweit fehlen. Ich bin der Meinung es muss Schluss sein mit der grenzenlosen Ignoranz gegenüber der polizeilichen Sicherheit und es gibt ja auch erste Ansagen vom jetzigen Innenminister, der uns hier in unseren Überlegungen und Vorschlägen auch auf halben Weg entgegenkommt. Er war letzte Woche hier in Salzburg und hat auch angekündigt, erstmals ja wir haben 1.300 Polizistinnen und Polizisten zu wenig, die muss man schauen, dass man schnell einstellen. Es hat vor einem halben Jahr noch ganz anders geklungen, da hat alles gepasst, da war quasi alles paletti und vielleicht nur in Erinnerung gerufen. Voriges Jahr im Oktober 2016 hatten wir in Salzburg 175 Polizistinnen und Polizisten zu wenig, jetzt Oktober 2017 sind es 262.

Diese Entwicklung ist ident auch mit vielen anderen Bezirken in Österreich und wenn wir es nicht schaffen, schnell diese Lücke zu schließen in der Ausbildung, dann wird sich diese Situation und diese Entwicklung auch noch zusehends verschärfen, weil einfach die Pensionswelle, die bevorsteht, einfach derartig von der Anzahl her groß ist, daher muss man doppelt und dreifach Anstrengungen unternehmen, um junge Österreicherinnen und Österreicher für den Polizeidienst zu gewinnen, um das gut ausgleichen zu können.

Ich glaube insgesamt sind wir, wenn es um die Sicherheitsorganisationen in Österreich geht, auf einem guten und richtigen Weg und ich glaube wir brauchen in Zeiten wie diesen

starke Sicherheitskräfte. Das gilt nicht nur für die Polizei, sondern letztendlich auch für das Bundesheer. Das ist auch die Erwartungshaltung der Bevölkerung und dieser Erwartungshaltung muss man natürlich auch politisch letztendlich entsprechen.

Eines abschließend. Wir haben schon eine dramatische Situation im Polizeidienst. Wir haben stark steigende Überstunden, die geleistet werden, und je größer die Belastung durch die Überstunden für die Polizei- und Einsatzkräfte wird, desto dramatischer wird der Gesundheitszustand der Polizistinnen und Polizisten. Da haben wir natürlich schon auch so etwas wie eine politische Fürsorgepflicht dafür zu sorgen, dass die Sicherheitskräfte nicht unter der Last und Belastung ihrer Verantwortung zusammenbrechen. Das heißt wir werden am Nachmittag versuchen, im Ausschuss eine gute Lösung für die Salzburger Bevölkerung, aber auch eine gute Lösung für die Polizeikräfte zu bekommen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Klubvorsitzender. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für die ÖVP Kollege Mayer.

Abg. Mag. Mayer: Geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer!

Ich möchte meine Wortmeldung zur Dringlichkeit in vier Punkte gliedern. Erstens, und das ist glaube ich selbstverständlich, werden wir der Dringlichkeit zustimmen. Zweitens möchte ich inhaltlich auf den Antrag eingehen. Drittens möchte ich grundsätzlich zum Zahlenwerk etwas sagen, zur politischen Entwicklung und zur grundsätzlichen Sicherheitslage im Bundesland Salzburg und in der Republik Österreich.

Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Ich stimme auch inhaltlich dem Antrag in weiten Teilen zu. Selbstverständlich brauchen wir mehr Polizei. Selbstverständlich ist es wahr, dass das Jahr 2015 und der Anfang des Jahres 2016 die Exekutive an den Rand der Belastbarkeit gebracht hat und dass es hier enorme Engpässe gab und dass es noch immer nicht genug ist und dass es nie genug Polizei geben kann, das ist, und diese Wahrheit muss man aussprechen, der Migrationswelle geschuldet, die Polizeikräfte sehr stark auch gebunden hat. Insofern stimme ich der Analyse zu. Wir sehen uns auch völlig neuen Herausforderungen ausgesetzt. Ich denke nicht, dass vor etwa zehn Jahren Cyberkriminalität eine derartig große Rolle gespielt hat. Man sieht das auch in der Anzahl der Deliktfälle wie sie steigen. Das heißt volle Zustimmung. Wir werden beweisen, dass dem Antrag nicht nur zugestimmt wird, sondern gelebte Praxis seit 2013 ist.

Ich möchte nur ein bisschen auf den Vorwurf eingehen, weil natürlich der Wahlkampf ein bisschen hereinspielt, der Innenminister habe eine grenzenlose Ignoranz. Wenn man sich anschaut, wer für die Exekutivplanstellen zuständig ist, dann ist das ein Vorwurf, sehr geehrter Herr Klubobmann, der sich an den Bundeskanzler richtet. Das Bundeskanzleramt ist für die Exekutivplanstelle allein zuständig. Jeder Polizeischüler, wo Du kritisierst, dass Polizeischüler eingerechnet werden, besetzt eine Planstelle. Das ist die Politik des Bundes-

kanzlers und nicht des Innenministers, dem Du hier eine grenzenlose Ignoranz vorwirfst. Wir haben 1.600 Polizisten im Dienst. Das heißt, dass sämtliche Exekutivplanstellen besetzt sind. Dabei nicht eingerechnet 74 Polizistinnen und Polizisten im grenz- und fremdenpolizeilichen Dienst, die sogenannten VBS mit dieser sechsmonatigen Kurzausbildung, mit dem Recht auf eine Vollausbildung innerhalb von zwei Jahren. Eine Sofortmaßnahme des Innenministers, die sehr gut greift und die Exekutive enorm entlastet, und 220 Polizeibedienstete, die in Ausbildung stehen.

Wir werden uns trotzdem einsetzen, dass wir mehr Polizisten haben. Nur die Zahlen. Wir haben derzeit den höchsten Stand an Polizisten seit 20 Jahren. Völlig zu Recht und wir brauchen mehr. Diese Entwicklung ist ein Plus von über 10 % seit 2013, seit dem Antritt dieser Landesregierung. Die größten Engpässe in der Exekutive, wenn man das schon politisch bewerten will, hat es unter Gusenbauer/Burgstaller gegeben, was wir jetzt aufholen. Soviel zu den Zahlen.

Ich möchte aber eines noch sagen. Wir brauchen nicht nur mehr Polizisten, da stimme ich völlig überein, wir bemühen uns auch überproportional, Polizisten nach Salzburg zu holen. Salzburg ist hier im Lobbying im Ministerium sehr, sehr erfolgreich, sondern wir brauchen für die Polizei auch neue Instrumente, Stichwort Sicherheitspaket, das ebenfalls der linke Flügel der SPÖ ohne Absprache mit Doskozil, mit dem es endausverhandelt war, abgelehnt hat. Das heißt wenn wir wenig Polizisten haben und den Polizisten auch nicht die notwendigen Instrumente geben, wird es mit der Sicherheit nicht besser werden und daher werden wir, glaube ich, das heute hier nicht lösen, Salzburg wird sich weiterhin einsetzen, aber ich glaube die sicherheitspolitische Weichenstellung wird am 15. Oktober getroffen und nicht hier im Landtag. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die Grünen am Wort ist Kollege Heilig-Hofbauer.

Abg. Heilig-Hofbauer BA: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Erstens: Für die Grünen ist es natürlich auch komplett außer Streit, wir brauchen eine gut ausgebildete, eine gut ausgestattete Polizei und natürlich auch in der ausreichenden Anzahl. Ich glaube über das brauchen wir eigentlich gar nicht weiter diskutieren.

Zweitens: Man merkt es ist Wahlkampf. Die Antragsteller haben das selbst schon in der Begründung ihres Antrages auch erwähnt. Nämliche Partei plakatiert auch groß die Polizei in ganz Salzburg, wie es wahrscheinlich auch schon aufgefallen. Also das muss man als Hintergrund natürlich schon auch wissen, wir haben Wahlkampf.

Drittens: Die Ist-Situation. Kollege Mayer hat es gerade eh schon ausgeführt. Wir haben in den letzten zehn Jahren den Personalstand auch der Polizei in Salzburg um 225 Polizistinnen erhöht. Das ist ein Plus von 13 %, und das gleichzeitig bei sinkender Kriminalität und

steigender Aufklärungsquote. Da darf ich dem Kollegen Wiedermann vielleicht noch kurz Nachhilfe geben, ich habe es nämlich gerade noch einmal gegoogelt, in der Statistik des Innenministeriums nachgesehen. Zwischen 2006 und 2016 sind die Anzeigen, also auf denen beruht ja diese Statistik, von 592.000 auf 537.000, also um 55.000 gesunken, also eine rückläufige Kriminalität bei steigenden Planstellen. Das muss man, glaube ich, schon der Vollständigkeit halber erwähnen. Also wir sind nicht auf dem Weg in die große Unsicherheit, sondern es geht vieles auch in die richtige Richtung.

Das Vierte, und da glaube ich sollte man schon über den Handlungsbedarf diskutieren, es wurde vom Kollegen Steidl angesprochen, ist natürlich die anstehende Pensionierungswelle, die kommen wird. Wir haben bundesweit rund 29.000 Polizistinnen und Polizisten, und davon ist jeder Dritte oder jede Dritte älter als 50 Jahre mittlerweile. Das heißt wir können damit rechnen, dass in den nächsten zehn bis 15 Jahren rund 10.000 in Pension gehen. Da muss man natürlich rechtzeitig Vorbauern und schauen, dass es entsprechende Ausbildungsplätze gibt, um diese Stellen nachzubersetzen.

Ö1 hat da letzte Woche mehrfach darüber berichtet und auch der oberste Polizeigewerkschafter hat dazu gesagt die Lage ist ernst, aber nicht dramatisch. Also es gibt noch Möglichkeit, rechtzeitig zu handeln und sich auf das vorzubereiten. Eine Forderung war z.B. das Gehalt schon in dieser Einschulungs- und Ausbildungsphase zu erhöhen, damit es auch für Leute interessant wird, die vielleicht schon Familien haben, oder die vorher andere Berufe ausgeübt haben. All diese Dinge, glaube ich, sind einmal grundsätzlich vernünftig, über das kann man diskutieren und deswegen stimmen wir auch der Dringlichkeit zu und diskutieren das gerne weiter am Nachmittag im Ausschuss. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege Heilig-Hofbauer. Für FWS Herr Kollege Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Verehrte Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Ich möchte mich einleitend einmal bei den Antragstellern im Namen der Polizei bedanken, der gesamten Polizei, dass sie sich hier Gedanken machen, wie die Polizeiarbeit im Land Salzburg weitergehen soll. Ich darf gleich vorausschicken, ich spüre auch sehr viel Unterstützung beispielsweise vom Landeshauptmann, dass er sich bemüht, dass wir Personal bekommen. Ich spüre Unterstützung von der Landespolizeidirektion, vom Landespolizeidirektor, dass er sich sehr bemüht, dass wir Personal bekommen, aber auch der Innenminister, mit dem ich die Ehre gehabt habe, zweimal persönlich zu sprechen, ist sehr bemüht, und die neue Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, die Mag. Michaela Kardeis, vorher Pfeifenberger, Referentin bei Landeshauptmann Schausberger, mir auch persönlich bekannt, hat es richtig angesprochen. Wir haben viele Planstellen auf dem Papier, auch die Schüler, die Karenzierten, Leute von den Polizeiinspektionen, und dort wird die Grundar-

beit geleistet für die Sicherheit, dort entsteht das subjektive Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung und nicht in Statistiken oder in Zahlen.

Wenn ich die Kriminalstatistik hernehme, wenn ein Verkehrsunfall, wo sich jemand das "Gnack" angehaut hat, als Verkehrsunfall mit Verletzung gilt, ist ein begehrtes Kriminaldelikt. Also das ist sehr subjektiv, ob ich das wirklich da ranziehen kann, ob in einem Jahr mehr Verkehrsunfälle sind oder weniger, und deswegen die Kriminalstatistik belastet wird.

Jedenfalls mit diesen Karenzierungen und sonstigen Freistellungen sind die Dienststellen natürlich enorm belastet. Wir haben Einsatzeinheiten, wir haben umweltkundige Organe, die werden immer wieder vom Posten abgezogen. Das heißt die stehen dann, auch wenn ein Fußballspiel ist z.B., die stehen dann nicht zur Verfügung. Es ist nicht selten so, dass manche Beamte von vier Wochenenden drei eben deswegen Dienst haben, und das ist nicht unbedingt familienfreundlich.

Die Polizeiinspektion Bergheim, damals war es ein Gendarmerieposten, hat im Jahr 1998, ich habe im Dienstplan nachgeschaut, 18 Leute gehabt und jetzt sind wir 14. Also überall sind es nicht mehr geworden, nämlich dort vorne an der Front ist nicht unbedingt immer mehr, sondern gleich. Aber was war 1998? Da war der Verkehr halb so viel, da war unsere Wirtschaft, die ganzen Betriebe, die natürlich auch Arbeit verursachen, wesentlich weniger, sind die Gewerbegebiete gewachsen in Bergheim, in Anthering, in Elixhausen, die 30.000 Fahrzeugbewegungen am Tag auf der B 156, waren noch nicht vorhanden, die Flüchtlingsunterkunft war noch nicht vorhanden usw. Wir haben wesentlich eine höhere Belastung, aber wesentlich weniger Leute.

Deswegen möchte ich mich sehr herzlich bedanken für diesen Antrag, wie wohl das Schreiben der drei Bürgermeister nicht darauf beruht oder meine Intention, dass wir jetzt mehr Leute haben, der Druck kommt von der Bevölkerung. Der tägliche Verkehrswahnsinn außerhalb der Landeshauptstadt bedingt es mit sich, dass natürlich viele Leute, die in der Früh in die Arbeit fahren oder auch am Abend, Ausweichrouten benutzen, durch Siedlungsgebiete fahren, durch kleine Straßen. Dort sind natürlich die Leute, die Eltern von den Kindern, die auf dem Schulweg sind, usw. einfach enorm besorgt und sagen könnt ihr nicht öfter da eine Streife herstellen, und das ist natürlich alles zum gleichen Zeitpunkt, wo jetzt gerade auch der Schulweg stattfindet, um halb acht. Jetzt muss eine Streife bei den Schulen sein, eine Streife soll in den Ortschaften sein, dass diese Schleichwege überwacht werden, und das in drei Gemeinden, das ist einfach völlig unmöglich. Deswegen haben sich die drei Bürgermeister, die ja in ihrer Funktion auch Sicherheitsagenden in den Gemeinden durchführen und sehr engagiert sind für die Bevölkerung, zusammenschlossen und haben dem Minister das Ersuchen geschrieben.

Ich glaube, wenn wir uns alle gemeinsam bemühen, werden wir sicher in der Richtung etwas weiterbringen, wie wohl mir schon klar ist, wir können momentan gar nicht viel mehr Polizisten ausbilden als ausgebildet werden, weil es einfach die Schulkapazitäten gar nicht gibt und die Lehrer. Das ist ein Versäumnis der Vergangenheit. Der Innenminister Sobotka,

kann ich nach 35 Jahren Polizeidienst sagen, ist einer von den besseren, die wir bis jetzt gehabt haben. (Beifall der ÖVP- und FPS-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Ich sehe keine weiteren, doch Kollege Steiner. Bitte!

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Landesregierung! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuseher!

Ich möchte doch noch einiges jetzt dazu sagen, weil ich den Wortmeldungen von den Kollegen gefolgt bin. Simon, zu Deinen Aussagen betreffend, dass der Herr Abgeordnete Wiedermann da zu Unrecht die Zahlen genannt hat. Nein, Du musst nämlich schon eines wissen, dass gleiche Straftaten, die natürlich angezeigt werden, unter einem Delikt zusammengefasst werden. Wenn man sich das genauer ansieht und ein bisschen ins Detail sieht, dann sieht man, dass im Rahmen dieser Statistik, die 2015er Statistik, die vom BMI präsentiert wurde, eine Verschiebung der Straftaten. Während die Einbrüche leicht zurückgehend, sind aber Strafdelikte wie beispielsweise Vergewaltigungen, wo 2015 über 800 waren, von Jänner bis September waren es über 600, hat es eine parlamentarische Anfrage vom Abgeordneten Lasar gegeben dazumals.

Diese Sache muss man schon sagen. Es hat sich klar verschoben und lieber Wolfgang Mayer, ich bin heute wirklich dankbar. Ich kann mich noch erinnern, vielleicht ist das jetzt der Stil der neuen ÖVP, aber wie wir das im November 2016 schon angekündigt haben, da haben wir genau diesen gleichen Antrag eingebracht, Stärkung Bundesheer, Stärkung Polizei, da hat man uns noch entgegengehalten was die immer haben mit ihren Migrationsbefürchtungen und, und, und. Nein, das haben wir dazumals schon von der Bevölkerung vernommen und von zuständigen Polizistinnen und Polizisten, die gesagt haben wir können nicht mehr, wenn das so weitergeht.

Auch das gebe ich Dir Recht, wo Du völlig zu Recht gesagt hast, wir müssen auch wie die Cyberkriminalität neuen Herausforderungen stellen, wir müssen beispielsweise unsere Polizei und Polizistinnen, und da, glaube ich, ist auch eine Salzburger Vorreiterschaft vorausgegangen, wie z.B. die Ausrüstung der Polizei, dass man diese wirklich sicher gestaltet, damit keine Verletzungen zustandekommen können und, und, und.

Wir sehen der Aufgabenbereich ist vielfältig und ich würde bitten in diesem Hohen Haus, hören wir auf mit diesem die Roten sind schuld, die Schwarzen sind schuld, das hilft der Polizei nicht. Wir müssen Lösungen finden, wer auch immer zuständig ist, und ich weiß schon, Wolfgang, es hat natürlich hier wahrscheinlich Verwechslungen gegeben, der Bundeskanzler ist zuständig, Sobotka hat genauso eine gewisse Zuständigkeit in Bereichen, aber nicht in diesen, die angesprochen worden sind, da gebe ich Dir völlig Recht, aber wir müssen eine Lösung schauen.

Ich glaube nicht, dass der 15. Oktober die alleinige Entscheidung ist. Eine große Entscheidung, da gebe ich Dir Recht, aber wenn wir in Salzburg uns gemeinsam dazu entschließen, hier wieder einmal ein klares Signal zu senden nach Wien, dann glaube ich, dass die neue Bundesregierung dieses Signal sehr ernst nehmen muss. Genau darauf wollen wir hinaus. Danke. (Beifall der ÖVP- und FPS-Abgeordneten und des Klubobmannes Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Dann haben wir unsere Rednerliste geschlossen und wir kommen zur Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich insgesamt 20 Anträge. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit sind auch diese einstimmig zugewiesen.

6.2.3 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Neuhofer, Schnitzhofer und Fuchs betreffend eine Novellierung des Salzburger Einforstungsrechtegesetzes
(Nr. 40 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

6.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a GutschI, HR Dr. SchöchI und JöbstI betreffend die Anerkennung der roten Kennzeichentafeln für Fahrrad-Heckträger in Deutschland
(Nr. 41 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

6.2.5 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a GutschI und Bartel betreffend die Finanzierung von Blindenführhunden
(Nr. 42 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a GutschI)

6.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a GutschI, Bartel und Obermoser betreffend ein Maßnahmenpaket zur Integration von Blinden und Sehbehinderten in den Arbeitsmarkt
(Nr. 43 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a GutschI)

6.2.7 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. SchöchI betreffend eine Stellungnahme zum „Weißbuch der Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025, Überlegungen und Szenarien“
(Nr. 44 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

6.2.8 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Brand betreffend Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung im Land Salzburg
(Nr. 45 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

6.2.9 Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Brand betreffend Attraktivierung des Angebots im Bereich öffentlicher Verkehr für Salzburger Jugendliche bezüglich der Fahrpläne und der Fahrpreise

(Nr. 46 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)

6.2.10 **Antrag** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Freizeitasistenz

(Nr. 47 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

6.2.11 **Antrag** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Aufnahme von „Kiss and Go Zonen“ in die StVO

(Nr. 48 der Beilagen - Berichterstatterin: Dr.ⁱⁿ Solarz)

6.2.12 **Antrag** der Abg. Fuchs und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend QR-Codes an Medikamenten

(Nr. 49 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

6.2.13 **Antrag** der Abg. Fuchs und Heilig-Hofbauer BA betreffend die Produktion von Eiern im Bundesland Salzburg

(Nr. 50 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

6.2.14 **Antrag** der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Heilig Hofbauer BA betreffend eine Jugend-Jahreskarte für ganz Österreich

(Nr. 51 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)

6.2.15 **Antrag** der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend Eigentumswohnungen für wohnbauförderungswürdige Personen

(Nr. 52 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

6.2.16 **Antrag** der Abg. Scheinast und Fuchs betreffend den tatsächlichen Normverbrauch bei Fahrzeugen

(Nr. 53 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

6.2.17 **Antrag** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend die Grauen Wölfe in Bergheim

(Nr. 54 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)

6.2.18 **Antrag** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend den Zugang zu öffentlich rechtlichen Sendern

(Nr. 55 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)

6.2.19 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Änderung der Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung

(Nr. 56 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

6.2.20 **Antrag** der Abg. Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Verbot des Einsatzes und Inverkehrbringung von glyphosathaltigen Herbiziden im Land Salzburg

(Nr. 57 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

6.2.21 **Antrag** der Abg. Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Sicherheitsüberprüfung und bauliche Sicherheitsmaßnahmen betreffend Pinzgaubahn

(Nr. 58 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

6.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **38 schriftliche Anfragen** und ein **Bericht des Rechnungshofes** betreffend den Finanzausgleich und die Finanzausweisungen eingegangen.

6.3.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2017

(Nr. 1-ANF der Beilagen)

6.3.2 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr betreffend die Vergabe von Eigentumswohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV)

(Nr. 2-ANF der Beilagen)

6.3.3 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr betreffend die Vergabe von geförderten Mietwohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV), Städte und Gemeinden

(Nr. 3-ANF der Beilagen)

6.3.4 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Strafzahlungen im Zusammenhang mit der Salzburger Finanzcausa

(Nr. 4-ANF der Beilagen)

6.3.5 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Abg. Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA bezüglich Zweck und Kosten ihrer Auslandsreisen

(Nr. 5-ANF der Beilagen)

6.3.6 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz, Klubvorsitzenden Steidl und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend schulische Tagesbetreuung

(Nr. 6-ANF der Beilagen)

6.3.7 **Anfrage** der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung betreffend eventuelle Bußgeldzahlungen an die EU-Kommission

(Nr. 7-ANF der Beilagen)

6.3.8 **Anfrage** der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung betreffend Finanzgeschäfte von Gemeinden
(Nr. 8-ANF der Beilagen)

6.3.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend öffentliche Sportförderung
(Nr. 9-ANF der Beilagen)

6.3.10 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Investitionsplan SALK - Haus B
(Nr. 10-ANF der Beilagen)

6.3.11 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Beklebung von Bussen des Öffentlichen Verkehrs
(Nr. 11-ANF der Beilagen)

6.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2017
(Nr. 12-ANF der Beilagen)

6.3.13 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Chalets in Unken
(Nr. 13-ANF der Beilagen)

6.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrat Mayr betreffend Anstieg der Zahl der Schwertransporter auf Salzburgs Straßen
(Nr. 14-ANF der Beilagen)

6.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Kindergesundheit
(Nr. 15-ANF der Beilagen)

6.3.16 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Sportförderung
(Nr. 16-ANF der Beilagen)

6.3.17 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 17-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - bezüglich der Kosten des Besuchs von Emmanuel Macron am 23. und 24. August 2017
(Nr. 17-BEA der Beilagen)

6.3.18 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA bezüglich Subventionen ihres Ressorts
(Nr. 18-ANF der Beilagen)

6.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2017
(Nr. 19-ANF der Beilagen)

6.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2017
(Nr. 20-ANF der Beilagen)

6.3.21 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Straßenzustand und Plausibilitätsprüfung
(Nr. 21-ANF der Beilagen)

6.3.22 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, HR Dr. Schöchli, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend die Nutzung von Elektrofahrzeugen
(Nr. 22-ANF der Beilagen)

6.3.23 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Entlastung der Landesverwaltung durch das Landesverwaltungsgericht
(Nr. 23-ANF der Beilagen)

6.3.24 **Anfrage** der Abg. Schneglbauer, Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Wettunternehmer
(Nr. 24-ANF der Beilagen)

6.3.25 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern
(Nr. 25-ANF der Beilagen)

6.3.26 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Scheinast an die Landesregierung betreffend den Syndikatsvertrag der Salzburg AG
(Nr. 26-ANF der Beilagen)

6.3.27 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung betreffend Wildvögel im Bundesland Salzburg
(Nr. 27-ANF der Beilagen)

6.3.28 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2017

(Nr. 28-ANF der Beilagen)

6.3.29 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Hang- und Felssicherung
(Nr. 29-ANF der Beilagen)

6.3.30 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung bezüglich unterschiedlicher Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Tunnels auf der A10
(Nr. 30-ANF der Beilagen)

6.3.31 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung bezüglich Vignettenpflicht in Österreich
(Nr. 31-ANF der Beilagen)

6.3.32 **Anfrage** der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Vergabe der Residenz
(Nr. 32-ANF der Beilagen)

6.3.33 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Fuchs an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Informatik-HTL in St. Johann
(Nr. 33-ANF der Beilagen)

6.3.34 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Krankenhaus Tamsweg
(Nr. 34-ANF der Beilagen)

6.3.35 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend SALK-Haus B
(Nr. 35-ANF der Beilagen)

6.3.36 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Nutzung von Landesliegenschaften
(Nr. 36-ANF der Beilagen)

6.3.37 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Umstellung auf Digitalfunk BOS Austria
(Nr. 37-ANF der Beilagen)

6.3.38 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend das Ausfahren von Düngemitteln
(Nr. 38-ANF der Beilagen)

6.4 Berichte des Landesrechnungshofes, Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft

6.4.1 Bericht des Rechnungshofes (Reihe Salzburg 2017/3) betreffend Finanzausgleich: Finanzausweisungen laut §21 FAG

Wir haben den Einlauf jetzt abgeschlossen und ich rufe auf

Punkt 7: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der SPÖ mit dem Titel „Salzburger Verkehrspolitik in der Sackgasse“ als heutiges Thema festgelegt.

Zur Rednerreihenfolge darf ich festhalten, dass nach der SPÖ als Themengeber Herr Landesrat Mayr zu Wort kommen wird und danach werden die Fraktionen in der Reihenfolge ÖVP, Grüne, FPS und FWS mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen. Eine zweite Runde wird wiederum nach der Stärke der Fraktionen aufgerufen werden. Ich ersuche wie immer um Zeitdisziplin, damit alle Redner in der Reihenfolge auch drankommen und wir gleiche Redezeiten und Beteiligungen haben können. Sollte ein Regierungsmitglied das Wort erhalten, wird das auf die jeweilige Fraktion angerechnet werden.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Klubvorsitzenden Steidl für die SPÖ. Bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Salzburg ist bei der Entwicklung der Verkehrspolitik ziemlich planlos auf der einen Seite. Es gibt zwar viele Ideen, aber die sind wieder, weil sie vielleicht von der falschen Seite kommen, sehr, sehr durchsetzungsschwach. Es gibt ein Regierungsprogramm, in dem ein großes Projekt formuliert wird, nämlich der Gitzentunnel, für den rund 220 Mio. Euro an Belastung für den Landeshaushalt zukommen würden und wir wissen ganz genau, wir lernen das schon als Kinder, man kann den Schilling bzw. jetzt den Euro nur einmal ausgeben und nicht zweimal, Herr Landeshauptmann, außer bei meiner Oma war das ein bisschen anders, weil man Opa hat immer zu uns Kindern gesagt und gemeint: Die Oma ist die einzige auf der Welt, die aus einem Schilling zwei macht. Wir würden uns eine derartige Oma wünschen für unseren Landeshaushalt. Ich glaube der Christian Stöckl hätte nichts dagegen, dann wäre vielleicht das eine oder andere durchaus auch leichter durch- und umzusetzen.

Wenn es um die Verkehrspolitik geht, dann plädiere ich dafür, dass wir uns vielleicht darauf einigen sollten, ein Jahrzehnt der Infrastruktur in Salzburg auszurufen und zu schauen, wie können wir die große Herausforderung öffentlicher Verkehr genauso wie der individuelle Verkehr, wie können wir das in einem vielleicht zehnjährigen Plan auch gut miteinander verbinden, sodass das ganze Land, nicht nur individuell die Salzburgerinnen und Salzburger in ihrer jeweiligen Lebensregion und in ihrer jeweiligen Lebenssituation, weil es einen Un-

terschied macht, ob ich Arbeitnehmer bin oder ob ich Senior und Pensionist bin, weil die Mobilität natürlich auch eine ganz andere ist und mit einem derartigen Plan und die Entscheidungen treffen kann was braucht es an Investitionen, um den öffentlichen Personennahverkehr tatsächlich attraktiver zu machen, damit er auch angenommen wird. Was braucht es für Angebote? Wenn ich heute in der Früh die ORF-Nachrichten gehört habe, und wahrscheinlich habt Ihr sie alle gehört, was braucht es, damit die S3 hier in den Norden von Salzburg hinaus tatsächlich angenommen wird. Was braucht es für Angebote und letztendlich was braucht es für Bedingungen?

Ich war vor wenigen Wochen im Saalachtal, im unteren Saalachtal unterwegs und die Bevölkerung dort hat ein riesengroßes Problem, wenn es um den Personennahverkehr geht. Hier orientieren sich natürlich St. Martin, Lofer usw., Weißbach nach Saalfelden. Wenn dort die ältere Generation gesundheitliche Dienste in Anspruch nehmen will, dann muss sie nach Saalfelden oder nach Zell am See. Jetzt hat man eh schon von Haus aus einige Wartezeiten bei den Ärztinnen, egal wo man die Gesundheitsversorgung in Anspruch nimmt, aber wird noch bei weitem übertroffen durch die Wartezeiten des öffentlichen Verkehrs.

Das heißt eine Gesundheitsdienstleistung, die vielleicht eine Viertelstunde in Anspruch nimmt beim niedergelassenen Arzt oder Facharzt, braucht eine Tagesreise, weil der öffentliche Verkehr hier im ländlichen Raum so ausgedünnt ist, dass man einen ganzen Tag warten muss bis man wieder nach Hause fahren kann. Nicht nur vom Angebot her braucht es hier kräftige Nachbesserungen, sondern auch von den Bedingungen her. Es ist eben nicht attraktiv, wenn ich als Arbeitnehmer, Pendler im Pinzgau bin, und da gibt es gar nicht so wenige, es sind fast 2.000, die vom Pinzgau in den Zentralraum herauspendeln und wenn das Jahresticket mehr als € 1.500,-- kostet. Das ist nicht attraktiv. Das heißt wir brauchen vom Angebot her mehr Attraktivität und wir brauchen von den Bedingungen her mehr Attraktivität und ich glaube das ist die Herausforderung, die politische, die wir machen müssen, und daher braucht es so etwas wie einen Jahrzehnteplan, um dieses Problem auch im Interesse der Salzburger Bevölkerung und im Interesse der Salzburger Wirtschaft auch gut lösen zu können. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Klubvorsitzender. Herr Landesrat Mayr, Du hast das Wort, Du hast zehn Minuten. Ich werde nach acht Minuten einmal kurz anklingeln, damit Du zum Ende kommen kannst. Bitte!

Landesrat Mayr: Frau Präsidentin! Liebe Regierungskolleginnen und -kollegen! Hohes Haus! Liebe Besucherinnen und Besucher hier und zu Hause vor den Bildschirmen!

Die Herausforderung ist groß, ohne Zweifel, aber planlos sind wir nicht unterwegs. Das möchte ich wirklich am Beginn meiner Ausführungen klarstellen. Wie oft haben wir schon den Satz gehört „Mobilität war und ist die Basis für die Entwicklung unseres Landes“. Da sind wir uns alle einig. Nur ich muss schon sagen sehr oft ist genau dieser Kernsatz mit Füßen getreten worden. Ich komme in meiner Rede drauf was ich damit meine.

Wir müssen natürlich gewissen Entwicklungen Rechnungen tragen und Maßnahmen treffen. Das sind aus meiner Sicht zwei Punkte, die ohne Wenn und Aber umgesetzt werden müssen. Alle Partner und Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs sind gefordert und müssen zusammenarbeiten. Daran hat es in der Vergangenheit oft gekrankt. Ohne Wenn und Aber müssen die Menschen im Zentrum unserer Überlegungen sein. Nicht die GUV-Rechnung von Unternehmen, sondern was brauchen die Menschen. Da, glaube ich, sind wir uns auch einig.

Warum ist die Herausforderung so groß? Weil es natürlich in der Vergangenheit politische Entscheidungen gegeben hat, die sich im Nachhinein als falsch herausgestellt haben. Wir haben im Jahr 2001 alle Bundesstraßen übernommen, ohne uns Gedanken zu machen, wie erhalte ich die nachhaltig. Dann wurde noch im Jahr 2008 die Zweckbindung der Einnahmen aus den Verkehrseinnahmen aufgegeben, natürlich jetzt stehen wir Jahr vor Jahr vor dem Problem, dass uns Soziales, dass uns Krankenanstalten, dass uns das Thema Gesundheit fordert und sehr oft das Thema der Mobilität hinten bleibt. Das Budget, das ich zu verwalten habe, ist seit dem Jahr 2013 eingefroren. Ich muss mich innerhalb dieses Budgets auch bewegen. Natürlich hat es rundherum jahrzehntelange Versäumnisse gegeben, die man einfach in wenigen Jahren nicht bewältigen kann.

Was sind jetzt die großen Herausforderungen? Es geht einmal in erster Linie um die Angebote und um die Infrastruktur für die Pendler. Das fordert uns und ich komme aber drauf, dass wir da schon sehr gut auch in der Umsetzung sind. Es gibt diese große Diskussion um die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Salzburg. Da werden wir eine Lösung finden müssen. Es haben uns andere europäische Städte vorgezeigt. Ohne diese Puschmaßnahme wird es nicht funktionieren.

Es ist das große Thema der Durchbindung durch die Stadt Salzburg. Wir werden ein System brauchen, das unabhängig von der Straße ist. Ohne dem wird es nicht funktionieren. Es geht um das Angebot und es geht um die Taktung des öffentlichen Verkehrs. Es geht natürlich um das Ticketsystem und es geht auch, und da bin ich jetzt beim Gitzentunnel, auch um eine gewisse Reparatur in der Raumordnung. Wir müssen wissen gerade im Bereich Lamprechtshausen sind 60, 70 ha Gewerbegrund gewidmet. Wir müssen damit rechnen, dass es irgendwann bebaut wird. Sollen wir jetzt wirklich die Augen zu machen und schauen was da passiert und irgendwann stehen wir vor dem kompletten Kollaps.

Also wir werden uns mit diesem Thema befassen und da wird das Thema Gitzentunnel eine Rolle spielen, ist ja ganz klar. Der Gitzentunnel wird uns nicht das Pendlerproblem lösen. Der Gitzentunnel wird uns jenes Problem lösen, dass man gerade den Betriebsverkehr relativ schnell auf die A1 bekommt. Da wird der Gitzentunnel massiv helfen. Ich sage immer ich bin schon für den Gitzentunnel, aber begleitend muss genau in diesem Raum sehr viel gemacht werden für die Pendler. Das fängt bei der S1 an und hört bei einem attraktiven Ticket für die Pendler auf.

Der 3. Oktober 2016, das war so ein einschneidendes Erlebnis. Das hat alle wachgerüttelt. Im Nachhinein muss ich fast sagen vielleicht war es sogar ein kleiner Glückstag, nämlich es ist seit dieser Zeit wirklich viel passiert. Gestern hat vieles gegriffen. Es war deutlich weniger, wir haben auch Vorkehrungen getroffen. Wir haben natürlich Schaltungen in den Medien gemacht, auch in Bayern „bitte nützt den öffentlichen Verkehr“ und diese ganzen Maßnahmen haben gegriffen.

Was ist umgesetzt und was ist wichtig? Ich beginne bei der Straßeninfrastruktur. Wir haben heuer akute Probleme bewältigen müssen im Lammertal durch die Umweltschäden. In Dorfgastein, in Großarl, auf der B99, die jetzt noch sehr umfassend saniert wird. Wir haben in den letzten Jahren den ersten Teil von Hagenau umgesetzt. Wir haben Bad Vigaun umgesetzt. Wir sind mitten dabei, die gesamte Glemmtaler Landesstraße zu sanieren in einem mehrjährigen Programm. Zukünftig haben wir große Herausforderungen zu bewältigen. Es geht um die Entlastungsstraße in Zell am See, die wir ganz schlichtweg brauchen werden. Es geht um den zweiten Teil von Hagenau. Es geht um einen Autobahnanschluss Altenmarkt-Reitdorf, um den Standort Atomic zu sichern, und auch dort drinnen Arbeitsplätze zu schaffen und es geht um den Restausbau der Münchner Bundesstraße.

Im öffentlichen Verkehr läuft seit Jahresmitte das größte ÖV-Paket, das es jemals gegeben hat, z.B. die Linie 150. Da wurde eine Million in die Infrastruktur investiert und jährlich jetzt 600.000 in die Vertaktung. Da helfen die Gemeinden mit, da hilft der Herr Landeshauptmann mit, da kommt viel aus meinem Verkehrsressort. Das greift auch bereits. Die Linie 165 fährt seit Anfang September. Eine tolle Anbindung von Puch-Urstein bis zur Universität in Salzburg im Nonntal. Gesamtkosten 240.000. Die Gemeinde Elsbethen hat massiv mitgeholfen.

Im Ticketangebot ist ja viel passiert. Es gibt dieses Eini-Aussi-Ticket für den Lungau. Ganz wichtig. Um € 29,-- können die Lungauer wochenweise pendeln. Das ist genau der Bedarf der Menschen, den sie brauchen. Das wird auch unheimlich gut angenommen.

Wir haben das City-Ticket eingeführt mit dem Kernzonenzuschlag, dass auch die Umlandgemeinden davon profitieren. Wir haben die SUPER s'COOL-CARD auf den Markt gebracht, wo inzwischen fast 25.000 junge Menschen das kaufen werden. Es kommt jetzt das viel geforderte Seniorenticket um € 299,--. Wir haben massiv investiert in Park & Ride Anlagen. Allein in diesem Jahr fast 800. Das muss aber auch weitergehen, das brauchen wir. Die Mobilität ist wichtig. Die Menschen brauchen teilweise das Auto. Nur wenn sie den letzten Teil in die Stadt mit den Öffis fahren, ist uns schon unwahrscheinlich geholfen.

Im Pinzgau haben wir bereits im letzten Jahr viel umgesetzt. Wir haben die Züge bis nach Saalfelden verstärkt. Wir haben Züge direkt von Wien bis Zell am See, bis nach Saalfelden und von München bis Zell am See und Saalfelden eingeführt, damit wir auch dem Tourismus hier näherkommen. Es gibt immer mehr Menschen, die haben keinen Führerschein mehr, die haben kein Auto mehr, die möchten aber auch bei uns Urlaub machen.

Pinzgauer Lokalbahn. Herr Landeshauptmann, das war wirklich wichtig, dass Du in der kritischen Zeit die Pinzgauer Lokalbahn so forciert hast. Wenn wir die jetzt nicht hätten, das wäre eine ganz eine schlimme Situation. Wir haben aber auch in dieser Legislaturperiode laufend das Angebot verbessert. Es gibt Eilzüge am Morgen und am Abend, die sehr, sehr gut angenommen und sehr, sehr gut frequentiert sind.

Jetzt der Ausblick was passiert noch bis zum 12. Dezember. Die Buslinien 120, 130, 140 werden umgestellt auf einen Halbstundentakt. Dann gibt es Eilbuslinien, wo über die Autobahn die Menschen zu ihren Arbeitsstätten gebracht werden, wo wir eigentlich von dieser falschen Verkehrspolitik Abstand nehmen, dass alles zum Hauptbahnhof gebracht werden muss und dann werden sie vom Hauptbahnhof mit den Obussen in der Stadt verteilt. Das bringt den Umstand, dass die Menschen teilweise die dreimal solange Fahrzeit haben und aus dem Grund dieses Angebot nicht nutzen, und das wird jetzt funktionieren.

Zum zitierten Bericht vom ORF. Genau bei der S2 kommen mit 12. Dezember die markanten Verbesserungen. Stündlich werden drei Züge im Regionalverkehr verkehren und Neumarkt wird Haltestelle für den City-Railjet. Das heißt die Menschen aus dem Flachgau, die nach Linz und nach Wien müssen, brauchen nicht mehr in die Landeshauptstadt zum Hauptbahnhof fahren, sondern machen genau den umgekehrten Weg. Das wird natürlich entlasten. Es werden zwei Garnituren vom neuen Cityjet werden kommen mit 12. Dezember, vier weitere kommen noch im April.

Ausblick auf die Zukunft. Diese Arbeitsgruppen, die seit letztem Jahr installiert worden sind mit der Stadt Salzburg, mit dem Land, mit den Umlandbürgermeistern, die müssen erhalten bleiben, wir müssen weiterhin daran arbeiten. Es wird am 12. Oktober die Pendlerstromanalyse und eine Korridoruntersuchung präsentiert werden, die uns ganz wichtige Aufschlüsse geben. Was sind die wichtigen zukünftigen Maßnahmen? Wir brauchen ein schienengebundenes System oder von der Straße unabhängiges System für die Stadt Salzburg. Wir müssen uns Gedanken machen betreffend der Zweckbindung von Geldern für die Mobilität sonst werden wir Jahr für Jahr große Schwierigkeiten haben. Wir müssen die Zuständigkeiten neu ordnen. Momentan spielt die Stadt Salzburg und vor allem die Salzburg AG oft eine sehr eigenartige Rolle. Südtirol funktioniert deshalb, weil das Land Südtirol auch für die Städte verantwortlich ist und wo es keine Trennung an der Stadtgrenze gibt.

Wir brauchen Formen der Parkraumbewirtschaftung für die Stadt Salzburg. Ohne dem wird es nicht gehen. Wir brauchen eine Umstellung in der Verkehrsdienstbestellung, dass wir wirklich das komplette Land auf Bruttobestellung umstellen können, dass wir als Verkehrsverbund tatsächlich Takte und Preise gestalten können. Diese wichtigen infrastrukturellen Projekte von der ÖBB, nämlich diese magistrale Hochleistungsstrecke zwischen Salzburg und Neumarkt, die muss gebaut werden. Ich habe auch die Zusage, dass das im Rahmenprogramm jetzt reinkommen wird, ebenso die Sanierung von Pass Lueg. Wir müssen am Ticketsystem weiterarbeiten. Aus den Erfahrungen jetzt vom Seniorenticket, von der SUPER s'COOL-CARD wird es uns gelingen, auch ein landesweites Ticket einzuführen. Das wird vielleicht noch ein, zwei Jahre dauern, aber das wird gelingen.

Ich schließe. Verkehrspolitik in der Sackgasse? Ja, wenn nicht ohne Wenn und Aber die Strukturen verändert werden und die Zusammenarbeit aller Akteure im Vordergrund steht. Vielen herzlichen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landesrat. Für die ÖVP Kollege Schöchli. Du hast jetzt wieder nur fünf Minuten.

Abg. HR Dr. Schöchli: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das heutige Thema über die Verkehrsprobleme in und um die Stadt Salzburg wird ja zum wiederholten Male in der Aktuellen Stunde hier heute diskutiert. Heute auf Vorschlag der SPÖ. Man hat es auch am Erstredner, Herr Klubvorsitzenden Steidl, gesehen, dass das vielleicht innerhalb der SPÖ nicht immer auf Zustimmung stößt, möchte ich schon auch betonen, wenn ich mir ein Facebook-Posting des Verkehrssprechers Gerd Brand, der leider heute entschuldigt fehlt, zitiere - unter Anführungszeichen - „So ein Zufall, dass wir morgen im Landtag den Verkehr diskutieren, viel besser ist es, wenn wir die Verstrickung der ÖVP in den sogenannten SPÖ-Skandal diskutieren würden!!!! - fünf Rufzeichen“ Zitat Ende.

Spaß bei Seite, muss man fast sagen, weil ernst nehmen kann man wahrscheinlich ein solches Posting nicht. Ich möchte wirklich auf das Thema noch einmal eingehen.

Ich hatte die Gelegenheit, vor wenigen Wochen gemeinsam mit Hans Mayr bzw. mit dem Bürgermeister von Neumarkt und auch Vertretern der ÖBB den Spatenstich führen zu dürfen für den Park & Ride Platz, den neuen, in Neumarkt, vis-à-vis vom Bahnhof, wo ein altes Gebäude abgerissen worden ist und wo jetzt gerade 246 Stellplätze, neue Stellplätze errichtet werden zusätzlich zu den bisherigen. Das ganze wird beendet sein bis Ende November, mit dem Fahrplanwechsel am 9. Dezember wird das fertig sein. Die Gesamtkosten dafür betragen € 1,4 Mio., wobei die Hälfte durch die ÖBB, 25 % durch das Land bzw. der Rest dann von der Gemeinde Neumarkt auch getragen werden. Die Zahlen auch deswegen, dass man sieht, dass jede Maßnahme, jede Maßnahme im Verkehr auch mit hohen Kosten verbunden ist, Investitionskosten und natürlich auch den Folgekosten für die Erhaltung. Bei der Kostenfrage wird natürlich manches immer ausgeblendet.

Es kommt aber auch bei diesem Fahrplanwechsel zu einer Verdichtung des Regionalverkehrs. Es wird zu neuen Garnituren kommen, der Herr Landesrat hat es schon gesagt, und es wird auch zu einem neuen Halt, dem ersten Fernverkehrshalt im Flachgau, in Neumarkt Richtung Wien kommen und wird natürlich zu einer Entlastung auch führen für die Stadt Salzburg, weil viele Reisende, die nach Wien, Linz oder vielleicht auch Flughafen Schwechat fahren müssen, nicht mehr in Stadt zu dem derzeit durch die Baustelle sehr schwer zu erreichenden Hauptbahnhof fahren müssen, sondern hier dieses Verkehrsproblem durch einen Halt in Neumarkt leichter machen.

Warum erörtere ich das so tiefgehend eigentlich? Weil ich in diesem Zusammenhang auf das Landesmobilitätskonzept noch einmal hinweisen möchte, salzburg.mobil 2025, das vor ca. einem Jahr von der Landesregierung beschlossen worden ist, und für den Zeitraum 2016 bis 2025 gelten sollte. Das Landesmobilitätskonzept stellt eine verbindliche Grundlage für das verkehrspolitische Handeln im Land Salzburg dar. Eine der 83 Maßnahmen, die da drinnen verzeichnet sind, die darin enthalten sind, heißt auch und ich zitiere noch einmal: "Angebot an Pendlerparkplätzen an den Achsen leistungsfähiger ÖV-Verbindungen auszuweiten." Das heißt die Errichtung dieses Parkplatzes und der verschiedenen anderen Plätze, es sind ja einige hundert im ganzen Land, Park & Ride Parkplätze, sieht man auch, mit welcher Ernsthaftigkeit diese Landesregierung diese Problematik hier angeht und diese Umsetzung dieser Handlungsanleitung auch macht.

Andererseits ist natürlich auch ganz klar, dass diese Park & Ride Parkplätze das alleine nicht lösen werden dieses Problem. Ich habe schon bei der letzten Aktuellen Stunde vor einigen Monaten, auch wenn man dafür kritisiert wird, aber wenn man, glaube ich, etwas Richtiges sagt, kann man es oft genug sagen, ein altes pädagogisches Prinzip, die Pädagogen unter uns werden mir hier zustimmen, dass es keine einfache Lösung gibt. Es gibt nicht eine Lösung von einer Person, von einer Stelle oder eine Lösung, die das ganze machen kann. Es gibt keinen einzigen Wurf, der die gesamten Probleme löst, sondern es braucht immer einen Strauß von Einzelmaßnahmen, um das Verkehrsproblem um die Stadt Salzburg, in der Stadt Salzburg zu lösen. Wenn jetzt vielleicht auch eine neue Personalsituation in der Stadt Salzburg vorhanden ist, bin ich der frohen Hoffnung, dass wir hier einen neuen Anlauf für diese Lösung der Verkehrsproblematik hier angehen muss. Aber ich betone noch einmal, es braucht ein Bündel, einen Strauß von solchen Maßnahmen und ich glaube die Landesregierung ist hier auf einem guten Weg. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, des Klubobmannes Naderer und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege Schöchel. Für die Grünen Frau Kollegin Lindner.

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Sehr geehrtes Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer!

Ja, Salzburg braucht mutige Schritte und einen guten öffentlichen Verkehr. Es ist ja bereits sehr viel passiert. Die SUPER s'COOL-CARD, mit der alle Jugendlichen das ganze Jahr um € 96,-- durch das gesamte Bundesland fahren können. Man bedenke das sind weniger als € 2,-- pro Woche. Damit haben wir einen großen Erfolg eingefahren. Bereits mehr als 10.000 junge Salzburger und Salzburgerinnen verwenden dieses Ticket. Wir haben das Studententicket eingeführt und ab Dezember diesen Jahres wird es die Seniorenkarte geben um € 299,-- für das gesamte Jahr. Das sind sehr gute Sachen.

Für den öffentlichen Verkehr kann man sich das Tarifsysteem momentan so vorstellen, dass die Einzelfahrt entspricht ungefähr dem amtlichen Kilometergeld und die Jahreskarte im öffentlichen Verkehr ist bereits jetzt günstiger als die reinen Benzinkosten. Das heißt wenn

ich mit dem öffentlichen Verkehr eine Jahreskarte habe, wie ich sie z.B. seit zehn Jahren habe, dann zahle ich für den öffentlichen Verkehr weniger als ich nur für Treibstoff ausgeben würde. Das ist vielen Salzburgerinnen und Salzburgern eigentlich nicht bewusst.

Letztens habe ich eine Nachbarin getroffen, die sagt ja jetzt muss ich mein Auto für einen Monat meiner Tochter borgen, was soll ich denn tun. Sage ich zu ihr kaufst dir eine Monatskarte für den öffentlichen Verkehr und am Ende von dem Monat ist sie zu mir gekommen: Angela, das geht ja viel besser als ich gedacht habe. Ich kaufe mir jetzt eine Jahreskarte. Letztens habe ich sie wieder getroffen und sie sagt: "Das war die beste Entscheidung, die ich treffen konnte, ich habe nicht mehr den Stress in der Früh, es geht mir viel besser."

Wir haben auch da hier einiges an Digitalisierung. Mit der neuen Verkehrsapp weiß ich innerhalb von wenigen Sekunden wann fährt mein Bus, wo habe ich die beste Kombination, die schlägt mir auch Fahrwegkombinationen vor, auf die man selber gar nicht draufgekommen wäre, weil es einfach neue Verbindungen gibt, weil es neue Busse gibt. Diesen Vorteil dürfen wir verstärkt nutzen.

Es hat in der Vergangenheit viele Infrastrukturverbesserungen gegeben. Ich spreche die Park & Ride Plätze an, die Verlängerung der Lokalbahn bis Ostermiething, wo das zweite Gleis gebaut wurde, um auf der Lokalbahn auch noch bessere Takte gewährleisten zu können. Freilich in der Stadt Salzburg ist einiges blockiert worden. Bürgermeister Schaden wollte die Regionalstadtbahn weder oberirdisch noch unterirdisch. Der neue Bürgermeister hat jetzt eine Chance zu sagen ja wir wollen eine aktive Stadt, wir wollen eine Stadt mit einem guten öffentlichen Verkehr, wir wollen eine schienengebundene rasche Stadtquerung, und er setzt sich dann dafür ein, dass hier Verbesserungen geschaffen werden. Das soll dann zügig angegangen werden.

Wir bekommen Verbesserungen im Schienenbereich auf der HL-Strecke. Wir schaffen es beim Pass Lueg. Wir bekommen neue Garnituren. Die Stadt Salzburg darf nicht zurückbleiben. Wir wissen, dass die Lebensqualität jeder Stadt vor allem dann steigt, wenn sie mehr Fußgänger hat, mehr Radfahrer hat, das gibt mehr Sicherheit und vor allem, wenn ich in der Stadt spazieren gehe, dann ist es so, dass gerade die Autos die Luft dermaßen verpestet, dass einem das Spaziergehen in der eigenen Stadt verleidet werden kann. Das soll in Zukunft nicht mehr passieren. Mehr Fußgänger, mehr Radwege, mehr öffentlicher Verkehr.

Wenn ich mir die Staatsbrücke anschau, dann habe ich auf der Staatsbrücke mit Sicherheit zwei Drittel der Personen, die transportiert werden, zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Bus. Aber zwei Drittel der Fläche gehört den PKWs. Um eine Person zu transportieren, transportiere ich eine Tonne Blech. Das ist für Städte nicht mehr zukunftstauglich. Am Land werden wir auch weitere Verbesserungen machen. Der Herr Landesrat hat es schon angeschnitten, der Halbstundentakt. Damit kann ich dann verlässlich alle halbe Stunde in den Zentralraum in die Stadt kommen. Wenn ich weiß, auf keiner Haltestelle der Hauptli-

nien im Zentralraum warte ich länger als eine halbe Stunde auf den öffentlichen Verkehr, dann ist das eine neue Verlässlichkeit.

Ich darf noch einmal zu den neuen Medien kommen. Car-Sharing. Es war heute auch ein Thema in mehreren Zeitungen. Car-Sharing ist auch ein Thema der Zukunft, weil mit den neuen Smartphones, mit den neuen Medien kann ich jetzt auch ein Auto innerhalb von wenigen Sekunden buchen. Ich war am Sonntag draußen in Faistenau und durfte bei der Eröffnung eines Kindergartens mit Landesrätin Martina Berthold dabei sein. Ich war mit dem Car-Sharing-Auto dort. Dann war es dort so feierlich, ich wollte eine Stunde länger bleiben. Das ist früher mit Car-Sharing nicht gegangen. Ich schaue auf mein Handy, super, Auto ist nachher nicht gebucht, 30 Sekunden, ich verlängere um eine Stunde und kann noch einen Kaffee draußen trinken.

Das sind neue Qualitäten, die Car-Sharing in Zukunft voranbringen werden und wir werden schauen, dass wir daher auch in Zukunft Folgemodelle bekommen, weil wir wissen, dass der Großteil der Kosten neben Wohnen die Mobilität ist. Wenn ich kein eigenes Auto mehr habe, kann ich mir pro Monat sehr hohe Kosten sparen und kann das einsetzen für viel geringere Kosten für das Car-Sharing und habe trotzdem meine eigene Mobilität. Danke vielmals. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin. Für die FPS Kollege Wiedermann.

Abg. Wiedermann: Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wieder einmal ist das Thema Verkehr in der Aktuellen Stunde. Wieder einmal hören wir welche großartige Erfolge diese Landesregierung in den letzten Jahren geschaffen hat. (Beifall Klubobmann Abg. Schwaighofer) Aber wie schaut die Realität aus? Cyriak, jetzt warst Du leider Gottes ein bisschen zu früh. Aber wie schaut die Realität aus? Ganz anders. Ganz anders. Wer das verleugnet, der lügt sich selbst in die Hosentasche.

Faktum ist, und Frau Kollegin Lindner, es war ganz lieb und ganz nett Dein Vortrag, aber ich würde es einmal so bezeichnen, das sind Grüne Träumereien, die für Salzburg in dieser Form einfach nicht umsetzbar sind. Man muss einmal bedenken was ist Salzburg von der verkehrspolitischen Lage. Sind wir kein Transitland? Ist es der Transit, der uns viele dieser Probleme beschert? Aber ich höre immer mehr heraus, die Bösen, die uns so mit dem Verkehr belasten, das sind die Pendler. Das sind die bösen Pendler, die zum Teil nicht einmal die Möglichkeit haben, ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen, weil es einfach nicht angeboten wird, weil es nicht attraktiv ist. Genau diese Pendler sind es, die dann immer wieder von der Politik in den Mund genommen werden ihr verursacht's diesen Verkehr, diesen Verkehrskollaps. Ist es nicht ein bisschen anders?

Wir haben vor mehr als einem Jahr schon darauf hingewiesen, mehrmals, wenn es nicht ein wirklich gutes Miteinander gibt, und Peppi Schöchel, da gebe ich Dir absolut Recht was Du in

Deiner Presseaussendung schon gesagt hast, genau unsere Worte, genau meine Worte. Wenn es nicht ein Miteinander gibt, das heißt das Stadt, Land, Stadt und die Umlandgemeinden nicht entsprechend miteinander kommunizieren, welche Entwicklung wollen wir.

Landesrat Mayr hat es auch schon ausgeführt die Raumordnung. In Lamprechtshausen diese Widmung von Gewerbegrund. Was glaubt's Ihr, wenn da draußen das tatsächlich umgewidmet wird. Ich erinnere nur - Helmut Naderer ist jetzt nicht herinnen, ah da ist er - in Bergheim die Firma Schenker, die dort angesiedelt wurde mit 500 Schwerfahrzeugen. Man siedelt einen Betrieb an, ok ist gut, ist wichtig für die Arbeitsplätze, aber ohne darüber nachzudenken, welche Auswirkungen hat das auf den Verkehr. Solche Beispiele gäbe es alleine im Flachgau viele. Nur das wird uns absolut nicht weiterbringen.

Es ist in mehreren Punkten wirklich zu überlegen, wie geht man die Sache an. Lieber Herr Landesrat, ich gebe Dir Recht, es ist eine Frage der Finanzierung. Wenn es so ist, dass seit 2013 die Gelder eingefroren sind, so wird zu überlegen sein auch durch das zuständige Ressort, beim Finanzminister des Landes Salzburg hier entsprechend Druck zu machen, dass mehr Geld auch hier für den Verkehr, für den Straßenbau zu lukrieren ist. Aber ich weiß es, ich bin gleich fertig, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dunkle Gewitterwolken stehen ja über Salzburg, es drohen uns ja noch einige sage ich einmal böse Überraschungen, die vieles in der Zukunft verhindern werden.

Aber Faktum ist eines. Entweder man besinnt sich darauf, dass sich Stadt und Land und vor allem auch die Umlandgemeinden wirklich einmal ernsthaft an einen Tisch setzen und Strategien ausarbeiten, und zwar untereinander einmal festlegen, in welche Richtung will und kann meine Gemeinde gehen und vor allem wie schaffe ich auch durch bestimmte Raumordnungsfragen künftig den Verkehr. Es gäbe dazu noch viel zu sagen, aber die ersten fünf Minuten sind um. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Schwaighofer und des Abgeordneten HR Dr. Schöchli)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Kollege Wiedermann. Für die Liste Freie Wähler Salzburg Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer hier im Haus bzw. an den Bildschirmen!

Wenn ein landespolitisches Thema die zweifelhafte Ehre hat, gleich dreimal in einem Jahr die Aktuelle Stunde zu befüllen, darf man, glaube ich, mit Fug und Recht konstatieren, dass der Hut brennt und dass es die Landesregierung offenbar nicht schafft, das Thema zu erledigen.

Das Thema Verkehr erhitzt natürlich viele Gemüter in dem Land, kein Wunder, es gibt viele ärgerliche Mängel, die oft im Detail stecken. Es sind jetzt nicht nur die großen Projekte, die fehlen, wie der Gitzentunnel oder die Stadtrationalbahn. Es beginnt schon beim Ticketkauf, der oft kompliziert ist, und bei den meistens auch zu überteuerten Preisen, führt

dann über mangelhaftes rollendes Material, weil sich kein Mensch darum kümmert. Wir bestellen zwar den Verkehr, aber was bekommen wir an rollendem Material, wo müssen sich die Leute hineinsetzen, das überprüft kein Mensch. Teilweise werden auch Investitionen gemacht dort, wo sie nicht notwendig sind und wo sie notwendig wären, werden sie nicht gemacht.

Ich denke da z.B. an den Park & Ride Platz in Hallwang. Heute in der Früh bin ich wieder mit dem Zug hereingefahren zur Plenarsitzung von Seekirchen. Da stehen gezählte sechs Autos und die Plätze werden ca. 40 oder 50 sein geschätzt. Also dieser Park & Ride Parkplatz ist völlig überflüssig. Den hat damals der Bundesbürgermeister sich vielleicht gewünscht und auch bekommen, aber völlig an der verkehrten Stelle, dort ist keine Schnittachse von Verkehren und für Hallwang allein, für diesen Takt ist das viel zu wenig, weil ein Hallwanger, der im Ortskern wohnt, wird wahrscheinlich mit dem Bus nach Salzburg fahren, wenn er den öffentlichen Verkehr benützt und nicht die Eisenbahn.

Da fällt mir dazu ein der Geh- und Radweg auf der L102, Peppi Schöchel kennt die Stelle genau. Da ist ein monströser Geh- und Radweg gebaut worden mit einer 100 m oder mehrere hundert Meter langen Steinmauer, mit einer riesigen Steinmauer, du meinst du bist in einem Luxusgebiet irgendwo. Man hätte das mit einem einfachen Schwenk der Landesstraße Richtung Wald viel billiger machen können ohne dieser Steinmauer bzw. braucht man dort überhaupt einen Geh- und Radweg, wenn man durch das Ortszentrum von Eugendorf fahren kann. Ist wahrscheinlich auch fraglich.

Es ist auch so, dass diese Staus, die bei uns sind, die sehr ärgerlich sind, die die Gemüter erhitzen, teilweise nicht Gottgegeben sind, wie manche glauben, sondern gezielt von der Verkehrspolitik, von den Sachverständigen in der Stadt herbeigeführt werden. Ich darf Euch ein Beispiel sagen. Bushaltestellen in der Stadt Salzburg werden alle zurückgebaut und es gibt fast durchwegs nur mehr Straßenhaltestellen. Das heißt wenn jetzt der Bus stehenbleibt, muss der restliche Verkehr auch anhalten, weil zugleich baut man natürlich in der Mitte Fahrbahnteiler, sodass man nicht überholen kann bzw. wenn das nicht möglich ist, malt man eine Sperrlinie hin. Damit ist natürlich hinter jedem Bus eine riesige Staukolonne und das passiert noch dazu unter Missachtung des Gesetzes, weil der § 95 (6), ich habe ihn mir da aufgeschrieben, der Straßenverkehrsordnung folgendes sagt: Wird durch eine Haltestelle des KraftfahrLinienverkehrs die Sicherheit, die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs beeinträchtigt, so hat, so hat, nicht so kann oder darf oder wenn es lustig ist, so hat die Behörde die Verlegung der Haltestelle zu verfügen. Ich lese das einfach einmal so wie es drinnen steht. Der Gesetzestext lässt bei hat keine Interpretationen zu, das ist so. Die ist dann zu verlegen und der Verkehr nicht absichtlich zu sabotieren.

Mir tun auch die vielen Obuslenker leid, die hinnehmen müssen, dass ständig Baustellen auf Busspuren gemacht werden. Ich denke an das Hotel Stein. Das kann mir doch kein Mensch erklären, dass das sinnvoll war, diese Obusspur mit dieser Baustelle zu blockieren. Nebenbei ist der Platzl, da hätte man diesen Aufzug dreimal hinstellen können. Der Platzl ist riesengroß, da wäre diese Baustelle überhaupt nicht aufgefallen und so ist seit Jahren

dort eine Engstelle, die zu Staus geführt hat weit bis zum UKH zurück, und es kann auch nicht Sinn einer Grünen Klimapolitik sein, dass man möglichst viel Stau erzeugt.

Wir alle, glaube ich, sind davon betroffen. Wir stehen immer wieder wegen dieser Stadtideologie im Stau. Das ist für mich Diebstahl an der Zeit der Menschen, Diebstahl an der Zeit der Wirtschaft, die ihre Arbeitnehmer untätig im Stau sitzen hat, es ist Diebstahl an der Freizeit der Pendler, es ist Diebstahl an der Schlafenszeit der Pendler, weil die müssen eine halbe Stunde oder noch früher aufstehen, damit sie rechtzeitig am Arbeitsplatz sind und wäre Zeitdiebstahl ein Strafrechtsdelikt, so würde wohl mancher Politiker und Sachverständiger oder Verkehrsplaner wegen Tatausführungsfahrer sofort in U-Haft gehen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir kommen in die nächste Runde. Frau Kollegin Bartel für die ÖVP.

Abg. Bartel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es geht um den Verkehr in Stadt und Land Salzburg. Das Landesmobilitätskonzept wurde schon mehrfach angesprochen und Konzeptmaßnahme oder Rezept, es wird kein einhelliges geben. Wir brauchen wirklich viele, viele Maßnahmen und ich glaube es ist auch schon sehr viel passiert, denn Infrastrukturmaßnahmen können ja nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Da brauchen wir einen mindestens Zehnjahresrahmen und einfach auch etwas Geduld. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Für das bin ich auch!)

... Ich glaube, dass viele Ansatzpunkte, die heute schon genannt worden sind, wichtig und richtig sind, aber es braucht natürlich auch die budgetäre Bedeckung und diesen realistischen Zeitplan. Ich glaube auch, dass viele Bürgerinnen und Bürger Geduld beweisen und auch die Möglichkeit und das Angebot annehmen, dass wir ihnen schaffen. Vor allem darf ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen mit vielleicht einer neuen personellen Situation der Stadt Salzburg, dass wir wirklich gute Gespräche dann auch mit den Umlandgemeinden führen können, dass wir gemeinsam an den schon vorhandenen Konzepten weiterarbeiten und da die Umsetzung vorantreiben. Also es wird wirklich nur einfach miteinander gehen.

Dieser Paradigmenwechsel, den auch der Klubobmann der Stadt Salzburg der SPÖ schon angekündigt hat, stimmt mich zuversichtlich, dass auch diese guten Gespräche weitergeführt werden und eine Zeit des Miteinanders und des guten Stils, den wir hier im Land Salzburg pflegen, auch in der Stadt Salzburg in Bezug auf Verkehr dann dementsprechend gemacht wird. Wir alle sind Verkehrsteilnehmer. Heute einmal mit dem Auto, morgen mit dem Bus oder auch mit dem Rad. Das heißt es braucht nicht Einzelmaßnahmen für die einzelnen Verkehrsbereiche, sondern es wird gewechselt werden. Das Fahrzeug und auch manche gehen zu Fuß, manche laufen in die Stadt Salzburg. Es gibt Maßnahmen von den

Landeskliniken, wo in der Sportmedizin alle Mitarbeiter neuerdings in die Arbeit laufen und die haben schon große Freude auch daran.

Dankbar bin ich für die guten Angebote für die Berufspendler, weil diese Verkehrsströme, da glaube ich, dass auch die Angebote leichter angenommen werden und sie auf den Umstieg auf den ÖV zu bewegen sind, weil dann haben wir auch den notwendigen Platz für den Wirtschaftsverkehr, dass dieser dann auch die benötigten Leistungsreserven auch hat. Also die Wirtschaft braucht dringend gute Lösungen, denn die Dienstleister, die Handwerker, das Gewerbe, die Gastronomie können ihre Kunden nur dann bedienen und bewirten, wenn diese auch rechtzeitig zu ihnen zum Friseur, in die Hotellerie und Gastronomie auch kommen und nicht 30 Minuten, 40 Minuten im Stau stehen und somit Termine einfach nicht abgewickelt werden können.

Oder wenn Sie sich z.B. vorstellen einen Installateur. Der hat drei Partien à drei Leute. Wenn man jetzt gering ansetzt die Handwerkerstunde mit € 50,--, dann sind das, wenn diese drei Partien, angenommen der Unternehmer kalkuliert knapp, damit er auch den Auftrag bekommt, und die drei Partien à drei Leute stehen bei der Hinfahrt eine halbe Stunde im Stau und bei der Rückfahrt, ist eine Stunde insgesamt. Drei Leute, drei Partien à € 50,-- sind pro Tag € 450,--, die dem Stau dann geschuldet sind. Das ist wirtschaftlich nicht mehr vertretbar und dann ist es oft gescheiter, der Unternehmer nimmt vielleicht diesen Auftrag nicht an.

Aber die Wirtschaft floriert, es wird investiert in Stadt und Land Salzburg und darum ist es umso wichtiger, dass wir das Thema Verkehr lösen. Vorausschauende Politik heißt nicht bis morgen zu denken, sondern die Rahmenbedingungen durchzudenken, die neuen Voraussetzungen auch einzubinden und dementsprechend bis überübermorgen zu denken und unsere Infrastrukturmaßnahmen auf die Zukunft auszurichten. Jährlich haben wir 2.000 Baustellen in Stadt und Land Salzburg und ich bin dankbar, wenn unser Landeshauptmann dann auch dementsprechend schnell reagiert. Wenn dann eine Kleinigkeit passiert im Verkehr Salzburgs wie Baustellenverlegungen, manche verzögern sich und dann ist der Lieferinger Tunnel länger in der Begutachtung, dass er dann geöffnet wird und da bin ich sehr froh, dass er letztes Jahr dann vor den Weihnachtsfeiertagen rasch reagiert hat und dementsprechend auch eine frühere Öffnung des Lieferinger Tunnels bewirkt hat und somit eine Entzerrung des Verkehrs über das gesamte Stadtgebiet auch bewirkt hatte. ...

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Deine Zeit ist leider aus. Ich muss relativ streng sein mit der Redezeit. Danke.

Abg. Bartel (setzt fort): Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die SPÖ Niki Solarz. Ich darf bitte um etwas Ruhe bitten. Unsere Kollegin Niki Solarz für die SPÖ ist am Wort.

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Debatte hat jetzt eigentlich eh ganz gut gezeigt, dass wir gerade in Verkehrsbereichen im wahrsten Sinne des Wortes sehr viele Baustellen haben und ich denke, dass wir dieses Problem jetzt endlich strukturiert angehen sollen.

Herr Landesrat Mayr, ich habe von Ihnen sehr viele Lippenbekenntnisse gehört, eher weniger Taten, wobei man fairerweise sagen muss, und Sie haben es ja auch selber gesagt, dass die letzten Jahre im Verkehrsbereich eher wenig weitergegangen ist. Ich darf darin erinnern zuständig war Herr Landeshauptmann Haslauer, dem war es leider wichtiger, Geldmittel in den Ausbau der Straßen und Umfahrungen zu stopfen und weniger in den öffentlichen Verkehr und diese Auswirkungen haben wir jetzt zu tragen.

Werte Landesregierung! Ich glaube wir müssen in der Verkehrspolitik endlich weg vom Kirchturmdenken, hin zu einer Gesamtlösung, zu einem Gesamtkonzept. Es bringt nichts, wenn wir immer flickwerkartig da ein bisschen etwas stopfen oder da ein bisschen etwas stopfen, wir brauchen einfach eine Gesamtlösung für das unter Einbeziehung aller Akteurinnen und aller Akteure. Ich denke jetzt z.B. an die Stadt, Stichwort Parkraumbewirtschaftung. Die Salzburgerinnen und Salzburger haben es verdient, dass es endlich zu einer Minderbelastung im Verkehr kommt.

Fritz Wiedermann, Du hast es erwähnt, die Einpendlerinnen und Einpendler, 60.000 sind es, ich möchte nicht auf die schimpfen, die haben oft gar keine andere Wahl, dass sie anders in die Stadt kommen, für die brauchen wir eine adäquate Lösung und die können wir nur gemeinsam schaffen. Die Stadt wird das nicht alleine schaffen. Ich glaube alle Vorrednerinnen und Vorredner haben es gesagt. Wir brauchen ein Zusammenhalten. Es müssen alle zusammenspielen, alle Umlandgemeinden einbinden. Daher finde ich es umso ignoranter, wenn der Grüne Verkehrsstadtrat einen Brief schreibt an den Landeshauptmann, er möge doch bitte zu neuen Gesprächen einladen und dieser das aus fadenscheinigen Gründen nicht tut. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen, das verstehe ich nicht. ...

(Zwischenruf Abg. Bartel: Das ist unrichtig!)

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl: Das ist immer von der Stadt abgelehnt worden!)

... Ja, das war so, das haben wir schriftlich. Thema Jugend und Mobilität. Ihr könnt Euch alle nachher nochmal zu Wort melden. Ihr ward alle im Petitionsausschuss anwesend, wie die Jugendlichen ihre Forderungen und Anregungen präsentiert haben. Eine der Hauptthemen war Mobilität. Ihnen ist es einfach wichtig und für junge Menschen ist ein gutes, öffentliches Verkehrssystem einfach unumgänglich. Ihr habt alle zugehört. In sämtlichen Reden wird immer beteuert, wie wichtig es ist, dass wir den Jugendlichen Gehör schenken, dass wir ihre Anregungen ernst nehmen und aufnehmen. Daher bitte ich tun wir das auch,

sie haben tolle Beispiele genannt, wie z.B. ein bezirksübergreifendes Nachttransportservicekonzept, bessere Frequenzen in den Ferienzeiten, Verbesserungen an den Rand- und Stoßzeiten. Ich denke das sind viele Anregungen, die können wir aufgreifen, machen wir doch ein Gesamtkonzept.

Herr Landesrat, ich ersuche Sie jetzt um Taten. Schaffen Sie Lösungen. Ich denke das haben sich die Salzburgerinnen und Salzburger verdient. Herzlichen Dank. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die Grünen Herr Klubobmann Schwaighofer. Bitte, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Niki Solarz, Du hast Dich eigentlich selber ganz konsequent widerlegt, wenn Du sagst es passiert nichts. Du hast selber gesagt es gibt sehr viele Baustellen im Verkehr. Ja, so ist es. Es gibt sehr viele Baustellen im Verkehr, weil sehr viel gemacht wird, darum gibt es sehr viele Baustellen im Verkehr. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Die sind geschlossen! Weil sie geschlossen sind!)

... Es passiert sehr, sehr viel im Verkehr und wir haben es auch hören können.

Ich möchte über diese Problematik der Pendler und des Zeitverlierens, das ja mehrfach angesprochen wurde, noch etwas anderes, natürlich auch von meiner Herkunft drübersetzen. Wir dürfen bei all dem auch nicht vergessen, ich komme dann zu den einzelnen Punkten, wir reden da immer auch um Gesundheitsfragen und wir reden um Klimaschutzfragen, wenn wir davon reden "wie schaffen wir es, dass wir den öffentlichen Verkehr attraktiver machen, dass wir ihn ausbauen, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben, vom Auto auf den öffentlichen Verkehr zu wechseln?"

Die Grundfrage, die man, glaube ich, schon vornehinstellen darf, ist: "Wird das Leistbare im Verkehr in Salzburg getan?" Dass es immer zehnmal so viel sein könnte, das wissen wir alle, es könnte ein Fünfminutentakt von Goldegg nach Schwarzach gehen, alles wäre denkbar, da wird sich ab und zu jemand finden, der mitfährt, aber wird das Leistbare getan? Wenn immer wieder das Beispiel Tirol und Südtirol angeführt wird, dann muss man einfach ehrlicherweise sagen, wir haben in Salzburg eine Situation, dass wir einen Finanzskandal zu reparieren haben und eine Finanzaffäre zu reparieren haben. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ah geh, Ah geh!)

... Ich mach jetzt keine Schuldzuschreibung ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Dann erwähn es nicht!)

... Natürlich hat es damit zu tun, weil Tirol finanziell ganz anders da steht als wir in Salzburg und von Südtirol reden wir gar nicht, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nein, nein!)

... weil Südtirol über Jahrzehnte hinweg unglaublich viele Mittel lukrieren konnte auch aus der Europäischen Union. Wer das ein bisschen anschaut, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das Wohnbaugeld hergenommen für anderes. Es ist genug da!)

... beruhige Dich wieder schön langsam, Du kannst Dir das Budget ja anschauen, wenn Du das Budget lesen kannst, dann wirst Du feststellen, dass wir in einer dezidiert schwierigeren Lage sind, das kann man ja nachvollziehen ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ein Parlament ohne Zwischenruf ist kein Parlament!)

... Es macht ja nichts, Walter, es kann ja sein, dass viele Darlehen aushaftend sind usw., aber verfügbare Mittel hat Tirol deutlich mehr seit vielen Jahren. Früher haben sie viel mehr gemacht, da gebe ich Dir auch Recht und jetzt haben sie deutlich mehr Mittel zur Verfügung als wir. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Den Wohnbaufonds, den habt Ihr abgeschafft!)

... Die Frage ist, wird das Leistbare getan? Ich glaube, wenn ich dem Bericht vom Landesrat zugehört habe, dann wird an sehr vielen Schrauben gedreht, es passiert sehr, sehr vieles. Es ist ja auch die Frage, wie soll es gehen, dass man jeden Euro mehrfach umdreht und wir haben in unseren Budgets sehr viele Bereiche, wo wir massiv sparen müssen, weil wir auch Schulden zurückzahlen wollen. Wir haben gerade jetzt für dieses Jahr und für das nächste Jahr die Mittel im Verkehrsressort noch aufgestockt, zwar nicht um das, was man sich wünschen würde, aber doch um etliches.

Die Frage ist für mich auch, weil es sehr stark um diese günstigen Tickets geht: Was ist denn das Wichtigere oder wo muss man den Fokus stärker legen? Ich glaube eigentlich, dass das Wichtigere von den beiden Schrauben, an denen man drehen kann, nämlich das Angebot zu verbessern und die Preise zu senken, es ist, das Angebot zu verbessern. Das kann man auch mit Abfragen testen, dass es im Sinne der meisten VerkehrsteilnehmerInnen ist. Das ist nicht so unähnlich wie in der Kinderbetreuung, wo wir auch der Meinung waren,

wichtiger als den Gratiskindergarten schnell umzusetzen ist es, dass man das Angebot ausbaut.

Es werden in verschiedenen Bereichen Schritte gesetzt. Das hat aber System und geht nach dem Mobilitätskonzept vor. Dass nicht an einer Stelle dauernd gebaut wird, ist klar. Daher ist es so, dass im Norden und im Süden und im Osten und im Westen des Landes entsprechend investiert wird.

Ich glaube, dass von den Möglichkeiten, die man hat, dass die sehr gut ausgenützt werden. Ich sehe auch, dass sich sehr vieles bewegt, ich sehe auch, dass sich in den nächsten Monaten noch vieles verändern wird und als Abschluss noch einen Satz. Wenn die Kronen Zeitung, die bei Verkehrsfragen ja immer nur schimpft was alles verkehrt läuft, wenn die Kronen Zeitung einen doppelseitigen Artikel als Lob auf die Verkehrspolitik des Landes heute abdruckt, dann kann man relativ zufrieden sein. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Die zweite Wortmeldung für FPS steht bei Kollegen Wiedermann.

Abg. Wiedermann: Liebe Kolleginnen! Hohes Haus!

Vieles ist angesprochen, aber vieles ist nicht angesprochen. Es wird immer nur von der Stadt Salzburg geredet, wir haben aber viele, viele große Baustellen, was die Verkehrspolitik betrifft, auch in den Bezirken. Da möchte ich auch den Bezirk Zell am See, den Großraum Zell am See in den Mund nehmen. Hier hat man in den letzten Monaten und Jahren immer wieder, Herr Landesrat, Versprechungen gemacht, die aber bis heute leider nicht einmal im Ansatz umgesetzt worden sind. Es gibt Studien, die die Versprechungen dieser Landesregierung genau angesehen haben und auch begutachtet haben. Nach dieser Studie sind genau 11 % der Versprechungen dieser Landesregierung, was die Verkehrspolitik betrifft, umgesetzt worden. Cyriak, das kann ich Dir dann zeigen.

Faktum ist aber auch eines. Die Kollegin der ÖVP, die Wirtschaftssprecherin hat das erfreulicherweise ja schon ein bisschen mitangezogen, was vor einem Jahr oder eineinhalb Jahren, wie wir dieses Thema hier diskutiert haben, ja von Euch noch belächelt wurde, wie wir gesagt haben, die massiven Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf die Arbeitsplätze, auf die Gastronomie, auf den Fremdenverkehr, das sind Dinge, die müssen wir ernst nehmen, die müssen wir mehr als ernst nehmen. Ich sage jetzt nur ein einfaches Beispiel dazu.

Es gibt diese Roundtables zum Thema bezahlbares Wohnen und eines dieser Themen in dieser Runde war, dass das Zuliefern der Baustoffe aufgrund der Staubildungen in und um die Stadt Salzburg sich um mindestens 10 % verteuert. Das heißt, dass über diese Stauentwicklungen in Salzburg, Herr Landesrat, Du weißt das, auch das Bauen, das Wohnen teurer wird. All diese Dinge, das sollten wir auch beachten.

Aber es geht nicht nur um das, es geht auch um die Sicherheit der schwachen Verkehrsteilnehmer. Herr Landesrat, es sind immer wieder von verschiedenen Gemeinden, auch von uns, schriftliche Ersuchen, persönliche Gespräche haben stattgefunden, dass man auf einzelnen Verkehrswegen, Bundesstraßen in Absprache mit der Gemeinde beispielweise Schutzwege errichtet. Ist keine Maßnahme, die Millionen kostet. Ich sage nur als Beispiel meine Heimatgemeinde Wals-Siezenheim in Himmelreich. Jetzt bei dem Verkehr wechselt von der einen Haltestelle zur anderen, genau dort, wo Bäcker und Fleischhauer sind, für die Menschen unmöglich. Es gibt dort keinen Schutzweg. Seit Jahren wird das gefordert. Es passiert einfach nichts. Das sind die kleinen Dinge. Von den großen will ich gar nicht sprechen.

Die Versprechungen, die diese Vorgängerregierung ja gemacht hat, und genau um das geht es ja auch, wo sind diese Dinge, wo sind sie alle. Wo ist der Vollanschluss in Hagenau beispielsweise? Wo ist die zweite Autobahnauffahrt in Eugendorf? Und, und, und. Alles leere Versprechungen. Jetzt geht dieser Weg genauso weiter und ich befürchte, dass wiederum nur ein minimalster Teil dieser Versprechungen, wir haben in einem halben Jahr auch Landtagswahlen und darum verspricht man jetzt schon wieder, dass wieder nur der geringste Teil dieser Ankündigungen künftig umgesetzt werden wird. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Kollege Wiedermann. Als Abschlussredner haben wir Kollegen Naderer von der FWS. Danke.

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Stichwort Gitzentunnel. Bin ich zuerst nicht mehr dazugekommen, das zu erörtern. Wenn ich die Medienberichte verfolge, dann sehe ich, dass die Regierung bei dem Projekt jetzt eh kalte Füße bekommen hat. Der Gitzentunnel alleine, ein Loch durch den Berg wird uns nicht viel nützen. Da braucht man begleitende Maßnahmen, die vorher stattfinden müssen, vor dem Tunnel und nach dem Tunnel. Was ist der Status quo? Zur Zeit wird der Verkehr dosiert durch den Stau in Bergheim am Morgen in den Kreisverkehr abgegeben. Wenn ich dann durch den Tunnel direkt auf den Kreisverkehr zufahren lasse, dann bricht mir der Kreisverkehr zusammen. Wenn der Kreisverkehr vielleicht über- oder unterfahren wird, dann komme ich zur Modecenterkreuzung, dort habe ich Rotlicht, dann habe ich dort den Stau. Ein Stau darf aber nicht zurückgehen bis zum Tunnel oder in den Tunnel hinein, dann brauche ich ein Rotlicht in Anthering vor dem Tunnel. Also der Tunnel allein ist zu wenig. Da gehe ich mit vielen d'accord, wie wohl natürlich eine Verkehrsentlastung für Bergheim unumgänglich ist.

Seit 15 Jahren wird dieser Gemeinde von der Landesregierung versprochen, dass die Verkehrsmisere gelöst wird, aber es gibt keine alternativen Projekte offenbar. Warum macht sich kein Planer Gedanken was gäbe es sonst noch? Warum denkt man nicht vielleicht über einen Vollanschluss in Hagenau nach, dass man die Bevölkerung dort schützt mit einem Umweltschutztunnel, wesentlich billiger als wie der Tunnel durch den Berg, die Bewohner

sehen dort weder ein Auto, riechen keines und hören keines und bei der Autobahnvollauf-fahrt, eine Abfahrt haben wir schon, eine Viertelabfahrt, einen Viertelanschluss richtig gesagt, da könnte man vielleicht einen ganzen machen, dann fährt man geradeaus, ohne durch Bergheim fahren zu müssen, auf die A1 auf und einen wesentlichen Verkehrsteil hät-te man weg und wäre wesentlich kostengünstiger und weniger Kilometer zum Fahren, usw. usf. Aber in Alternativen wird offenbar nicht gedacht.

Was mir auch total fehlt, ist, jetzt kommt das Bezirksgericht nach Seekirchen, Haltestelle Seekirchen Süd. Da geht nichts mehr weiter. Einen Medientermin haben wir gehabt, die Verkehrssprecher damals Peppi Schöchel und die Angela und haben ein Foto gemacht und seither ist nichts mehr geschehen. Also Seekirchen-Süd, das steht in den Sternen, ist auch im Rahmenplan nicht verankert und wir haben auch nicht gehört, dass erkommen soll.

Weil ich gerade sage Seekirchen. Die Braunauer Bahn, die fährt mit Dieselloks von Braunau bis in den Bahnhof Salzburg, obwohl ab Straßwalchen eine Elektrifizierung da ist. Ich habe mir das jetzt einmal durchgerechnet, weil wir Anrainergemeinden Straßwalchen, Neu-markt, Seekirchen, Köstendorf, Eugendorf, Hallwang, Stadt Salzburg, Bergheim auch teil-weise, wir müssen den ganzen Ruß schlucken. Auf der Autobahn bei PKWs, die wesentlich weniger Schadstoffausstöße haben, da ist man rigoros. Der Einzelne, der Kleine wird sofort ge-mäßregelt und die Strafen sind enorm. Schon bei 10 km/h € 50,-, wenn du die Ge-schwindigkeit nicht einhältst, weil der ist ja so ungesund und so giftig der Diesel. Aber da, wo eine Diesellok pro Kilometer der Baureihe 5020 drei Liter Diesel verbraucht, da spielt das alles keine Rolle, da sind wir Anrainer in den Gemeinden völlig ungeschützt und da tut auch die Landesregierung nichts, weil natürlich gegen Große, da kann man nicht so leicht etwas tun. Die Kleinen kann man maßregeln, aber so große Organisationen wie die ÖBB, da kann man das nicht vorschreiben, dass sie dort, wo sie elektrisch fahren können, auch elektrisch fahren. Wir sind die Besteller, wir können denen sagen kauft's euch Hybridfahr-zeuge, solche gibt es, und den Teil, der nicht überspannt ist, fährt mit Diesel und dort, wo es nicht muss, fährt mit Strom.

Wenn man sich das anschaut, was da für eine Menge zusammenkommt, das kann man sich gar nicht vorstellen. Ich habe mir das gestern mit dem Gernot ausgerechnet. Das sind 50 km in etwa und zwischen 4:18 Uhr und 21:42 Uhr sind 23 Verbindungen hin und 23 Ver-bindungen zurück. Das ergibt 46 Fahrten mal 50 km in etwa abgerundet, sind 2.300 km am Tag, was die Braunauer Bahn hin- und herfährt werktags. Bei einem Verbrauch um die drei Liter, wie ich es schon angesprochen habe, sind das pro Tag 6.900 Liter Dieserverbrauch, 25 Mio. Liter im Jahr und 25 Mio. Liter Diesel im Jahr sind 60 Tonnen Co₂-Schadstoff. Das muss man sich einmal vorstellen. Die sind völlig ungeschützt, da tut die Landesregierung nichts. Da muss mir wer erklären was jetzt auf der A1 viel schlimmer ist als dass wir in den Anrainergemeinden der Westbahn diesen Dieselstaub und diese Emissionen schlucken müs-sen. Da bin ich schon der Meinung, dass da die Umweltpolitik im Land aufgefordert ist und da möchte ich schon auch bei den Grünen einmahnen, dass ihr tätig werdet, dass andere das vielleicht nicht tun, das ist mir klar, aber die Grüne Handschrift sollte auch für die Gemeinden entlang der Westbahn gelten und ihr sollt bitte dafür eintreten, dass die ÖBB

nicht mehr mit Dieselloks dort fährt, wo sie mit Strom fahren kann. (Beifall der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir die Aktuelle Stunde alle Rednerlisten abgearbeitet und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Bevor wir diesen aufrufen, ersuche ich die Zweite Präsidentin, den Vorsitz zu übernehmen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen jetzt zu

Punkt 8: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Es gibt neun mündliche Anfragen. Die erste

8.1 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchl an Landesrat Mayr betreffend Begegnungszonen im Bundesland Salzburg

Herrn Abgeordneter Schöchl bitte ich um seine Anfrage.

Abg. HR Dr. Schöchl: Danke für das Wort.

Eine Begegnungszone ist eine Straße, deren Fahrbahn zur gemeinsamen Benützung durch Fahrzeuge und Fußgänger bestimmt ist. Sie gilt als effektive Maßnahme zur Verkehrsberuhigung und führt zu einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität für den nicht motorisierten Verkehr. Grundgedanke einer Begegnungszone ist das gemeinsame Miteinander auf der Verkehrsfläche. Nur durch gegenseitige Rücksichtnahme und Interaktion zwischen allen Verkehrsteilnehmern kann diese Nutzungsform funktionieren. Die Begegnungszone ist als Bindeglied zwischen dem Fahrzeugverkehr, stark einschränkenden Instrumenten wie der Fußgängerzone oder Wohnstraße und bloßen Geschwindigkeitsbeschränkungen wie einer 30 km/h-Zone zu sehen.

Ich darf daher an Dich, Herr Landesrat, folgende Anfrage stellen. Wie viele ausgewiesene Begegnungszonen gibt es im Bundesland Salzburg? Und wenn Du gestattest gleich die beiden Unterfragen. Gibt es bereits Erfahrungswerte, ob Begegnungszonen die Verkehrssicherheit erhöhen? Wird die Errichtung von Begegnungszonen gefördert und wenn ja, in welcher Form? Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Wir bedienen uns dem SIR als Servicestelle und als Serviceeinrichtung und als Ansprechpartner vor allem für die Gemeinden. Der-

zeit sind uns zwölf Begegnungszonen im Land bekannt, wobei aber auch festzuhalten ist, dass nur eine Begegnungszone auf einer Landesstraße ist und die restlichen elf sind auf Gemeindestraßen. Und zwar es gibt Begegnungszonen auf Gemeindestraßen in Bergheim, in Bischofshofen, in Grödig, in Hallein am Kornsteinplatz, in Niedernsill, in Salzburg-Stadt Hofstallgasse, Lastenstraße, Schallmooser Hauptstraße und Stadtwerkeareal Lehen. In Seekirchen und in Thalgau, das ist die einzige, was auf einer Landesstraße ist, und noch eine in Zell am See, die Seegasse, was aber eine Gemeindestraße ist.

Es hat sehr, sehr viele Gespräche mit den Gemeinden gegeben, die gerne eine Begegnungszone wollen. Es gibt auch einige Gemeinden, sage ich, wo unechte Begegnungszonen gemacht wurden. Ein sehr erfolgreiches Beispiel ist Mittersill, wo Maßnahmen gesetzt worden sind, die nicht jetzt zu 100 % den Richtlinien oder dem Leitfaden „Begegnungszonen vom Land Salzburg“ entsprechen und trotzdem eine ähnliche Wirkung erzielen. Die Wirkung soll ja sein, dass man einen gemeinsamen Raum für Fußgänger und für den motorisierten Verkehr herstellt. Da gibt es, das haben wir auch aus unseren Exkursionen in der Schweiz gelernt, da gibt es schon mehrere Varianten, aber wir haben in Salzburg einen Leitfaden erstellt und diese zwölf, was ich zuerst genannt habe, entsprechen eins zu eins diesem Leitfaden, es gibt aber ein paar andere Beispiele, die nur eingeschränkt dem Leitfaden entsprechen.

Bis jetzt gibt es, um Deine Frage zwei zu beantworten, keine dokumentierten und evaluierten Erfahrungswerte, inwieweit Begegnungszonen eine Erhöhung der Verkehrssicherheit bewirken. Es sind uns aber auch keine Unfälle bekannt, die, sage ich, aufgrund dieser Begegnungen passiert sind. Das ist die andere Seite und Forderung ist nicht vorgesehen. Wir helfen sehr oft mit, jetzt z.B. wenn in Thalgau diese neue Begegnungszone geschaffen wurde, dann zahlen wir die Kosten für eine normale Asphaltierung. Alles, was Mehrkosten sind, hat dann die Gemeinde zu begleichen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Abschließende Zusammenfassung?

Abg. HR Dr. Schöchli: Danke für die Auskunft, Herr Landesrat, für diese Begegnungszonen. Ich glaube es ist ein Weg, dass, nicht für jede Gemeinde, aber für viele Gemeinden, hier auch eine Erleichterung geschaffen werden kann. Wir haben es heute in der Aktuellen Stunde ist es angesprochen worden, eben für die schwächsten Verkehrsteilnehmer, dass hier auch etwas getan wird und ich wiederhole mich noch einmal. Ich glaube, es ist auch eine dieser Maßnahmen, die wir heute schon mehrfach angesprochen haben, Landesmobilitätskonzept, um eben auch hier vor Ort das eine oder andere Problem, die eine oder andere Herausforderung auch lösen kann. Ich bin froh, wenn die eine oder andere Gemeinde hier auch eine entsprechende Auskunft bekommt, damit es dann auch sicher abläuft. Ich glaube das steht ganz im Vordergrund. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Vielen Dank. Wir kommen zur zweiten

8.2 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Josef-Rehrl-Schule

Bitteschön Herr Abgeordneter!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, lieber Christian!

Im April diesen Jahres hat das Land Salzburg die Salzburg Wohnbau mit dem Neubau der Josef-Rehrl-Schule beauftragt. Dabei soll das Land Salzburg 30 Jahre lang Miete an die Genossenschaft zahlen, danach geht das Gebäude in den Besitz des Landes Salzburg über.

Ich darf an Dich folgende Anfrage stellen. Wie hoch ist die Verzinsung des von der Salzburg Wohnbau angebotenen PPP-Modells für die Finanzierung der Errichtungskosten?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Herr Abgeordneter, lieber Roland, danke für die Frage. Wir haben ja jüngst eine sehr schöne, einen Event gehabt bei der Josef-Rehrl-Schule, nämlich die Grundsteinlegung. Seit 2008 ist die Josef-Rehrl-Schule ein Anliegen des Landtages und wir sind jetzt soweit, dass die Spundwände bereits geschlagen sind, dass die Bodenplatte bereits entsprechend betoniert ist. Ich habe auch einen Folder mit.

Dieses PPP-Modell, bevor ich auf die Antwort komme wegen der Verzinsung, denn die Verzinsung würde sonst verkürzt dargestellt werden, muss ich zurückgehen in das Jahr 2013 und alle hier herinnen wissen, welches finanzielle Chaos wir damals aufzuräumen hatten 2013, dass wir selbstverständlich einen Kassasturz machen mussten, um uns ein entsprechendes Bild zu machen, wie es überhaupt mit den Finanzen weitergehen kann. Das hat natürlich eine Zeitlang gedauert, denn dieser riesige Skandal kann nicht in ein paar Monaten aufgeräumt werden, sondern der Überblick hat etwas länger gedauert.

Mir war aber das Projekt Josef-Rehrl-Schule so wichtig, dass ich nicht Zeit verlieren wollte und deshalb habe ich mir Gedanken gemacht, wie können wir die finanzielle Sicherstellung gewährleisten, um diese Schule neu zu bauen und habe dann der Regierung und auch dem Landtag ein PPP-Modell vorgeschlagen, das so funktioniert, dass wir ein zweistufiges Verfahren hinter uns gebracht haben bzw. damals geplant haben mit einem Finanzierungs- und Projektpartner. Der Projektpartner hat also das Haus zu errichten und zu betreiben und, und das ist jetzt etwas ganz Wichtiges, was damit berücksichtigt werden muss, eine entsprechende Werterhaltung sicherstellen, dass sozusagen nach Ablauf des Baurechtes nicht irgendein Haus da steht, das sozusagen verbraucht und aufgebraucht ist, sondern dass es auch nach den 30 bzw. 32 Jahren das Haus noch vollwertig und entsprechend gut dasteht.

Wir haben dann die Ausschreibung entsprechend gemacht, haben wir eh schon öfter diskutiert und jetzt muss man bei diesem Modell berücksichtigen, dass hier nicht nur es darum

geht, ein Darlehen aufzunehmen und das dann abzubezahlen, sondern der Projektpartner betreibt 32 Jahre lang das Haus und hat alle, neben den Betriebskosten auch alle werterhaltenden Maßnahmen zu setzen, dass dieses Haus nach 32 Jahren auch noch gut dasteht.

Das Darlehen, das dem PPP-Modell hinterlegt ist, ist verzinst mit 2,38 % auf 32 Jahre, und zwar ist es ein Fixzins. Ein Fixzins auf 32 Jahre, denke ich, 2,38 % ist ein guter Zinssatz, den wir entsprechend an den PPP-Partner leisten müssen. Wir zahlen also mit der sogenannten Miete nicht nur das Darlehen ab, sondern wie gesagt alle Betriebskosten und alle werterhaltenden Maßnahmen des Hauses, sodass nach 32 Jahren nicht wieder ein Neubau notwendig ist, sondern nach 32 Jahren, wenn dann das Darlehen abbezahlt ist, das Haus im Eigentum des Landes in einem guten Zustand sich befinden wird.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, hast Du noch weitere Fragen?

Abg. Ing. Mag. Meisl: Wie hoch ist der vom Land Salzburg zu zahlende monatliche Gesamtmietzins inklusive der von Dir beschriebenen Leistungen und wie hoch sind die Zinskonditionen, die das Land Salzburg erhalten hat bei den zuletzt aufgenommenen Darlehen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Die monatlichen bzw. jährlichen Zahlungen sind wie folgt zu leisten. Der Mietzins aus den Errichtungskosten beträgt netto € 12,--. Die Bewirtschaftungskosten in Hauptgruppensummen Verwaltung, etc. € 0,3. Technischer Gebäudebetrieb € 4,9, Instandsetzung € 0,78, der Baurechtszins, das ist aber jetzt abzuziehen, weil den bekommen wir wieder zurück sind € 0,7. Die Grundsteuerübergabe 14 Tage nach Beglaubigung Baurechtsvertrag 32 Jahre ab Sommer 2016 sind 0,26 und Versicherung ebenfalls 0,26. Das ergibt einen Quadratmeterpreis von € 18,93 netto. Aber wie gesagt noch einmal möchte ich betonen, dass das nicht nur die Miete und die entsprechende Darlehenstilgung ist, sondern auch sämtliche Erhaltungsmaßnahmen wie dargestellt eben zu bezahlen sind.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Die zweite Frage habe ich noch gestellt. Welche Zinskonditionen hat das Land Salzburg erhalten bei den zuletzt aufgenommenen Darlehen? Das Land Salzburg direkt von Banken.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Die letzten Zinskonditionen, die wir aufgenommen haben, das sind alles eher kurzfristige Maßnahmen, weil wir bei den endfälligen Darlehen, die der Reihe nach sozusagen fällig werden, wir immer herausverhandeln sozusagen, dass wir auch eine vorzeitige Rückzahlung ausmachen. Das ist verschieden, hängt vom Euribor, also meistens Euribor plus ein entsprechender Aufschlag. Aber wie gesagt die

sind nicht vergleichbar und die sind zwischen 0,5 und 2 % in etwa, aber das sind keineswegs so langfristige Darlehen, wie dieses Darlehen, das auf 32 Jahre läuft.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter, eine Zusammenfassung?

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke sehr für die Beantwortung der Anfragen. Auch wir finden es sehr positiv, dass diese Schule endlich in die Umsetzungsphase gekommen ist. Es war höchst an der Zeit, das ist völlig unbestritten. Hinsichtlich der Art und Weise der Ausschreibung mit diesem zweistufigen Finanzierungs- und Bauträgerwettbewerb, wo es am Ende einen Anbieter gegeben hat bzw. auch wie man ein PPP-Modell realisiert und dass damit Mehrkosten auf das Land Salzburg zukommen langfristig, glaube ich sollten wir in Zukunft ernsthaft darüber diskutieren, ob wir als Land Salzburg das wollen oder nicht. Ich weiß schon es ist einfacher für das Land, es macht weniger Arbeit, aber am Ende zahlt der Steuerzahler dafür und ich darf das nur bei diesem Projekt beispielhaft anführen. Ein Prozentpunkt auf diese Laufzeit macht ca. 3 Mio. Euro an Mehrkosten aus, die der Steuerzahler zu zahlen hat, und ich glaube, wenn es andere Möglichkeiten gibt, wäre das sinnvoll. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wir kommen zur dritten

8.3 Mündliche Anfrage der Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend die SUPER s'COOL-CARD

Bitteschön Frau Abgeordnete!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Jugendliche nutzen den öffentlichen Verkehr besonders gerne. Er bringt sie sicher und unabhängig von Eltern und Freundinnen an ihr Ziel. Positiver Nebeneffekt: So gewöhnen sie sich ein umweltbewusstes Mobilitätsverhalten an. Die aktuelle Landesregierung hat im September 2013 die SUPER s'COOL-CARD eingeführt. Diese Jahreskarte ermöglicht es allen Schülerinnen und Lehrlingen bis 24 Jahre, alle öffentlichen Verkehrsmittel des Salzburger Verkehrsverbundes im Bundesland Salzburg um € 96,-- pro Jahr zu nutzen. Mehr als 21.000 junge Menschen waren im Schuljahr 2016/2017 in Salzburg mit der SUPER s'COOL-CARD öffentlich unterwegs.

In Österreich gibt es aber auch Jugendliche, die keine Schule und anerkannte Lehrausbildung besuchen. Diese Jugendlichen erhalten bisher in Salzburg keine SUPER s'COOL-CARD. Seit Juli 2017 gilt die Ausbildungspflicht für alle jungen Menschen bis 18 Jahre. Das ist eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Jugend und unseres Staates. Der nächste wichtige Schritt ist nun, dass alle Jugendlichen auch sicher und günstig zu ihrer Ausbildungsstätte gelangen können. In Tirol können bereits alle Jugendlichen bis 18 Jahre mit Hauptwohnsitz in Tirol das „SchulPlusTicket“ um € 96,-- erwerben.

Hauptfrage: Wie hoch sind die für Salzburg entstehenden Kosten, wenn alle Jugendlichen bis 18 Jahre mit Hauptwohnsitz in Salzburg eine SUPER S'COOL CARD um € 96,-- erhalten können? Unterfrage: Wie realistisch ist es, dass zumindest ein Teil der Kosten vom Bund, vom Familienlastenausgleichsfonds ersetzt werden? Zweite Unterfrage: Wird es möglich sein, so ein Ticket in Salzburg allen Jugendlichen bis 18 Jahre zur Verfügung zu stellen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank Frau Abgeordnete. Wir haben in Salzburg das jetzt so geregelt, dass Schülerinnen und Schüler oder Lehrlinge dann eine SUPER s'COOL-CARD erhalten, wenn sie entweder den ordentlichen Wohnsitz in Salzburg haben oder der Schulstandort oder die Ausbildungsstätte sich in Salzburg befindet. Jetzt haben wir eine Grobkalkulation gemacht was würde es bedeuten, wenn wir die Zielgruppe ausweiten, dass alle jungen Menschen bis zum 18. Lebensjahr diese SUPER s'COOL-CARD erhalten und ich bin selber etwas überrascht, dass das - Anführungszeichen - „nicht mehr kostet“. Es würde laut ersten Schätzungen 50.000 bis 80.000 Euro pro Jahr kosten. Es gehört natürlich noch eine genaue Kalkulation mit den Partnerunternehmen und mit dem Verkehrsverbund gemacht.

Inwieweit dass sich der Bund dann an diesen Kosten beteiligen wird, konnten wir natürlich jetzt in der Kürze nicht abklären. Ich glaube aber nicht, dass über den Familienlastenausgleichsfonds das zu erzielen ist, weil das doch sehr auf die eigentliche Schülerfreifahrt abzielt und da fehlt praktisch der Grundanspruch darauf. Das heißt wenn wir das machen wollen, dann werden wir das vermutlich selber tragen müssen. Das ist natürlich jetzt eine politische Entscheidung, ob wir diesen Weg gehen möchten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Lieber Landesrat! Danke für diese Auskunft. Ich möchte Dich bei Deinem Bemühen unterstützen und auffordern, dass die Salzburger Landesregierung zusammenhilft, dass es nach Möglichkeit umgesetzt werden kann. Danke vielmals.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Die nächste

8.4 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Bettelei in der Stadt Salzburg

Bitteschön!

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Nach § 29 des Salzburger Landessicherheitsgesetzes begeht eine Verwaltungsübertretung, wer in aufdringlicher oder aggressiver Weise, wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten oder Beschimpfen, bettelt. Es sind Geldstrafen bis zu € 1.000,-- zu verhängen, wenn man sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen hält. Auch nach Aufhebung der Verord-

nung der Stadtgemeinde Salzburg, die das Betteln an bestimmten Orten untersagt hat, ist der Anwendungsbereich des § 29 vollinhaltlich aufrecht.

Ich stelle daher an Sie folgende mündliche Anfrage. Erstens: Wie konsequent wird von der Polizei das Betteln im Sinne des § 29 Landessicherheitsgesetz geahndet? 1.1 Wie viele Strafbescheide wurden 2016 und 2017 erlassen, insbesondere wegen der Verwaltungsübertretung nach § 29 Abs. 1 Ziffer 3? 1.2 Sehen Sie nach der Aufhebung der Bettelverbotsverordnung eine Notwendigkeit, das Landessicherheitsgesetz zu novellieren, um den Behörden mehr Möglichkeiten zur Eindämmung der Bettelerei zu geben? Ich ersuche um Beantwortung. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter, bevor ich den Herrn Landeshauptmann bitte, die Fragen zu beantworten, nur eine Klärung. Es steht hier in der mündlichen Anfrage Geldstrafen bis zu € 10.000,-- und Du hast € 1.000,-- gesagt. Was stimmt?

Abg. Wiedermann: Habe ich € 1.000,-- gesagt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Ja. So wie es hier steht. Danke. Herr Landeshauptmann bitteschön!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke für die Anfrage. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 105 Anzeigen erstattet. Im Jahr 2017 bis Ende August 31 Anzeigen. Erste Frage, 1.1 war das.

Zur Hauptfrage: Nach Auskunft der Polizei schreitet die Polizei konsequent durch eine eigene temporäre Ermittlungsgruppe Bettelerei ein, die sowohl in Uniform als auch in Zivil ihren Dienst versieht. Zur Thematik der Aufhebung der Bettelverordnung 2015, das ist richtig, die ist aufgehoben worden, das hindert aber den Vollzug im Prinzip nicht weiter, weil es eine Bettelverordnung 2016 gibt, die nicht aufgehoben ist, und auf deren Grundlage derzeit der Vollzug durch die Polizei durchgeführt wird.

Die Stadt hat auf Grundlage des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes die Arbeiten für eine neue Bettelverordnung in Angriff genommen. Die ist derzeit in den gemeinderätlichen Gremien und könnte im nächsten Stadtsenat bereits beschlossen werden. Der Verfassungsgerichtshof hat sich ja daran gestoßen, dass sozusagen die Bettelverordnung 2015 im konkreten Fall Getreidegasse ohne räumliche Ausnahmen gewesen ist und hat freundlicherweise auch aufgezeigt, wie eine künftige Bettelverordnung verfassungskonform aussehen könnte. In diesem Rahmen wird der Versuch gestartet, eine verfassungskonforme Bettelverordnung zu machen. Eine Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes wird als nicht notwendig gesehen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter, hast Du noch weitere Zusammenfassung oder eine Frage?

Abg. Wiedermann: Ja eine Zusammenfassung. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich glaube es ist hinlänglich bekannt, dass die Bettelerei eine besondere Form der Kriminalität darstellt. Es sind nicht alle, die hier betteln, Täter, sondern es sind viele davon auch Opfer. Ich glaube wir haben zweierlei Verpflichtung. Einerseits den Opferschutz und andererseits aber auch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln diese besondere Form der Kriminalität einzudämmen.

Ich habe vor kurzem selber eine Beobachtung gemacht, die mich ehrlich gesagt ein bisschen erschüttert hat, und zwar hier im Innenstadtbereich. Ein etwas besser gekleideter junger Herr ist an einige dieser Menschen herantreten und hat offensichtlich ganz schön abkassiert, und zwar in einem Stoffsackerl, das sicher so an die 25 cm hoch war und hat von diesen Menschen Geld eingesammelt. Ich habe mir dann den Spaß gemacht und bin ihm nachgegangen und habe das dann noch gesehen Richtung Innenstadt und er hat dann bemerkt, dass ich ihm folge und ist dann eiligen Schrittes, wo ich nicht mehr nach konnte, auf Deutsch gesagt, davongelaufen.

Es gibt natürlich, Cyriak, weil Du mich so anschaust, es gibt auch die Form der scheinbaren Behinderung. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Zusammenfassung!)

... Ja, ich bin eh dabei. Ich bin am Wort nicht Du. Diese persönlichen Feststellungen machen aber auch andere und das machen auch die Bürger dieser Stadt und auch bereits der Umlandgemeinden. Ich glaube es ist schon die Verpflichtung des Gesetzgebers, hier Maßnahmen zu ergreifen, um diese Form der aggressiven und vor allem der organisierten Bettelerei möglichst einzudämmen. Ich ersuche, Herr Landeshauptmann, vielleicht kann man doch einmal darüber nachdenken, dass man auch in landesgesetzlichen Vorschriften im Sicherheitspolizeigesetz hier Normen unterbringt, wo die Exekutive dann entsprechende Maßnahmen einleiten kann, Maßnahmen hat, die aber dann auch vor dem Höchstgericht halten werden. Wir haben genug Experten, die so etwas ausarbeiten können. Darum ersuche ich.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Für die Zusammenfassung zwei Minuten. Die nächste

8.5 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat Mayr betreffend das Busterminal Lastenstraße

Bitteschön Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Danke Frau Vorsitzende. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Viele Anbieter von Fernbusreisen lassen ihre Gäste in der Lastenstraße beim Hauptbahnhof

ein- und aussteigen. Das Busterminal Lastenstraße wurde bereits des Öfteren medial thematisiert. Vor allem von Anrainerseite wurde mehrmals geäußert, dass es in diesem Bereich oftmals zu gefährlichen Situationen käme. Bei der angedachten neuen Verkehrslösung rund um den Bahnhof muss deshalb auf jeden Fall sichergestellt werden, dass es für Regional- sowie auch Fernbusse dauerhafte und strukturierte Regelungen gibt. In einem Salzburg heute Interview vom 9. Februar 2017 wurde von Ihrer Seite erklärt, dass es bereits eine sehr geeignete Liegenschaft gäbe, mit welcher die Fernbushaltestelle in der Lastenstraße entlastet werden könnte.

Meine Frage lautet somit, ob diese Gespräche rund um die genannte Liegenschaft bereits zu Ergebnissen geführt haben und um welche Liegenschaft es sich da handelt? Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank. Tatsächlich habe ich mich in Sache der Haltestelle für Fernbusse aktiv eingebracht. Warum? Weil es einfach ein völlig neuer Markt ist, der bei den Menschen sehr, sehr gut angenommen wird, und wo es von Behördenseite sehr komplizierte und unübersichtliche Handhabung gibt. Nämlich es wird um Konzession angesucht entweder im Ausland oder beim BMVIT und dann ist die jeweilige Gemeinde, in dem Fall die Stadt Salzburg, verpflichtet, eine Liegenschaft zu definieren und die Landesbaudirektion, das Referat Verkehrsunternehmen, befindet dann, ob diese Liegenschaft geeignet ist. Das ist formal unsere Funktion. Aber aufgrund dessen, dass da einfach nichts weitergegangen ist, habe ich versucht, in meinem Wirkungsbereich Liegenschaften zu finden. Ich habe dann auch der Stadt Salzburg einige Vorschläge unterbreitet, die dann entweder seitens der Stadt nicht weiterverfolgt worden sind oder als ungeeignet erachtet worden sind. Da gibt es sicherlich fünf, sechs solche Plätze, die wir angeboten hätten.

Das ist der Grund, dass jetzt zwar eine Lösung gefunden worden ist bei der Hellbrunner Brücke, wo ein Teil jetzt abgewickelt wird, die Situation bei der Lastenstraße aber nach wie vor nicht entsprechend verschärft worden ist. Aus meiner Sicht müssten Liegenschaften gefunden werden, die einfach von der Grundverkehrsinfrastruktur geeignet sind. Das heißt ich muss entweder mit dem Auto gut hinfahren können oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel gut hinfahren können, dass die Leute kurz ein- und aussteigen können und rasch das wieder verlassen. Bei der Lastenstraße haben wir das Problem, dass die Ein- und Ausstiegssituation meistens fahrbahnseitig stattfindet und das zu sehr gefährlichen Situationen führt. Ich denke schon, da würde mit mehr Nachdruck eine Lösung gesucht werden müssen, vor allem seitens der Stadt Salzburg. Da liegt eigentlich der Ball und wir sind sicher bereit, wenn es eine Liegenschaft gibt, dass wir das auch sehr schnell und unbürokratisch abwickeln.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Danke Herr Landesrat. Sie haben jetzt nur auf die Frage nicht konkret geantwortet, um welche Liegenschaft es sich da gehandelt hat.

Landesrat Mayr: Ich habe jetzt zwei in Erinnerung. In Wals-Siezenheim und eine in der Nähe vom Fußballstadion. Hinter dem Baumarkt ist eine Grünfläche und eine sehr lange Obuszufahrt, die durchaus für das zu verwenden wäre. Das habe ich auch den Zuständigen in der Stadt gesagt, aber es ist noch nichts weitergegangen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Dankeschön. Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Ich komme jetzt zu meiner zweiten Frage. Also wenn diese Gespräche bis jetzt nicht so positiv verlaufen sind, gibt es von Ihrer Seite noch andere Lösungsvorschläge oder vielleicht auch von der Stadt, von denen Sie Kenntnis haben?

Landesrat Mayr: Also ich habe momentan auch keine Idee mehr, weil meine Ideen habe ich alle offeriert und seitens der Stadt Salzburg habe ich nichts gehört, dass es einen neuen Standort geben würde.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete?

Abg. Fürhapter: Eine Zusammenfassung. Herr Landesrat, ich würde Sie wirklich bitten, nochmals mit allen Verantwortlichen in Verhandlung zu treten, dass diese Busse eventuell auch auf den bestehenden Park & Ride Parkplätzen ihre Fahrgäste zumindest ein- und aussteigen lassen können. Ich glaube einfach, dass man die bestehende Infrastruktur mitnutzen sollte, erstens einmal, um den Salzburger Verkehr zu entlasten und auch die Sicherheit der Fahrgäste zu gewähren. Gemäß vielleicht auch Ihrem Zitat, welches Sie in der Aktuellen Stunde schon gebracht haben, dass die Menschen im Zentrum unserer Überlegungen stehen sollten. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Die nächste

8.6 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptfrau-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020

Bitteschön!

Abg. Schneglberger: Danke Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Kurz und bündig stelle ich folgende mündliche Anfrage. In der Anfragebeantwortung Nr. 12 BEA wird ein Zwischenbericht zum Masterplan Klima + Energie 2020, der ein Gegenstand eines Regierungsumlaufes war, erwähnt.

Ich stelle daher folgende mündliche Anfrage. Was ist der Inhalt dieses Zwischenberichts?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Du hast fünf Minuten.

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Herr Abgeordneter, für die Anfrage zum Zwischenbericht, ich teile das, die Frage ist kurz, die Antwort braucht tatsächlich etwas länger. Es ist richtig, dass nach dem Beschluss des Masterplans im November 2015 nach eineinhalb Jahren, sozusagen im Sommer 2017 ein Zwischenbericht, also eine erste Evaluierung stattgefunden hat und auch berichtet wurde. Ich darf die in aller Kürze zusammenfassen. Die Ausgangslage: Im Masterplan heißt es ja bis zum Jahr 2020, einerseits den Anteil der erneuerbaren Energien auf 50 % oder mehr anzuheben, gleichzeitig aber auch die Treibhausgase um den Zielen, den vorgegebenen Zielen entsprechend um etwa 30 % zu senken. Das heißt, es müssen einerseits in den erneuerbaren Energien Möglichkeiten entwickelt werden zur Erzeugung, aber auch im Bereich der Effizienzsteigerung, Substitution und Treibhausgasminderung angesetzt werden.

Einer der Bereiche, der sich sehr positiv entwickelt, ist der Bereich der privaten Gebäude. Dort sind sichtbare, messbare Fortschritte zu verzeichnen. Wir haben dort allerdings auch zu erkennen, dass zwar die Gebäudequalität dank bautechnischer Vorschriften deutlich besser geworden ist, dass aber bei leicht steigender Bevölkerung dennoch die Anzahl der Hauptwohnsitze und vor allem auch die Anzahl der Fläche pro Hauptwohnsitz zunehmend ist, und damit bei besserer Gebäudequalität insgesamt eine steigende Fläche pro Person und Haushalt gegenübersteht. Gleichzeitig haben wir Bereiche, die sich nicht so gut entwickelt haben, heute schon angesprochen der Bereich der Mobilität. Es gibt dafür zwar das Landesmobilitätskonzept, das aber nicht kurzfristig so schnell Fortschritte verzeichnen kann, die auch gut messbar wären.

Gleichzeitig gibt es im Bereich der erneuerbaren Energien, der Wasserkraft, Projekte, die auf dieser Schiene bereits angerechnet werden können. Das sind die Solstufe Lehen, der Fritzbach, das Kraftwerk Dießbach und auch das Kraftwerk Gries, das derzeit in Umsetzung ist. Es gibt im Rahmen der Solarinitiative eine ganze Anzahl von Anlagen, die gefördert worden sind, sowohl aus dem Energieressort als auch aus der Wohnbauförderung und dem Wachstumsfonds. Das betrifft auch gewerbliche Anlagen. Hier wurden durch die Erleichterung der bautechnischen Vorschriften und auch durch die Wohnbauförderungsverordnungen gewisse Verfahrenserleichterungen für den Neubau und für die Bestandssanierungen erreicht.

Auch das Land Salzburg hat sich vorgenommen, im Sinne der Vorbildwirkung gewisse Richtlinien zu erlassen. Namentlich ist zu nennen die Beschaffung von effizienteren Dienstfahrzeugen, die auch in dieses Paket fällt.

Im Bereich der größeren Projekte ist leider das Geothermieprojekt der Salzburg AG nicht wie geplant umgesetzt worden. Es gibt aber trotzdem von Seiten der Salzburg AG neue Gespräche mit den Stadtwerken München. Die Salzburg AG hat auch den Claim, also die Schürfrechte für diesen Standort verlängert und es gibt begründete Hoffnung, dass das Pro-

jekt noch nicht ganz endgültig abgeschlossen ist, sondern dass zumindest die Rechte und auch die Verhandlungen fortlaufen.

Ein wichtiger Bereich von Einzelmaßnahmen ist sicher die Frage des Ausstiegs aus fossilen Heizstoffen. Das heißt das Land arbeitet daran, wie ein Gesamtprojekt aussehen kann, um aus fossilen Brennstoffen auszusteigen und einen wirtschaftlich und auch sozial verträglichen Ersatz von Ölkesseln auf längere Zeit hin einzusteigen. Also hier erwarten wir noch vor dem Jahresende einen Bericht der Arbeitsgruppe. Es gibt auch eine Arbeitsgruppe Wind, die einen Kriterienkatalog erarbeitet und neue Windstandorte auch prüft. Es gibt von allen Ressorts und allen Abteilungen ausgearbeitete Maßnahmen und Vorschläge, die auch jetzt aus allen Ressorts messbare und wirksame Maßnahmen zeitigt.

Von diesen Maßnahmen, die im Zuge der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden, sind 113 bewertete Landesmaßnahmen festgestellt worden. Das war der Stand Sommer 2016. Im eigenen Bereich des Landes konnten wir zwar damit einen Teil der gesteckten Ziele erreichen, trotzdem auch durch den Ausfall des einen oder anderen größeren Projektes stehen wir derzeit bei etwa einem Drittel der Landesziele, die wir heute vorgenommen haben, im Bereich unserer Ergebnisse. Kaum Beiträge konnten leider bisher von Seiten des Bundes hier einbezogen werden. Leider fehlen uns hier maßgebliche Beiträge, die nur auf bundesgesetzlicher Ebene auch gelöst werden können.

Es gibt eine ganze Reihe neuer Projekte. Das sind die sechs großen Partnerschaften mit Salzburg 2050, wie die SALK, das Haus der Natur, die Universität Salzburg, St. Virgil, auch die Salzburg AG und seit kurzem auch die Robert-Jungk-Bibliothek. Das sind große Partner. Dazu gibt es 15 Partnerbetriebe. Von diesen 15 Betrieben sind sechs aus dem Bereich Tourismuswirtschaft, Gasthöfe und Hotels, die übrigen neun sind produzierendes Gewerbe oder Dienstleistungen, sehr namhafte Betriebe wie Maiberger Holzbau, Tischlerei Schwab, Moldan Baustoffe, Fahngärtner. Also auch gut regional verteilt.

Die wesentlichen Maßnahmen im Zuge dieser Vereinbarungen mit den 15 Betrieben sind Umstellung der Ölheizung auf Biomasse, teilweise auch mit Mikronetzen, was die Fernwärme betrifft, sehr viele PV-Anlagen, thermische Sanierung von Gebäuden, Energiemanagement, Energieeffizienzmaßnahmen, Elektromobilität, sehr wichtig auch das ganze Programm Green Event, weil es auch ein umfassendes Maßnahmenpaket ist. Die Landesregierung hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen, die bestehende Arbeitsgruppe aus den Abteilungen 4 und 5, das ist ein gemeinsames Projekt zwischen dem Energieressort und dem Umweltressort, mit allen Maßnahmen weiterzuarbeiten, konkrete Aufträge vergeben und auch sozusagen alles zu unternehmen, um neue Maßnahmen auch zu generieren.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter, hast Du noch weitere Fragen?

Abg. Schneglberger: Danke für die umfangreiche Beantwortung dieser ersten Frage. Ich glaube wir sind uns alle einig, dass dieser Masterplan für die Zukunft des nicht nur Touris-

muslandes Salzburg ein sehr wichtiger ist. Man hat in Deiner Beantwortung auch gesehen, wie viele unterschiedliche Maßnahmen und unterschiedliche Bereiche in diesem Masterplan letztendlich bearbeitet werden oder Inhalt dessen sind.

Jetzt zu meiner zweiten Frage. Mir ist es nicht gelungen, eine Publikation dieses Zwischenberichtes zu finden. Daher meine Frage: Wurde diese bereits publiziert? Wenn nein, wird er publiziert und meine Bitte wäre, diesen den Fraktionen im Landtag zur Verfügung zu stellen, damit wir alle diese Bereiche auch konkret anschauen können.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Dadurch, dass es zwei Ressorts betrifft, glaube ich zusagen, es sind die wichtigsten Erfolge und Maßnahmen auch darin dargestellt, auch wie weitergearbeitet wird. Ich werde das veranlassen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Damit ist diese Anfrage beendet und wir kommen zur siebten

8.7 Mündliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Abschaffung des Pflegeregress

Bitteschön!

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Danke Frau Vorsitzender. Sehr geehrter Landesrat Schellhorn, lieber Heinrich!

Ich stelle folgende Anfrage. Wie in der Parlamentskorrespondenz vom 29. Juni 2017 zu lesen, hat der Nationalrat im Juni die Abschaffung des Pflegeregress ab 1. Jänner 2018 beschlossen. Als Finanzierung für die entstehenden Mehrkosten der Länder und Gemeinden stellt der Bund 100 Millionen jährlich zur Verfügung. In den darauf folgenden Medienberichterstattungen haben fast alle Bundesländer angekündigt, dass die 100 Mio. Euro nicht ausreichen werden, um die Kostenfolgen der Abschaffung zu decken.

Aus diesem Grund stelle ich folgende mündliche Anfrage: Wie hoch werden die Kostenfolgen der Abschaffung des Pflegeregresses in Salzburg geschätzt? Zweitens: Gibt es Gespräche zwischen dem Bund und zuständigen Sozialreferentinnen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden soll und wie bereitet sich das Land auf die Abschaffung mit 1. Jänner 2018 vor?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Dr. Schellhorn: Dankeschön für die Anfrage. Zunächst zu den Kosten. Die Abteilung 3 hat die voraussichtlichen Mindereinnahmen, die Mehrkosten bestehen aus Mindereinnahmen und aus mehr erwarteten Mehrkosten in der Sozialhilfe, mit 20 Mio. Euro pro

Jahr geschätzt. Der Großteil davon sind geschätzte Mehrkosten in der Sozialhilfe. Wir haben derzeit die Situation, dass 70 % der Bewohnerinnen und Bewohner in den Seniorenwohnhäusern Sozialhilfe beziehen. 30 % haben wir noch Selbstzahler und wir gehen davon aus, dass aufgrund dessen, dass in Zukunft das Vermögen nicht mehr eingesetzt werden muss bis zu 100 %, dann tatsächlich auch Sozialhilfe beantragen werden. Diese Schätzung mit den 20 Mio. basiert auf dieser Annahme. Darin noch nicht enthalten sind Kosten in der Zukunft, wenn wir mehr Seniorenwohnheimplätze brauchen. Einerseits die Baukosten natürlich für die Träger und andererseits auch in Zukunft dann die Sozialhilfekosten, die aus dem Mehrbedarf in den Seniorenwohnhäusern entstehen. Das ist noch nicht darin enthalten in diesen 20 Mio.

Aufgrund der Bestimmung, dass die Länder 100 Mio. Euro bekommen, nach dem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt, kann Salzburg mit etwas mehr als sechs Millionen Euro aufgrund unseres Bevölkerungsschlüssels als Einnahmen rechnen. Das heißt wir haben ein Delta von ca. 14 Mio. Euro, das Land und die Gemeinden, die ja zu 50 % mitzahlen, finanzieren werden müssen.

Zur zweiten Frage, ob es Gespräche gibt zwischen dem Bund und den Sozialreferentinnen. Da kann ich sagen wegen der Kosten nicht, weil da die Bundesländer vereinbart haben, dass der derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz Landeshauptmann Wallner, der gleichzeitig auch Finanzreferent in Vorarlberg ist, die Verhandlungen mit dem Bund führt und zunächst Landeshauptmann Wallner von den Ländern die Kostenschätzungen einholt und verhandelt. Ich weiß jetzt nicht, weil derzeit Wahlkampf ist, ob schon Verhandlungen stattgefunden haben, aber Tatsache ist, dass, ich habe auch mit unserem Finanzreferenten Dr. Stöckl gesprochen und vereinbart, es gibt nach der Art. 15a Vereinbarung zum Konsultationsmechanismus aus dem Jahr 1999, dort findet sich eine sehr interessante Bestimmung, die auf diesen Fall anzuwenden ist. Ich erläutere das vielleicht im Detail, weil das ganz interessant ist.

In diesem Konsultationsmechanismus ist vereinbart worden, dass eine Gebietskörperschaft, die mit Kostenfolgen durch den Gesetzesbeschluss einer anderen Gebietskörperschaft belastet wird, dann, wenn im ursprünglichen Gesetzesentwurf diese Kostenbelastung nicht enthalten war, die Möglichkeit hat, binnen eines Jahres nach Kundmachung dieser Gesetzesbestimmung den Konsultationsmechanismus auszulösen. Faktum ist, dass diese Verfassungsbestimmung im ASVG mit 1. August 2017 kundgemacht wurde, das heißt die Länder haben jetzt ein Jahr Zeit, bis Ende Juli 2018 den Konsultationsmechanismus auszulösen, danach müssen Verhandlungen über die Höhe der Kostenbelastung geführt werden und nach dem Ablauf, wenn es zu keiner Einigung kommt, kann nach Ablauf von 18 Monaten das jeweilige Land eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einbringen auf Ersatz der nachgewiesenen Kosten. Das ist eine ganz wichtige Bestimmung und Dr. Stöckl wird selbstverständlich die Frist im Auge haben, dass wir auch dann, wenn es zu keiner Einigung kommen sollte, wir das im Klagswege auch gegenüber dem Bund dann geltend machen.

Es gibt noch eine Frage: Wie ist das Land vorbereitet? Es gibt aufgrund dieser Verfassungsbestimmung, die ja in äußerst kurzer Zeit gemacht wurde und in größter Schlampigkeit gemacht wurde, es gibt dort keine Übergangsbestimmungen, deswegen treten sehr viele Vollzugsfragen auf, wo es jetzt eine Arbeitsgruppe im Sozialministerium gegeben hat und wir haben erst vor kurzem, vor zehn Tagen ungefähr, einen Schriftsatz des Sozialministeriums bekommen, die die einzelnen Rechtsfragen, die sich ergeben, beurteilen. Interessante Aspekte sind darin auch in diesem Schreiben, dass das Sozialministerium diese Verfassungsbestimmung auch so interpretiert, dass diese Bestimmung analog auch auf die Unterbringung von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen anzuwenden ist, was weitere Kostenfolgen nach sich ziehen würde.

Ich habe jetzt den Auftrag gegeben, dieses Schreiben durch unsere Legistik prüfen zu lassen, ob diese Rechtsauffassungen, die dort vertreten werden, überhaupt wirklich so richtig sind und sein können. Aber Faktum ist, dass wir schon allein meines Erachtens aus dem Gleichheitsprinzip heraus, das der Verfassungsgeber in dem Fall eigentlich gebrochen hat mit einer Verfassungsbestimmung, dass wir diese Bestimmung auch schon die Abschaffung des Regresses eigentlich auch für Menschen mit Behinderungen dann analog anwenden sollten, weil sonst haben wir eine Differenzierung, dass Menschen, die aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit im Alter in einer Einrichtung sind, kein Vermögen einsetzen müssen, während Menschen mit Behinderungen, die in einer Einrichtung sind, schon ihr Vermögen einsetzen müssten, was meines Erachtens eindeutig gleichheitswidrig und diskriminierend ist.

Es sind viele Vollzugsfragen offen, die wir aber jetzt dann mit einer Vollzugsanordnung für die Bezirksverwaltungsbehörden klar regeln werden, z.B. auch was ist mit Verlassenschaftsverfahren, die laufen, da haben die Notare viele Fragen, ob das rückwirkend ein Anspruch nicht geltend gemacht wird oder erst mit Stichtag 1. Jänner 2018. Da sind noch Fragen offen, für die wir aber rechtzeitig den Bezirksverwaltungsbehörden eine klare Vollzugsanordnung geben werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Danke. Ich fasse zusammen. Es sind noch viele Fragen offen. Ich finde es ein bisschen bedauerlich, dass so eine wichtige Entscheidung getroffen worden ist, wo so viele andere Dinge nicht mitbedacht worden sind, darf aber aus den Seniorenwohnhäusern berichten, dass sehr, sehr vielen alten und hochbetagten Menschen ein riesen Stein vom Herzen gefallen ist und das für diese Menschen ein ganz ein wunderbares Geschenk ist, das ihnen sehr viel Lebensqualität auch zusätzlich bietet. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Die nächste

8.8 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend den Butterpreis

Bitteschön!

Abg. Rothenwänder: Anfrage an den Herrn Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend den Butterpreis.

Im Land Salzburg befindet sich der Butterpreis im Höhenflug. In den letzten 16 Monaten hat sich der Butterpreis für die Salzburger Konsumenten um 80 % erhöht. Sowohl die Lebensmittelbetriebe, wie beispielsweise Bäcker, Konditor usw. wie auch die Konsumenten bekommen diese Erhöhung zu spüren. Viele Lebens- und Genussmittel werden durch die Preisexplosion teurer. Interessanterweise bekommen die Landwirte nach Quelle der Landwirtschaftskammer aber nur 13 % mehr für die Milch.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 a Geschäftsordnung des Landtages folgende mündliche Anfrage. Erstens: Worin liegt der Grund, dass der Butterpreis in kurzer Zeit gleich um 80 % gestiegen ist? Ich darf auch die beiden Unterfragen anschließen. 1.1 Was unternimmt das Land, um einen fairen Butterpreis für die Konsumenten bzw. faire Milchpreise für die Bauern zu erwirken? 1.2 Werden Sie mit den Vertretern der Molkereien über die Preisentwicklung Gespräche führen, um die Preisexplosion zu stoppen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Dankeschön. Herr Abgeordneter, zur ersten Frage worin liegt der Grund für so eine dramatische, das ist 80 %, ist außerordentlich hoch, es gibt erstens einmal eine weltweit relativ große, wesentlich stärkere Nachfrage als bisher, weil diese Palmölfettdiskussion einige Verarbeiter, und zwar große Verarbeiter in Genussmittel wieder auf tierisches Fett zurückgeführt haben, die 2008 aufgrund der außerordentlich hohen Milchpreise dort auf Palmfett umgestiegen sind. Das heißt es gibt wieder eine Bewegung zurück.

Es gibt insgesamt eine anziehende Konjunktur, macht auch ein bisschen etwas aus. Es gibt ein geringeres Angebot, weil die großen Produktionsländer Australien und Neuseeland nicht jene Mengen ermolken haben im letzten Jahr und in den heurigen ersten beiden Quartalen, wie es vier Quartale vorher war. Zum anderen hat es europaweit Beschränkungen letztes Jahr gegeben oder vorletztes Jahr im Übergang aufgrund der so niedrigen Milchpreise, wo manche ausgestiegen sind und Milch kann man nicht von heute auf morgen wieder hochfahren, das heißt wir haben zwar ein relativ stabiles, aber geringeres Niveau als vor 24 Monaten.

Eines noch. Es ist nicht so, dass jetzt die Nachfrage um 80 % gestiegen wäre, weil um 80 %, sondern das sind diese Marktmechanismen. Wir wissen, wenn das Angebot um vier bis fünf Prozent zu viel ist, verlieren wir 20 % vom Preis. Das heißt es geht dann weit über diese

normale Relation hinaus, um das Drei-, Vier- und Fünffache. Zum anderen sehen wir auch, dass die Preise im Milchbereich, insbesondere in den letzten exakt zehn Jahren extrem volatil waren, mit zwei absoluten Tiefpunkten und weniger Höhepunkten und dass relativ schnell nach unten geht, aber wieder sehr langsam nach oben sich der Milchpreis bewegt.

Was unternimmt das Land für einen fairen Butterpreis für die Konsumenten bzw. einen fairen Milchpreis für die Bauern? Man muss sagen für ein Kilogramm Butter braucht man etwa 20 Liter Milch. Das Fettäquivalent liegt bei 20 Liter, sonst kannst du einen Kilo Butter herstellen. Zum anderen sind wir 95 beim EU-Beitritt bei etwa zwei Euro Butterpreis gelegen pro Viertelkilo und jetzt kostet er € 2,39. Das heißt diese 22 Jahre dazwischen hat eine Preissteigerung von etwa 15 % oder 10 % zum jetzigen Höhepunkt nämlich. Letztes Jahr hat es Butter gegeben um 99 Cent bzw. 1,19. Muss man sozusagen wieder den Mittelwert herausrechnen, da sehen wir, dass wir momentan on top sind. Letztes Jahr war es so weit darunter, dass sozusagen das auch nicht gepasst hat natürlich.

Mir kommt diese Diskussion gar nicht so zu Unrecht, dass man auch wieder über den Wert von Lebensmitteln ein bisschen diskutiert. Was sind uns Lebensmittel wert? Im Bewusstsein, dass das in den nächsten Monaten sich wieder etwas beruhigen wird. Wenn sich jemand die Grundbedürfnisse des Lebens nicht leisten oder nicht verdienen oder sonst irgendwie erwirtschaften kann aus unterschiedlichsten Gründen, hat die Gesellschaft jenen zu helfen, die es wirklich brauchen. Ich glaube nicht, dass jetzt der Butterpreis etwas ist, da schaue ich mir die Energiepreissteigerungen an, da schaue ich mir die Wohnkostensteigerungen, aber natürlich es gibt auch Familien, die einen erhöhten Bedarf haben, weil vielleicht drei 14- bis 16-jährige Buben da sind. Also da geht schon etwas auf, aber da geht es in der Regel braucht ein Haushalt in der Woche ein Viertelkilo an Butter, wemgleich auch Butter in anderen Lebensmitteln drinnen ist und dann auch anzieht logischerweise.

Der Milchpreis ist im letzten Jahr deutlich gestiegen. Wir haben den höchsten Milchpreis in Österreich, in Salzburg, aber es ist jetzt keine Ausnahme, das ist in den letzten Jahren schon so gewesen aufgrund der Diversifizierung, dass wir vier Sorten haben. Bio, konventionell, mit dem höchsten Bioanteil in ganz Österreich und dann noch die horizontale Sortierung in Heumilch und nicht Heumilch. Wichtig ist, den Bauern, wo wir aber nicht helfen können, dass es kalkulierbar bleibt, ich bin gleich fertig. Wir haben zwischen 27 Cent und 42 Cent innerhalb kürzester Zeit alles erlebt. Das ist eine Differenz von 15 Cent bei einem Durchschnittswert von 35, das heißt um die Hälfte nach oben und nach unten. Dem Bauern wäre es lieber, wenn es kalkulierbar wäre und bliebe. Die Aufschläge werden immer noch größer und letzte Frage Vertreter der Molkereien.

Wir haben regelmäßig Gespräche. Die Molkerei in Salzburg ist kaum betroffen. Wir sind kein Butterherstellungsland, weil wir exportieren sehr viel an Milch, wir haben um 70 %, 80 % zu viel in diesem Bundesland, aber wir exportieren Fett und Eiweiß in Kombinationen in Form von Käse. Das ist die sicherste Wertschöpfung. Wenn man mit Butter ein Geld machen will, dann muss man riesig sein. Wir haben keinen riesigen Verarbeiter, das machen andere und der Eigendeckungsgrad von Butter in diesem Bundesland ist gering, auch in

Österreich kommt ein Drittel des Butters historisch aus dem Ausland. Das wird auch jetzt und in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit so bleiben, weil der Export von Käse das wesentlich bessere Geschäft ist für kleinstrukturierte Betriebe, wie eine Butterherstellung in diesen Mengen kaum durchführbar. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Vielen Dank. Herr Abgeordneter!

Abg. Rothenwänder: Danke für die ausführlichen Erläuterungen und für die Auskunft und danke auch für die positiven Bemühungen in der Angelegenheit.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Wir kommen jetzt zur letzten

8.9 Mündliche Anfrage der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Domquartier

Für diese eine Anfrage ersuche ich die Frau Präsidentin und ich übernehme dann wieder.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (hat den Vorsitz übernommen): Danke. Bitte, Frau Abgeordnete, Du hast das Wort.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Anfrage an Landesrat Schellhorn betreffend das Domquartier. Herr Landesrat!

Wie ich von vielen enttäuschten Besuchern und Besucherinnen gehört habe, wenn sie das Domquartier besuchen, kann es möglich sein, dass nicht alle Räumlichkeiten zu besichtigen sind, weil es irgendwelche Veranstaltungen gibt in der Residenz. Dennoch wird von den Besucherinnen und Besuchern der volle Eintrittspreis verlangt, anstatt einen ermäßigten Tarif zu ermöglichen.

Daher stelle ich folgende Anfrage an Sie. Warum gibt es keine Ermäßigungen für Besucherinnen, wenn bei einer Veranstaltung in der Residenz keine Besichtigung aller Räumlichkeiten möglich ist?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte!

Landesrat Dr. Schellhorn: Danke für die Anfrage. Mir ist es unverständlich, weil die Behauptung in der Anfrage, dass es keine ermäßigten Tarife gibt, nicht richtig ist. Es gibt nämlich zwei ermäßigte Tarife, wenn teilweise geschlossen ist, und zwar es gibt einen ermäßigten Tarif I. dann, wenn die Prunkräume oder die Residenzgalerie zur Gänze geschlossen sind oder eben Dommuseum und Nordoratorium gemeinsam geschlossen sind, dann ist der ermäßigte Tarif € 10,-- und wenn zwei Einrichtungen gleichzeitig, also sowohl Prunkräume als auch Dommuseum geschlossen werden, gibt es noch einen günstigeren Tarif, nämlich nur € 5,--. Also das gibt es. Es gibt natürlich Enttäuschungen von Besuchern, wenn sie hören, dass teilweise aufgrund von Veranstaltungen die Prunkräume geschlossen sind,

aber da gibt es immer ermäßigte Tarife. Deswegen ist mir die Anfrage eigentlich so unverständlich.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Dann komme ich gleich zur Zusammenfassung. Ich werde mit diesen Besucherinnen und Besuchern noch einmal reden, weil die haben sich wirklich an uns gewandt und werde dieser Sache nachgehen und im Falle eines Fragezeichens wieder an Sie herantreten. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit haben wir die Fragestunde abgeschlossen und wir sind heute sehr gut in der Zeit und daher werden wir jetzt gleich noch zur Abstimmung über die Berichte kommen. Ich rufe auf

Punkt 10: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Wie immer werde ich zuerst die einstimmig verabschiedeten und jene, wo eben auch bei einstimmigen wurde bei zwei Debatte angemeldet, die ohne Debattenbeiträge sind, einmal zusammenziehen, sie abstimmen und dann in die weitere Abstimmung gehen.

Ich verlese nunmehr jene Berichte, welche im Ausschuss einstimmig erledigt wurden. Bitte Frau Abgeordnete Steiner-Wieser!

Abg. Steiner-Wieser: Punkt 10.1 und Punkt 10.2 ist angeführt mit einstimmig. Nachdem ich nicht im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss sitze, ich werde bei beiden, bei 10.1 und 10.2 dagegen stimmen, also nicht einstimmig.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Das ist eine einstimmige Beschlussfassung im Ausschuss. Da Du im Ausschuss kein Stimmrecht hattest, bist Du außerdem so wie jeder hier immer frei in der Entscheidung, wie abgestimmt wird. Ich wiederhole nur das Abstimmungsverhalten im Ausschuss.

Ich verlese jetzt jene, die im Ausschuss einstimmig beschlossen wurden. Das sind Top

10.3 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2016
(Nr. 9 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Neuhofer)

10.4 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, HR Dr. Schöchler und Klubobfrau Mag.^a Gutschl betreffend die pensionsrechtliche Besserstellung für pflegende Personen
(Nr. 10 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

10.5 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Bartel und Obermoser betreffend die Einführung einer Nächtigungsabgabepflicht für Online-Vermietungsplattformen

(Nr. 11 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

10.6 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend die notärztliche Versorgung im nördlichen Flachgau

(Nr. 12 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

10.8 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend blinde und sehbehinderte Menschen im Bundesland Salzburg

(Nr. 14 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

10.10 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann (Nr. 152 der Beilagen 5.S 15.GP) betreffend die Ausbildung von Führungskräften in Senioren- und Pflegeeinrichtungen

(Nr. 16 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

10.11 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Abänderung des Salzburger Baupolizeigesetzes

(Nr. 17 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

10.12 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell betreffend Blaulicht-Genehmigung für die Österreichische Tierrettung

(Nr. 18 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

10.13 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die punktuelle Erweiterung Salzburgs als Weltkulturerbe mit dem Schloss Hellbrunn und der Basilika Maria Plain

(Nr. 19 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

10.14 **Bericht** des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2016

(Nr. 20 der Beilagen -Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

10.15 **Bericht** des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2017

(Nr. 21 der Beilagen -Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)

10.16 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses als Immunitäts- und Disziplinarausschuss zum Ersuchen der Staatsanwaltschaft Salzburg um Zustimmung zur behördli-

chen Verfolgung des Abgeordneten zum Salzburger Landtag Simon Hofbauer, BA wegen des Verdachtes der Verleumdung nach § 297 Abs. 1 erster Fall StGB (Zahl 59 BAZ 532/17x) vom 7. August 2017

(Nr. 22 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)

10.17 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses als Immunitäts- und Disziplinarausschuss zum Ersuchen der Staatsanwaltschaft Salzburg um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung der Abgeordneten zum Salzburger Landtag Dr.in Nicole Solarz wegen des Verdachtes der Verleumdung nach § 297 Abs. 1 erster Fall StGB (Zahl 17 St 158/17p) vom 7. August 2017

(Nr. 23 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

10.19 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes (Reihe Salzburg 2017/2) betreffend den Regionalverband Salzburger Seenland

(Nr. 25 der Beilagen -Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

Ich wiederhole noch einmal. Einstimmig 10.3, 10.4, 10.5, 10.6, 10.8, 10.10, 10.11, 10.12, 10.13, 10.14, 10.15, 10.16, 10.17 und 10.19. ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: 10.18?)

Hier ist Debatte angemeldet und darum kommt das extra. Die jetzt verlesenen wurden einstimmig und ohne Debattenbeitrag bringe ich zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind diese Berichte einstimmig angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung von Top

10.1 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Salzburger Gemeindebeamtengesetz 1968, das Salzburger Bezügegesetz 1992 und das Salzburger Gemeindesanitätsgesetz 1967 geändert werden

(Nr. 7 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

Im Ausschuss einstimmig. Wer jetzt mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Gegen die Stimmen von Helmut Naderer und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

10.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landesverwaltungsgerichtsgesetz, das Salzburger Landes-Beamtenengesetz 1987, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das

Landesbediensteten-Gehaltsgesetz, das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Landesbediensteten-Zuweisungs- und Betriebsübergangsgesetz geändert werden (Nr. 8 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchl)

Hier wurde Debatte SPÖ angemeldet. Im Ausschuss wurde einstimmig im Gesamten abgestimmt. Wer für die Annahme des Berichtes ist oder Debatte? Bitte Kollegin Hirschbichler!

Abg. Hirschbichler MBA: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben dieser Gesamtvorlage deshalb zugestimmt, wie wir ausführlich im Ausschuss schon debattiert haben, weil wir auch die positiven Aspekte der Personalvertretung und der Verhandlungen mit dem Herrn Landesrat sozusagen zustimmen wollten. Aber was wir auch ausführlich im Ausschuss diskutiert haben, sind einige Punkte, mit denen wir uns wirklich keinesfalls einverstanden erklären können und wo wir schärfste Kritik anmelden. Da geht es, wie Ihr alle wisst, insbesondere um das Thema Kündigungen im Landes- und Vertragsbedienstetengesetz und hier explizit der § 66, wo wir auch ausführlich darüber diskutiert haben.

Ich möchte hier nochmals in aller Deutlichkeit unsere schärfste Kritik zu dieser Vorgangsweise und zu dieser Vorlage ausführen, weil die vielen Punkte auch im Protokoll in der Form, also in dieser Schärfe auch nicht so wiedergegeben wurden. Deshalb möchte ich sie ganz besonders jetzt noch einmal zum Ausdruck bringen.

Es wurde diskutiert über die enorme Erhöhung dieses Kündigungsschutzes, besonders in der SALK, wo man diese Frist auf sieben Jahre verlängert hat, Kolleginnen und Kollegen, und egal welche Begutachtung oder welche Stellungnahme wir uns zu Gemüte führen, alle, wirklich alle haben sich gegen diese Vorgangsweise ausgesprochen. Es hat sich ausgesprochen der Zentralbetriebsrat, es haben sich die beiden Personalvertretungen ausgesprochen. Wir haben in der Salzburger Arbeiterkammer quer über alle Fraktionen einen einstimmigen Beschluss gefasst, der übrigens vom ÖAAB eingebracht wurde, dass wir uns gegen diese lange Frist aussprechen. Es hat gestern noch oder vorgestern, glaube ich, am 30. September hat es einen herzerreißenden Brief der Grünen Gewerkschafterinnen an alle Abgeordneten gegeben, wo auch hier noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen wird, bitte überlegt euch das gut, diese Ausweitung der Frist kommt für uns nicht in Frage und wird von uns auch schärfstens kritisiert, und zwar allein auch schon deshalb, weil die Kolleginnen und Kollegen der SALK in der Pflege ein dermaßen großes Ausmaß an Verschlechterungen in der letzten Zeit hinnehmen mussten, dass sie Übergebühr unter dieser Situation leiden. Also all diese Situationen, da habe ich noch gar nicht darüber gesprochen, ob es dem Gleichheitsgrundsatz entspricht. All diese Situationen wurden nochmals in der letzten Zeit diskutiert bzw. nochmals vorgetragen.

Ich habe im Ausschuss auch gesagt, dass ich mir nicht vorstellen kann, selber als Dienstgeber, dass ich nicht innerhalb eines Jahres wirklich feststellen kann, ob ein Mitarbeiter meinen Anforderungen entspricht oder nicht. Aber selbst wenn das so ist, dann kann man ja

auch, in der Stellungnahme oder in den Erläuterungen steht drinnen nach acht Monaten wird evaluiert, dann muss man halt eine andere Frist wählen, um das zu evaluieren. Das, was ich besonders perfide finde, ist, dass man hergeht und sagt das ist eine zweite Chance für die Mitarbeiter. Also, Kollegen, wenn man diese Fristen von einem Jahr auf sieben Jahre hinaufsetzt, dann kann man wirklich allen Ernstes nicht von einer zweiten Chance für Mitarbeiterinnen sprechen.

All das zusammenfassend möchte ich hier noch einmal und in aller Ausdrücklichkeit dokumentieren, dass sich die SPÖ-Fraktion von dieser enormen Ausweitung der Kündigungsfristen dezidiert distanziert und ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und auch im Protokoll so zu vermerken. Herzlichen Dank. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Kimbie Humer-Vogl.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte versichern, wir haben die Sorgen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Salzburger Landeskliniken gehört und wir nehmen diese auch ernst. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass es nicht im Interesse der SALK, nicht im Interesse von irgendeiner Person hier herinnen sein kann, dass das Gesetz zum Nachteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgelegt wird. Das würde zudem ja allen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen widersprechen, wenn tatsächlich diese Alpträume, die manche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offensichtlich haben und die ich auch verstehe. Ich habe z. B. gehört, dass alle sieben Jahre dann der gesamte Personalstand ausgetauscht wird, das wäre einfach absolut unvernünftig und wir gehen davon aus, dass das nicht der Fall sei.

Wir werden natürlich versprechen, wachsam zu sein und unseren politischen Einfluss dafür zu nutzen, dass das tatsächlich nicht passiert, aber vorerst bitten wir doch um Vertrauen in den größten Arbeitgeber des Landes Salzburg. Die SALK weiß schon auch, wie wertvoll seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. In diesem Sinne stimmen wir der Gesetzesvorlage zu. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Daniela Gutschi. Bitte, Du hast das Wort!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben ja sehr ausführlich bereits über diese Gesetzesvorlage diskutiert im Ausschuss und letztendlich auch einen einstimmigen Beschluss gefasst. Ich möchte es noch einmal wiederholen. Es geht in erster Linie darum, dass Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen betroffen sein können, die ohnehin von vornherein wissen, dass sie so ein begrenztes Projekt in den

Dienst der SALK tätig werden und es sind sehr häufig administrative Kräfte oder Menschen, Biologen, etc., die man dann einfach auch nicht mehr weiterbeschäftigen kann.

Es ist unsere Aufgabe im Land Salzburg, das Gesundheitssystem so aufzustellen, dass es für die Menschen da ist und dass wir es auch weiterhin finanzieren können. Da wäre es auch fahrlässig zu sagen es ist ein Automatismus da, dass es dann einfach keine Kündbarkeit mehr gibt, zumal genau bei diesen Berufsgruppen, wo wir händeringend nach Personal suchen, in der Pflege, bei den Ärzten, in verschiedenen medizinischen Berufen, überhaupt keine Sorge bestehen muss, dass es hier irgendwelche Benachteiligungen gibt, weil es geht ja hier nicht um hire und fire, sondern es geht darum, entsprechende Regeln zu schaffen, dass man als Arbeitgeber sozusagen nicht automatisch in die Bredouille kommt, wenn Personal angestellt ist, das einfach nicht mehr benötigt wird.

In diesem Sinne ist das, glaube ich, eine sehr gute Entscheidung und eines möchte ich schon auch noch sagen, liebe Heidi, dass das Personal in den SALK in letzter Zeit nur Nachteile zu verkraften hatte, das stimmt einfach nicht. Alleine wenn man überlegt, wie die ganze Gehaltstabelle entsprechend angepasst worden ist, da ist sehr viel passiert im Bereich der Ärzte, im Bereich der Pflegekräfte und ich weiß, dass gerade im Bereich der Pflege die SALK ein sehr attraktiver Arbeitsplatz ist nach wie vor, wenn wir einfach auch sehen, dass in allen anderen Bereichen, ich spreche hier konkret die sozialen Dienst an, sehr viel weniger bezahlt wird. Also so gesehen, glaube ich, dass wir hier ein bisschen an der falschen Stelle auch jammert und bin überzeugt davon, dass das eine richtige Entscheidung ist, dieses Gesetz hier so zu beschließen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster am Wort Kollege Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Für mich ist die Zahl sieben einfach nicht nachvollziehbar. Ich kenne keine einzige Arbeitsregelung, sei es im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft, wo man die Zahl sieben hernimmt. Es gibt im öffentlichen Dienst ein halbes Jahr Probezeit, dann gibt es andere Zeiten in der Privatwirtschaft, die verschieden sind, aber sieben Jahre kenne aus der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Aus der Bibel!)

... Aus der Bibel, ja die sieben fetten Jahre und die sieben mageren Jahre. Da kann es natürlich sein, dass einer sieben fette Jahre in der SALK hat und dann wird er entlassen, er hat dann sieben magere Jahre. Deswegen ist es für mich nicht ganz nachvollziehbar, weil sieben Jahre braucht kein Mensch, um zu wissen, ob jemand ins Team passt oder nicht.

Und ich werde etwas tun heute, was ich noch nie getan habe. Ich werde der Grünen Gewerkschaft folgen. Nach meinem Gewissen habe ich aber immer gestimmt.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Debatte fort. Landesrat Schwaiger hat sich gemeldet. Bitte Herr Landesrat!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Ich habe bei der Diskussion über dieses Gesamtwerk gesagt, dass ich zu Beginn keine Freude hatte mit diesen zwei Jahren, weil ich auch davon ausgegangen bin, dass man innerhalb eines Jahres oder von neun Monaten entscheiden kann.

Mir sind in der Verwaltung Fälle geschildert worden, da ist jemand hereingekommen, es ist jemand ausgefallen, ist dort hinein und er hat sich in Wahrheit genau in dieser Position nicht etablieren können, sodass man sagen müsste eigentlich ist diese Lücke nicht richtig aufgefüllt. Dann wäre die Zeit vorbei. Dann kann man, und wir haben große Abteilungen, innerhalb der Abteilung oder auch in einer anderen Abteilung, ist nicht so, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht brauchen, wir haben riesige Nachfrage im Jahrhundert. Ich glaube, dass diese zwei Jahre auch angemessen sind, aber was wir definitiv nicht haben, und ich habe es die letzten 25 Jahre als Sachbearbeiter, als Abteilungsleiter und jetzt in dieser Funktion nicht wirklich erlebt, ist eine Trennungskultur. Diese nicht geübte Trennungskultur, egal innerhalb welchen Zeitraumes, hat oftmals, und da muss jeder selbst in den Spiegel schauen und nachdenken, wo er selbst vielleicht einmal nicht gerade richtig gehandelt hat, zu einer Mehrbelastung von anderen geführt.

Diese Kulturfrage müssen wir verschärfen. Jetzt darf es aber nicht so sein, dass man von der anderen Seite des Pendels dann auf die gegenüberliegende, dass man dann genau das Gegenteil tut von bisher, das tun wir nicht, aber eine Trennungskultur ist im öffentlichen Dienst ganz einfach notwendig, ansonsten so viele mitgenommen werden, was das System nicht tragfähiger, sondern schwächer macht.

Die Diskussion über die sieben Jahre in der SALK habe ich so erlebt, dass es Forschungsaufträge gibt, die drei, vier, fünf Jahre drittmittelfinanziert großteils oder Sponsoring und dann würde dieser Forscher in einer ganz engen Richtung der Biologie oder sonst, ich kenne mich nicht aus in diesen Details, eigentlich einen Anspruch haben anzuwachsen. Da sagt dann die SALK bzw. PMU wir können nach abgeschlossener Arbeit diesen super Spezialisten in einem Gebiet, in einem so kleinen Bereich wie bei uns nicht brauchen. In der Regel wissen diejenigen auch. Ich kenne aber auch von Universitätenbereich, universitären Forschungsbereich, dass hier mit Werkverträgen und freien Dienstverträgen und Forschungsverträgen, die allesamt in Wahrheit eine sehr schlechte soziale Absicherung haben. Wenn wir diejenigen, die an der Universität forschen, dann in Werkverträge hineindrängen oder in freie Dienstverträge, dann wäre es in Summe wesentlich schlechter als ihnen einmal diesen Rahmen zu geben innerhalb dieser sieben Jahre, weil da haben sie alle Absicherungen, die man in entsprechender Weise hat, aber eine Fallfrist.

Ich glaube, dass gerade im forschenden Bereich die Internationalität immer größer wird, die Wanderungsbewegung sowieso stattfindet von Projekt, die üblich in der Forschung sind, das kann man in Salzburg nicht auf Dauer machen wahrscheinlich und dass es insofern ver-

träglich ist. Den Pflegedienst jetzt alle sieben Jahre, halte ich für ausgeschlossen. Im Gegenteil. Wir bräuchten mehr und können nicht mehr austauschen, weil dieser Nachwuchs bei weitem gar nicht da wäre.

Also in Summe war das auch meinerseits ein Kompromiss. Ich habe bei diesen sieben Jahren nicht mitgesprochen, weil das ist nicht in meinem Zuständigkeitsbereich und ich habe jetzt erwähnt, welche Argumente, weil es mich interessiert hat, mir damals genannt wurden. Für diese zwei Jahre ja, zu denen stehe ich, da bin ich überzeugt und diese sieben Jahre habe ich nur erzählt, was mir berichtet worden ist, ohne es jetzt zu beurteilen oder gar verurteilen. Ich kann nur sagen ein Ausweichen in Werk- und freie Dienstverträge wäre für diejenigen, und in der Regel sind es junge Menschen, das allerschlechteste.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landesrat. Frau Kollegin Hirschbichler hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Abg. Hirschbichler MBA: Ja, Kolleginnen und Kollegen, aber nur deshalb, weil einfach so viel im Raum steht, wo man sagen muss, da muss man noch etwas darauf antworten, weil ich habe natürlich nicht die Hoffnung, dass wir mit dieser Kritik etwas bewirken hier und heute. Das haben wir in der vergangenen Zeit schon immer gesehen, dass einfach eine demokratische Mehrheit niederstimmen kann. Das tut sie wahrscheinlich auch heute, aber ich möchte einfach noch einmal sagen, Kollegin Gutschi, wir jammern nicht, ich weiß nicht redet Ihr nicht mit Euren Personalvertretern? ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Schon, natürlich!)

... Auch die Kollegen von der Grünen Fraktion redet Ihr nicht mit den Personalvertretern? Haben Euch die nicht gesagt, was für einem enormen Arbeitsdruck sie ausgesetzt sind. Haben Euch die das nicht gesagt? Haben Euch die nicht gesagt, dass sich momentan gerade in den SALK die Arbeitsbedingungen, weil Du gesagt hast es ist eine Gehaltserhöhung gekommen, gerade in den SALK die Arbeitsfrequenz immer mehr verdichtet, dadurch die Arbeitnehmerinnen immer mehr unter Druck sind. Hier gerade im Gesundheitsbereich braucht man Arbeitsplätze und Arbeitskräfte, die ausgeruht sind, die nicht so stark unter Druck stehen.

Also wenn Ihr mit den Personalvertretern redets, dann fragt sie bitte einmal wie der Arbeitsdruck dort ist und es kommt ja nicht aus dem Himmel, es fällt ja nicht aus dem Himmel, dass alle Beurteilungen und Stellungnahmen genauso ausfallen, wie sie ausfallen, Kollegen. Nochmals. Jammern und dergleichen: es gibt in der Gewerkschaftsbewegung eine alte Regel und die heißt: Nicht Gnade, sondern Recht. Und Recht ist jetzt in diesem Fall, wenn wir diese Vorlage beschließen, sieben Jahre und alles andere, was dann darunter passiert, das ist Gnade und das ist Wohlwollen und das ist "machen wir eh nicht" und "tun wir eh nicht" und das, was ihr jetzt gerade gesagt habt.

Kolleginnen und Kollegen, die ÖVP fordert jetzt auf Bundesebene eine Angleichung der Gesetzesmaterie in diesem Bereich. Ja das können wir uns vorstellen, wie das aussieht. Das ist eine Nivellierung nach unten und das ist der erste Beweis dafür. Ich möchte nochmals sagen nochmals wir kritisieren das natürlich, wir machen uns keine falschen Hoffnungen, dass da heute etwas anderes herauskommt, aber ich bitte Euch redet mit Euren Personalvertretungen, weil die können euch das sagen und abschließend möchte ich einfach noch sagen. Ich bin davon überzeugt, dass es hier Anfechtungen geben wird und der Betriebsrat oder die Betriebsräte oder Personalvertreter haben es ja in der Ausschusssitzung auch bereits angekündigt und ich kündige jetzt an, dass wir von Seiten der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterkammer hier auch Rechtsschutz gewähren werden. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubobmann Schwaighofer und dann noch einmal Herr Landesrat. Bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich fürs erste verwehren gegen die Unterstellung, wir hätten mit unseren Personalvertretern nicht gesprochen oder wir würden das Problem irgendwie kleinreden wollen oder ähnliche Dinge, sondern es war ganz anders. Wir haben mit unseren Personalvertretern und auch mit der Personalvertretung der SALK insgesamt mehrere Gespräche geführt. Es sind drei oder vier maßgebliche Punkte: Der eine Punkt war die Verwendung an anderen Häusern. Der zweite Punkt war diese zweijährige Möglichkeit das auszudehnen, diese Art Probezeit. Das dritte waren diese sieben Jahre. Wir haben uns das angehört.

Ich muss ehrlich sagen ich war am Anfang auch eher ungläubig, weil ich mir gedacht habe, ok ich bin kein Arbeitsrechtler, ich kann mir diese sieben Jahre nicht gut erklären und wir haben dann in Gesprächen mit den Vertretern der SALK und auch mit dem zuständigen Regierungsmitglied und mit der Personalabteilung uns den Hintergrund dieser Regelung erklären lassen. Ist sie von Bösartigkeit getragen? Ist sie von einem hire und fire Gedanken getragen oder ist sie von einer Gnadenhaltung getragen, dass wir Leute gnädigerweise behalten? Nein das ist es alles nicht und, liebe Heidi Hirschbichler, Du hast jetzt selber eigentlich das Gegenargument gebracht. Wir sind der Meinung, das ist letztendlich eine sinnvolle Regelung, der Landesrat hat es auch angesprochen, gerade was diese sieben Jahre betrifft.

Wenn Du selber sagst, dass der Arbeitsdruck entsprechend ist, dass die Verdichtung der Arbeit immer mehr wird, dass der Personalmangel steigt, dann lieferst Du ja gleichzeitig die Argumente, dass das Land ganz, ganz schlecht beraten wäre, die SALK ganz schlecht beraten wäre, Mitarbeiter mutwillig freizusetzen. Das ist ja eigentlich, jetzt drehe ich es einmal um, jetzt würde ich Dir einmal ein bisschen unterstellen, liebe Heidi, ...

(Unverständlicher Zwischenruf Abgeordnete Hirschbichler MBA)

... jetzt würde ich Dir unterstellen, vielleicht auch auf dem Rücken Betroffener, wird da jetzt ein bisschen Politik gemacht, wir wissen jetzt von dem, was die Landeskrankenanstalten an Mitarbeitern suchen, dass jeder händeringend schaut nach neuen Mitarbeitern, als dass man ein Gesetz schaffen wollte, um Leute loszuwerden. Das ist das Unlogische in sich was Du sagst. Daher kann ich es nachvollziehen, wenn man bei Projekten die Möglichkeit schafft, Mitarbeiter - die wegen ihrer Profession nicht weiter einsetzbar sind - nicht weiter beschäftigen zu müssen. Es kann nicht Sinn der Sache sein, dass wir da Bereiche aufblasen, wo es kein Projekt mehr gibt, aber dafür kein Geld mehr haben, um Pflegekräfte einzustellen und Ärzte einzustellen.

Also eigentlich ist es genau der Weg, wie kann ich richtig handeln, dass ich die Kräfte, die ich brauche, einstellen kann, weil ich das finanzieren kann, und die Kräfte, die am Ende eines Projektes mit ihrer Qualifikation nicht mehr gebraucht werden, müssen nicht in den SALK-Dienst übernommen werden. Das wäre für mich ein Grund zu sagen, das ist nachvollziehbar und daher stimmen wir dieser Gesetzesvorlage auch zu, aber nicht deswegen, weil es uns wurscht ist, was mit den Mitarbeitern der SALK passiert, sondern ganz im Gegenteil. Und uns zu unterstellen oder irgendjemand da herinnen zu unterstellen, dass wir Lust daran hätten, irgendjemanden hinauszuerwerfen oder zu feuern und dass wir froh sind, wenn das ja kein Recht wird, dass sie bleiben dürfen, das finde ich eigentlich ehrlich gesagt ein bisschen unseriös von Euch. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Noch einmal Herr Landesrat!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Ich verstehe jetzt die gewisse Situation. Hier kommen halt zwei Meinungen aufeinander. Es wird aber im wirklichen Betrieb und für die Bediensteten und Betroffenen keine Auswirkung haben, überhaupt nicht, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Aber eines, wenn man sagt, dass wir mit der Personalvertretung nicht sprechen, so bin ich überzeugt, dass ich wahrscheinlich mit der Personalvertretung in vier-einhalb Jahren mehr gesprochen habe als die Personalvertretung 20 Jahre in Summe mit diesen vier meiner Vorgänger. Da bin ich überzeugt. Allein im GSN 19 Runden. Fast alle ganztätig.

Aber wenn ich dann wieder gestern, ich persönlich kriege es ja nicht, weil ich momentan nicht Landesbediensteter bin, außer Dienst sozusagen, wieder die Zeitung der FSG dann muss ich feststellen, dass mit Ausnahme der Artikel, der Vor- und der Bindewörter das nächst häufigste Wort Schwaiger ist in dieser Zeitung. Das ich mir das gerne aufbehalten hätte, irgendein Lob hat es überhaupt noch nie gegeben. Ein Beispiel.

Wir bezahlen die Sozialarbeiterinnen in ganz Österreich gemeinsam mit Vorarlberg mit Abstand am besten und hungern gerade das Innviertel und das angrenzende Vöcklabruck mit Sozialarbeiterinnen aus. Wir ziehen sie ab von dort und haben Beschwerden aus dieser Region. Dann ein Artikel, dass ich alles falsch gemacht habe bei den Sozialarbeiterinnen. Ordentliche Gehälter statt Prämien. Wir haben uns ausgemacht mit der Personalvertretung, dass wir ein Promille der Aktivsumme in Form von Prämien auszahlen können, ein Promille.

Da lacht jeder Konzern. Diese 160.000 Euro waren Sozialarbeiter im Bereich der Flüchtlinge. Das war die Umstellung der doppelten Buchhaltung. Das war die EDV. Das waren Teilbereiche in der Achter, wo extrem viel Arbeit und Umstellung, 1.000 Beratungen Vordienstzeiten und 1.000 Beratungen im neuen Gehaltsschema. Dann gibt es durchschnittlich 1.000 bis 1.500 Euro Prämien. Da regen wir uns jetzt auf, dass es manche gibt, die letztes Jahr an den Feiertagen, insbesondere im Mai durchgearbeitet haben in den Vordienstzeiten und dann wirft man denen vor, dass sie eine Prämie erhalten haben. Dann müssen wir uns über die Kultur unterhalten, ob wir diejenigen, die bereit sind, mehr zu leisten, auch wirklich mehr geben. Die Reihe wäre da noch fortsetzbar.

Ich sage nur eines. Ich bin in wenigen Tagen wieder mit den Personalvertretern beisammen. Es geht um die Pension. Ich weiß wahrscheinlich was herauskommt. Aber der Vorschlag sehr zu hinterfragen, ab 4.950 oder 80 Euro, geben wir überhaupt null, ist so ziemlich an der Grenze und wer das vorgeschlagen hat, kennen wir auch, der hat vier Buchstaben und sitzt in Wien und endet mit N. Wenn wir die Debatte so weiterführen, ist das in Summe nicht gut, jemanden wirklich null zu geben. Aber wir haben uns mit der Personalvertretung ausgemacht, dass wir die GÖD-Vorschläge und die Bundesvorschläge übernehmen. Jetzt bin ich gespannt. Wahrscheinlich bin ich wieder schuld, weil in der Öffentlichkeit das gut darstellbar ist. Aber ein Jahr kann man das vielleicht machen, null ab einem gewissen Betrag, aber im Sinne der Gleichheit und auf einem gewissen Vertrauensgrundsatz kann man das nicht aneinander ketten Jahr für Jahr. Da bekommen wir mit großer Wahrscheinlichkeit, sagen mir die Juristen, auch ein Problem. Wenn gleichzeitig Du, Herr Klubobmann, mit diesen Geschichten, was da herinnensteht, und gleichzeitig ganz etwas anderes in Wien tut, dann müsst ihr euch wirklich vorher besser abstimmen. Da kann nicht ich dafür. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir kommen jetzt zur Abstimmung dieses Ausschussberichtes. Wer für die Annahme dieses Ausschussberichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, FPS, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von Helmut Naderer und Kollegin Steiner-Wieser. Danke.

Dann rufe ich auf Top

10.7 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.ⁱⁿ Solarz betreffend Schulkosten-Monitoring (Nr. 13 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

Hier war das Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Otto Konrad gegen die Stimmen der FPS und Abgeordnete Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, Helmut Naderer und Kollegin Steiner-Wieser. Damit mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf Top

10.9 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Ökologisierung von Baumaterialien (Nr. 15 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen der FPS. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, Kollegin Steiner-Wieser und Helmut Naderer. Mehrstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Top

10.18 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend die Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H (GSWB) (Nr. 24 der Beilagen -Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)

Hier haben wir Debatte angemeldet von ÖVP und FPS. Kollege Fritz Wiedermann meldet sich für seinen Debattenbeitrag. Bitte, Du hast das Wort!

Abg. Wiedermann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Der Rechnungshofbericht zur GSWB hat natürlich und auch berechtigt ein entsprechendes Echo in den Medien gefunden und natürlich auch in der politischen Diskussion. Ohne Grund haben wir den Prüfauftrag an den Landesrechnungshof natürlich nicht gestellt. Es lagen uns ja bereits damals gewisse Hinweise vor, dass bei der einen oder anderen Vergabe es nicht unbedingt so zugegangen ist als es sein sollte. Ich drücke mich jetzt sehr vornehm und vorsichtig aus, so hoffe ich zumindest.

Die Diskussionen, aber insbesondere die politischen Debatten in den letzten zwei Wochen haben sich ja gerade in der Stadtpolitik geradezu überschlagen. Jeder und jede war dann letztlich der Aufdecker von Missständen und letztlich kam es auch irgendwo zu fast Pauschalverurteilungen der gesamten Wohnbaugenossenschaften von Forderungen bis hin keine Vergabe mehr durch die Genossenschaften, sondern 100 % Vergabe durch die Stadtpolitik. Diese Forderung kann man natürlich auch aufstellen. Ich würde aber davon mehr als abraten, weil dann ist nämlich genau das passiert oder würde das passieren, was wir alle wahrscheinlich nicht wollen, dann ist der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Wer halt dann gerade in der Stadtregierung die Nummer eins ist oder die Mehrheitseigentümer stimmenmäßig sind, die bestimmen dann wer welche Wohnung bekommt. Ich glaube, dass das nicht unbedingt im Sinne des Erfinders sein könnte.

Ich glaube wichtig ist eines für uns alle, nachdem die GSWB ja bekannterweise 50 % Stadt 50 % Land gehört, dass wir hier wirklich als Vorreiter und auch als Eigentümer ein Vorzeiprojekt haben sollten, wie es wirklich gehen sollte. Aber wenn die Politik es haben möchte, haben will, dass man die Vergabe letztlich dann rein politisch umsetzt, so könnte

man dann aber auch irgendwo vielleicht den Gedanken verlieren, brauchen wir diese GSWB noch in der Form wie sie jetzt besteht oder macht man möglicherweise eine Trennung in eine Stadt- und eine Landgesellschaft, wenn die Stadt rein darüber bestimmen will. Das wäre ein Gedanke, der vielleicht überlegenswert wäre mit all seinen Auswirkungen finanzrechtlicher Natur, Eigentumsnatur und, und, und. Also das wäre etwas, was man sich durchrechnen müsste und anschauen müsste, wenn die Politik das will.

Wir aber wollen eines, dass in dieser Causa wirklich etwas geschieht, was Ruhe in die ganze Angelegenheit bringt. Es nützt uns nichts, wenn irgendwelche Spekulationen da sind, irgendwelche Pauschalverurteilungen. Wir haben ein Instrument, das ist unser Landesrechnungshof, der die Prüfung gemacht hat. Deshalb würden wir den Antrag zum Rechnungshofbericht stellen, der an die Fraktionen bereits ausgeteilt wurde und der wie folgt lautet, die Frau Präsidentin hat ihn auch bereits: Der Landesrechnungshof wird beauftragt, eine Nachprüfung der GSWB durchzuführen, wobei insbesondere folgende Punkte geprüft werden sollen. Prüfung der Warteliste für Wohnungssuchende auf Rechtmäßigkeit und Fairnesskriterien gegenüber den Wohnungswerberinnen und Wohnungswerbern. Wie wir ja gehört haben, bei der Debatte und auch von den Ausführungen des Herrn Landesrechnungshofdirektors ihm ist keine derartige Liste vorgelegt worden. Also der Landesrechnungshof kennt eine solche Liste nicht. Weiters Prüfung der Beschlüsse des Aufsichtsrates bei der Vergabe von Miet- und Eigentumswohnungen an den Unternehmen Nahestehende oder deren Angehörige. Prüfung der Vorgänge bei der Vergabe von Miet- und Eigentumswohnungen an den Unternehmen Nahestehende oder deren Angehörige durch die Geschäftsleitung der GSWB.

Ohne jetzt irgendjemanden etwas zu unterstellen oder jemanden da nahezutreten, glaube ich wäre es doch gut, wenn wir das durch den Landesrechnungshof prüfen lassen würden. Die Aussage des Direktors Wintersteller first come first serve bei der Wohnungsvergabe, das glaube ich ist etwas, was wir so im Raum nicht stehenlassen sollten und auch nicht stehenlassen können. Alle anderen Dinge, die andere Gesellschaften und Genossenschaften betreffen, sind ganz andere Rechtspersonlichkeiten, aber hier bei der GSWB noch einmal 50 % Stadt 50 % Land muss absolute Transparenz da sein und das auch zum Schutz der Genossenschaft selber, deren Mitarbeiter, aber insbesondere von den Wohnungswerbern, seien es jetzt Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen. Darum ersuchen wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Kollege Wiedermann. Ich möchte zur Geschäftsordnung etwas anführen, bevor wir jetzt weiter in der Debatte gehen. Dieser Antrag ist als Abänderungsantrag zu werten. Der Antrag, den wir ursprünglich beschlossen haben, Bericht zur Kenntnis, wäre bei dieser Annahme würde wegfallen und es würde nur das als Ergebnis der Ausschussberatungen sein. Ich habe nachgefragt, ob es nicht ein Ergänzungsantrag wäre, nämlich Bericht zur Kenntnis des Rechnungshofberichtes und in weiterer Folge eine Nachprüfung. Das wird von der FPS nicht gewünscht. Es würde bei Annahme dieses Antrages der ursprüngliche Bericht zur Kenntnis wegfallen. Ich möchte das nur für die geschäftsordnungsgemäße Behandlung klar darlegen. Es ist nichts Zusätzliches, sondern es wäre et-

was anderes was wir beschließen. So wurde es mir jetzt gerade erläutert, dass es kein Ergänzungsantrag ist, sondern ein echter Abänderungsantrag. Wenn Ihr jetzt weitere Debattenbeiträge bringt, möchte ich nur, dass klar ist, worüber wir reden und worüber abstimmen.

Ich darf als Nächsten den Kollegen Scheinast für seinen Debattenbeitrag bitten, dann den Kollegen Mayer. Wir müssen nur ordentlich die geschäftsordnungsmäßige Behandlung durchführen. Danke.

Abg. Scheinast: Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus!

In aller Kürze, weil es schon spät ist. Grundsätzlich als Ergänzungsantrag können wir uns das sehr wohl vorstellen eine weitergehende Prüfung. Den Bericht damit nicht zur Kenntnis zu nehmen, das wäre eigentlich nicht in Ordnung, weil der Bericht uns ja eigentlich einiges aufgezeigt hat und insofern wesentlich war.

Ich glaube auch, das, was wir in der öffentlichen Debatte in den letzten Wochen diesbezüglich mitbekommen haben, hat gezeigt, dass die Mietwohnungsvergabe überwiegend in Ordnung war, aber das, was wir immer kritisiert haben, dass eigentlich die Kriterien fehlen und wer stellt was wann wem zur Verfügung. Also dass die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit nicht gegeben war und das ist der Grund auch warum wir da gerne zustimmen, vor allem auch im Bereich der Eigentumswohnungen, wo es tatsächlich nach first in first out gegangen ist, im Grunde eine hoch fragwürdige Vorgangsweise, die keinen sozialen oder wirtschaftlichen Kriterien genügt.

Insofern als Ergänzungsantrag ja, als Antrag ohne den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, nein. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Kollege Mayer, Dein Debattenbeitrag.

Abg. Mag. Mayer: Vielen Dank. Vielleicht im Sinne von dem, was der Joschi Scheinast gesagt hat, würde ich, wenn es nicht auf Konsens stößt, dann den Abänderungsantrag bringen: Erstens, der Bericht wird zur Kenntnis genommen und zweitens wie der vorliegende Bericht von der FPS ist und dann würden wir dem zustimmen, weil ich glaube auch, dass wir den Bericht zur Kenntnis nehmen sollten, haben aber auch nichts dagegen, dass wir die Nachprüfung wie von der FPS vorgeschlagen.

Muss ich jetzt den Pausenclown solange machen oder redest Du, Roland?

Zur Sache vielleicht noch ganz kurz während wir den vorbereiten. Ich glaube, dass aufgrund des Rechnungshofberichtes und vor allem aufgrund der Medienberichterstattung es mehr als gerechtfertigt ist, dass man da noch einmal genauer hinschaut. Möglicherweise, ich weiß, dass das der Landtag nicht tun kann, aber es kann die Landesregierung tun, möglicherweise sollte man sich die Vergabep Praxis auch von anderen gemeinnützigen Wohnbau-

trägern ein bisschen näher durch den Landesrechnungshof anschauen lassen, und zwar nicht - und jetzt komme ich zum wesentlichen Punkt - aufgrund eines grundsätzlichen Misstrauens, sondern auch zum Schutz der jeweiligen Gesellschaften, weil sehr viel was wir in der Zeitung gelesen haben, meiner Meinung nach auch erklärbar und nachvollziehbar ist.

Ich glaube es nicht ganz angebracht, wenn gegen alle Mitarbeiter der GSWB irgendwie der Generalverdacht der Vetternwirtschaft im Raum steht und ich glaube, das, was nicht stimmt, gehört schonungslos aufgezeigt, aber ich glaube, dass es sich da um überschaubare Fälle handelt und dass man dann auch ein bisschen die Mitarbeiter in Schutz nimmt, die jetzt doch alle ein bisschen in einem Generalverdacht stehen, was ich nicht ganz fair finde, weil wenn man sich Einzelfälle anschaut, wo von der Vergabep Praxis abgewichen worden ist, wenn jemand an Krebs erkrankt und man kurz eine Übergangswohnung braucht, dann glaube ich, dass das nicht skandalisiert werden muss, ohne da im Verdacht zu stehen, dass das eine parteipolitische Entscheidung war. Wenn eine Scheidung ist und übergangsfristig irgendetwas gesucht werden muss, dann sehe ich das auch nicht so skandalös.

Wo ich in der Tat größere Sorgfaltspflicht sehe, ist beim Verkauf von Eigentumswohnungen. Da glaube ich sollten wir uns tatsächlich überlegen, ob wir hier nicht für mehr Transparenz sorgen müssen. Die Vorgänge sind alle rechtens und rechtlich in Ordnung, aber nicht alles, was rechtlich in Ordnung ist, ist auch moralisch in Ordnung. Der gegenständliche Fall ist rechtlich in Ordnung, der durch die Medien gegeistert ist, aber ich gehe fast davon aus, dass es einige hundert Salzburger gibt, die diese Wohnung auch gerne gekauft hätten, die aber nicht gewusst haben, dass sie zum Verkauf steht und die auch gerne diesen Preis bezahlt hätten. Da glaube ich, sollten wir ein bisschen nachschärfen. Ich bin voll dafür, aber ich glaube, dass das auch ein bisschen zum Schutz der GSWB ist, dass wir hier diesen im Raum stehenden Generalverdacht, dass da überall - kann ich schon zum Reden aufhören? Wunderbar, dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP- und Grünen- Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir haben noch drei Debattenbeiträge, und zwar als Nächster Kollege Meisl und dann Kollege Schwaighofer und dann Kollege Wiedermann. Bitte, Kollege Meisl, Du bist am Wort.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Mayer!

Du hast mir sehr viel vorweggenommen. Ich glaube, dass in dieser Debatte wirklich wir die Kirche im Dorf lassen sollen. Es ist gerechtfertigt, über ein oder zwei, drei Fälle, die sich aufgetan haben, in kenne nur die Berichterstattung der Medien, ich habe mit keinem Geschäftsführer telefoniert, aber mich auch nicht näher erkundigt, weil ich glaube, dass es auch nicht notwendig war, dass man darüber diskutieren kann. Das richtige Gremium dafür ist der Aufsichtsrat meiner Meinung nach und der Aufsichtsrat beschäftigt sich offensichtlich auch intensiv damit und hat ganz klare Aufträge an die Geschäftsführung erteilt. Damit möchte ich das Ganze auch schon abschließen in der Debatte.

Was ich nicht gerechtfertigt halte, ist hier eine öffentliche Hinrichtung von einzelnen Personen. Ich würde mir das, in Klammer gesagt, auch nicht gefallen lassen und ich würde auch nicht so weit gehen, und das ist aus meiner Sicht einfach auch nicht zu akzeptieren, dass hier die gesamte Mitarbeiterschaft der GSWB in einen Vergabesumpf gesteckt wird und ein Unternehmen dargestellt wird, als ob es keine ordentliche Arbeit leistet und nicht Wertvolles für dieses Land macht, weil das auch nicht gerechtfertigt ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten großartige Arbeit in diesem Unternehmen, wie auch in allen anderen gemeinnützigen Unternehmen und ich glaube man muss unheimlich aufpassen bei dieser politischen Debatte, dass man nicht einer Branche, die für uns sehr, sehr wichtig ist, und die Wichtiges leistet in diesem Bundesland, dass man die schlecht macht.

Ich habe es auch noch nie erlebt, dass ein Stakeholder, und das sind wir als Land und Stadt Salzburger als Eigentümer dieses Unternehmens, dass wir wirklich unser eigenes Unternehmen in der Öffentlichkeit schlecht machen. Eigentlich erwarte ich mir genau das Gegenteil, dass nämlich darauf reagiert wird auf die Kritik, dass es klare Ansagen gibt, aber dass man dann auch in diesen Gremien, wo das Ganze auch stattfinden muss, nämlich in der Geschäftsleitung und im Aufsichtsrat, wo ja die Politik vertreten ist, dort auch die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden und nicht eine politische Debatte führt, die zum Ergebnis hat, dass die Geschäftsführer offensichtlich überfordert sind, Vetterwirtschaft leisten, dass ein Aufsichtsrat nicht weiß was er tut, weil ich glaube, dass das nicht zutrifft.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir dann in Zukunft die Debatte ein wenig gesetzter führen, mit weniger Aufregung und erwarte mir dann auch eine klare Berichterstattung an die Eigentümer, welche Maßnahmen in dem Unternehmen umgesetzt worden sind. Das werden wir dann erfahren. Insgesamt haben wir überhaupt kein Problem, wenn mit dieser Vorgangsweise, dass wir den Bericht zur Kenntnis nehmen und dass weitere Prüfungen durchgeführt werden, weil soweit ich das einschätzen kann, ist das alles in der Zeitung bereits gestanden, was da jetzt gefordert wird an weiteren Prüfungen. (Beifall der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Kollege Meisl. Kollege Schwaighofer!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Ich möchte dem, was der Roland gesagt hat, vollinhaltlich zustimmen. Ich glaube wir sollten uns jetzt wirklich bemühen, dass wir die Kirche wieder ins Dorf zurückbringen. Was vielleicht schon passiert ist, dass bei dieser Zusammenarbeit zwischen Landesrechnungshof und den Entscheidungsträgern bei der GSWB vielleicht nicht alles bei diesem ersten Durchgang so wunderbar gelaufen ist, weil sonst kämen nicht solche Bemerkungen in den Bericht, dass viele Dinge nicht vorgelegt werden konnten. Da gibt es vielleicht Verbesserungsbedarf, aber sonst teile ich Deine Sichtweise, dass es nicht darum geht, den Mitarbeitern dort irgendetwas zu unterstellen.

Ich möchte gerne ganz kurz meine Anregung machen. Wenn wir jetzt gemeinsam sagen, wir nehmen den Bericht zur Kenntnis, heißt das nicht, dass dieser Bericht vollständig ist

und dass wir mit allem übereinstimmen was da drinnen steht. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es einen Bericht gegeben hat, ja und aus. Ich würde Euch schon herzlich einladen, dass wir es so machen, dass Ihr den Antrag einbringt und nicht die anderen ihn einbringen müssen, weil wir ihn für richtig und sinnvoll halten. Aber wenn Ihr geschäftsordnungsmäßig das so schwierig macht, dann müssen wir das machen, aber das kann nicht der Sinn der Sache sein. Ich darf Euch hier wirklich einladen, den Bericht nehmen wir als solchen wie er ist, nur zur Kenntnis. Das wäre mein Vorschlag, sonst zäumen wir wirklich die Geschichte von Hinten auf, wenn ihr gegen Euren eigenen Antrag stimmen müsst, weil es nicht so eingebracht wurde wie Ihr wolltet. Daher die herzliche Einladung machen wir es so, dann hat das Hand und Fuß.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich noch Kollegin Steiner-Wieser und sollte noch ein weiterer Abänderungsantrag einlaufen, ersuche ich ihn ordnungsgemäß zu unterfertigen und vorzulegen, damit wir dann auch korrekt zur Abstimmung schreiten können. Bitte Kollegin Steiner-Wieser!

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Also der Rechnungshofbericht hat uns eigentlich allen in einigen Punkten die Augen geöffnet, speziell was die Vergabemethoden oder Richtlinien, die es eigentlich gar nicht gibt, die Vergabemodi von Wohnungen in Salzburg angeht. Ich bin der Meinung, da gehört eine restliche Aufklärung her und die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, informiert zu werden und alles zu wissen. Da muss ich aber dem Kollegen Meisl widersprechen, wenn es im Aufsichtsrat geschieht, diese Aufklärung also ein internes Gremium, der Aufsichtsrat ist der Verschwiegenheit verpflichtet. Wie sollte da dann jemals die Öffentlichkeit davon informiert werden können. Das geht an und für sich gar nicht. Bei allein 4.000 Wohnungssuchenden in der Stadt Salzburg und wenn man den Rechnungshofbericht liest, wie da unter Umständen vielleicht Wohnungen vergeben worden sind, dann glaube ich doch, dass sich die Menschen und Bürger in diesem Land eine volle Aufklärung von einem unabhängigen Gremium verdient haben und dass da wirklich Transparenz einkehren kann in Zukunft.

Den Bericht selbst kann ich selbstverständlich zur Kenntnis nehmen. Ohne diesen Bericht hätten wir niemals oder wären wir niemals in dieser Intensität auf das Thema aufmerksam geworden, hätten wir die Informationen nicht ganz so gehabt und ich unterstütze aber auch den Antrag der Kollegen für eine weitere Nachprüfung, weil es gehört Transparenz her. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Kollegin Steiner-Wieser. Kollege Steiner hat sich noch zu Wort gemeldet.

Abg. Steiner BA MA: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Roland, Cyriak, alles, was jetzt gefallen ist, wie gesagt die Nachprüfung haben wir eh schon verkündet, dass das so gewesen ist und wir das fordern auf der einen Seite. Das

Zweite ist so den Bericht können wir nicht zur Kenntnis nehmen, weil die Prüfung ist nicht abgeschlossen. Da sind noch sehr, sehr viele offene Fragen, wir kennen diese Spiele, das wissen wir, was da los ist. Wir fordern eine punktweise Abstimmung dieses Abänderungsantrages und genau das wird es sein und dabei belassen wir es. Mehr ist dazu nicht mehr zu sagen. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Grundsätzlich ist es ein Beweis für ein gutes Zusammenwirken aller Fraktionen, weil dem Wunsch ja auch Rechnung getragen wird, dass nicht nur die FPS eine Nachprüfung fordert, was ja auch Folgen hat in der weiteren Arbeit im Landtag, sondern dass das gemeinsam getragen wird. Mir liegen zwei Abänderungsanträge vor, wobei der weitergehende jetzt von ÖVP und Grüne eingebracht worden ist. Den bringe ich auch zur Abstimmung. Dieser lautet, hat zwei Punkte: Der Landesrechnungshofbericht wird zur Kenntnis genommen und zweitens der Landesrechnungshof wird gleichzeitig beauftragt, in den drei Punkten weiter zu untersuchen. Es wurde überdies punktweise Abstimmung beantragt.

Ich komme zur Abstimmung von Punkt eins: Kenntnisnahme des Landesrechnungshofberichtes zur GSWB. Wer für die Annahme ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Von FPS und Helmut Naderer. Damit ist dieser Punkt mehrheitlich angenommen.

Ich komme zur Abstimmung des zweiten Punktes: Die Beauftragungen für Nachprüfungen. Wer dafür stimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Dieser Punkt wurde einstimmig beschlossen.

Damit haben wir für jetzt die Abstimmungen beendet. Wir treffen uns um 14:00 Uhr in der Ausschussszusammensetzung. Ich unterbreche das Plenum jetzt. Danke. Schönen Mittag!

(Unterbrechung der Sitzung: 12:49 - 16:05 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen unsere Sitzung mit Top 10.20 fort.

10.20 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Baupolizeigesetz 1997, das Salzburger Bautechnikgesetz 2015, die Salzburger Gemeindeordnung 1994, das Gesetz LGBl. Nr. 52/2017, das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 und das Salzburger Naturschutzgesetz 1999 geändert werden

(Nr. 59 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

Die Kollegin Steiner-Wieser hat Debatte angemeldet und liebe Kollegin, Du hast das Wort.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich halte mich wirklich ganz kurz. Ich werde mich heute gegen diese Vorlage aussprechen und dagegen stimmen, nicht weil wir Freiheitliche gegen die Deregulierungen oder sonstiges sind, aber fünf Gesetze innerhalb dieser kurzen Zeit der Vorlage sich ordentlich vorzubereiten, ist wirklich hart. Ich konnte mich nicht aufgrund der kurzfristigen, kurzfristigsten Vorlage nicht gewissenhaft und ordentlich vorbereiten und werde daher heute dagegen stimmen und möchte noch einmal, ich habe es zuerst schon gehört, ich weiß, dass es nicht 100 %ig Thema ist, aber noch einmal auch deponieren und protokollieren lassen, dass wir uns nicht gegen eine Deregulierung im ROG aussprechen. Bitte um Verständnis und ich ersuche und hoffe, dass Gesetzesvorlagen, speziell wenn wir jetzt fünf Gesetze in einer Vorlage drinnen sind, früher kommen, dass man sich wirklich gut vorbereiten kann. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Damit kommen wir zur Abstimmung. Stimmverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen FPS. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad und Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, Kollegin Steiner-Wieser und Helmut Naderer. Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Top 10.21.

10.21 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum dringlichen Antrag betreffend die Einführung eines Salzburg-Land-Tickets
(Nr. 60 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Brand)

Hier ist ein Minderheitenbericht angemeldet. Bitte Frau Klubobfrau Gutschi, Du hast das Wort.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie schon angekündigt, werden wir einen Minderheitsbericht zur Nr. 60 der Beilage zum stenographischen Protokoll einbringen mit dem Minderheitsantrag die Landesregierung wird ersucht, mit Nachdruck am weiteren Ausbau des Angebots und der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu arbeiten und nach Maßgabe der budgetären Mitteln und angepasst an den Bedarf der Konsumentinnen und Konsumenten kostengünstige Jahrestickets zu entwickeln. Ich bitte um Abstimmung dieses Minderheitsantrages.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Kollege Naderer hat sich zu Wort gemeldet. Bitte, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Nur ganz kurz, weil es zuerst so ein bisschen tumultartig war. Nach § 20 3a der Geschäftsordnung steht es der Landtagspartei zu, wo diejenigen Abgeordneten, wo sie ursprünglich hergekommen sind, wenn ein Vorsitz übernommen worden ist, das Stimmrecht an die Partei zu ziehen. Das ist ein Minderheitenrecht. Das ist damals gemacht worden, wie nur zwei Grüne im Landtag waren und das habe ich genutzt. Also die Tumulte waren umsonst.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die geschäftsordnungsgemäße Darstellung. Es war nur nicht wegen den Grünen, sondern wegen der FPÖ damals. Aber es macht nichts. Es ist so wie Du dargestellt hast. Es war nur ein Hinterfragen, weil Deine Anmeldung nicht von allen gehört wurde. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Aber von der Vorsitzenden!)

... Wir kommen zur Abstimmung über den Minderheitsbericht. Wer für die Annahme dieses Minderheitenberichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, Otto Konrad und Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen der SPÖ, der FPS, Kollegin Steiner-Wieser und Helmut Naderer. Mehrheitliche Annahme des Minderheitenberichtes.

Ich rufe auf Top 10.22.

10.22 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Personalaufstockung bei der Polizei

(Nr. 61 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

Hier wurde die Beschlussfassung im Ausschuss einstimmig abgegeben. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Hier mache ich die Gegenprobe. Gibt es Gegenstimmen? Nein. Damit ist auch dieser Bericht einstimmig angenommen.

Damit haben den Tagesordnungspunkt 10 abgeschlossen. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 11: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Zu Top 11.13, 11.30, 10.44 und 10.45 wurden Debatten angemeldet. 11.44 und 11.45, pardon das ist ein Aufzeichnungsfehler. Werden diese Debattenbeiträge aufrechterhalten?

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen. Dann rufe ich auf

11.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 202-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend das Thermenprojekt St. Martin bei Lofer (Nr. 202-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

Du hast das Wort.

Abg. Steiner BA MA: Danke sehr Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Viele von Euch oder alle haben diese Anfragebeantwortung gelesen und es ist genau das herausgekommen, wovor wir immer natürlich auch gewarnt haben. Wir haben seit Jahren, über zehn Jahre der Charly schon, viele, viele Jahre was wir dieses Projekt kritisch sehen in St. Martin bei Lofer, dieses Thermenprojekt, und es ist tatsächlich so gekommen, dass wir auch hier wieder erfahren mussten, wie viele Gemeinden, hier konkret sieben, beteiligt sind und es in dieser Anfragebeantwortung tatsächlich heißt, dass nicht einmal eine strafrechtliche Verfolgung für diese Machenschaften, gerade was Geschäftsführung, die wir alle kennen, betrifft, beabsichtigt wird.

Das kritisiere ich schon. Hier geht es um sehr viel Steuergeld, das hineingeflossen ist. Es geht hier um Gelder, die den Gemeinden gehören, und da muss ich ganz einfach eines sagen. Ich plädiere darauf, dass hier wirklich von Seiten des Landes keine Förderungen mehr hineingesteckt werden, denn eines ist klar, es müssen endlich Ergebnisse da sein und von unserer Seite aus, glaube ich, haben wir ganz klar kommuniziert, dass dieses Projekt mehr wie gescheitert ist und, lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich kann nur an Dich appellieren, ich bitte, dass diese Gemeinden, die dort beteiligt sind, auch nicht um deren einbezahltes Geld umfallen. Ich glaube schon, dass es ein enormes Loch reißen würde in diese Gemeindekassen, wenn es hier auf einmal heißen würde, dieses Geld würde nicht mehr zurückzukommen. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für diesen Debattenbeitrag. Gibt es sonstige Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Es gibt noch einen Debattenbeitrag zu

11.30 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 220-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Förderungen in der Jugendarbeit (Nr. 220-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

Bitte, Kollege Steiner, Du hast das Wort.

Abg. Steiner BA MA: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist nicht weil man so gerne redet hier, sondern es sind einige Sachen, die ausgesprochen werden müssen, sage ich in dieser Anfragebeantwortung. Wenn wir hier rund um die Akzente uns das in Erinnerung rufen, wie es in diesem Ausschuss hier zugegangen ist und was hier alles gesprochen wurde und aufgeklärt wurde, dann darf ich auch in Erinnerung rufen, dass es wirklich für mich unverständlich war, und die Frau Landesrätin ist leider nicht da, aber ich nehme an, lieber Cyriak, dass Du das der Frau Landesrätin auch so übermitteln wirst. Wie wir angefragt haben, eine Kostenstelle hinterfragt haben, weil es wirklich sehr, sehr viel war aus unserer Sicht, gerade Dolmetscherkosten und die ganzen Kosten, die angefallen sind im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung, hat man vorerst keine Auskunft bekommen. Auf der anderen Seite wird man von der Kronen Zeitung dann angerufen und die haben alle Fakten gehabt. Da muss ich schon ganz offen eines sagen.

Als Landtagsabgeordneter kommt man sich hier ganz einfach veräppelt vor. Wenn man anfragt und hier hinterfragen möchte und selbst bekommt man diese Auskunft nicht, andere, die nicht in diesem Hohen Haus sitzen, werden aber die Daten zur Verfügung gestellt, das ist nicht ohne, das muss ich ganz offen sagen. ...

(Zwischenruf Abg. Heilig-Hofbauer BA: Das ist ein Blödsinn!)

... Das ist kein Blödsinn, Simon, das kannst Du noch zehnmal sagen, dann zeige ich Dir die Uhrzeit wann es übermittelt worden ist, dann wirst Du sehen, dass es kein Blödsinn ist. Tut nicht immer reden, sondern tut's einmal die Fakten ernst nehmen, was wir wirklich haben. Das verstehe ich einfach nicht, denn das ist der Grund gewesen, warum wir eine Aktensicht begehrt haben. Diese Akteneinsicht ist noch nicht ausgestanden. Das wird ganz genauestens kontrolliert werden von uns, Simon, und ich glaube, dass es auch notwendig ist. Denn warum muss man hier so herumtun, dürft's nicht sehen, könnt's nicht sehen, andere bekommen es und werden Schlagwörter verwendet, Überschriften, keine Details präsentiert und eines muss ich noch einmal sagen. Ich glaube ich habe das ganz klar detailliert auch in einem medialen Bericht, dass diese Vorgangsweise mit Sicherheit keine Zustimmung findet von unserer Seite her und ich bitte wirklich, in Zukunft einen ordnungsgemäßen Instanzen-gang hier zu halten. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten und des Klubobmannes Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für diesen Debattenbeitrag. Gibt es zu diesem Punkt 11.30 weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit haben wir auch den Tagesordnungspunkt 11 abgeschlossen.

11.1 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 188-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend den Ergebnissen der Verkehrspolitik seit 2004
(Nr. 188-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.2 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr-189-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Lan-

deshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Prämien und Gehälter
(Nr. 189-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.3 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 190-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend ULSZ Rif
(Nr. 190-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.4 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 193-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Ärztemangel
(Nr. 193-BEA der Beilagen d. 5.S.d.15.GP)

11.5 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr. 194-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Arbeitsbedingungen in den SALK
(Nr. 194-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.6 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Schneglberger an die Landesregierung (Nr. 195-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die personelle Situation der Polizei im Bundesland Salzburg
(Nr. 195-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.7 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 196-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend den Atomstromanteil im Netz der Salzburg AG
(Nr. 196-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.8 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung (Nr. 197-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend die Kosten pro Buskilometer
(Nr. 197-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 198-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2017
(Nr. 198-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 199-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beant-

wortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2017
(Nr. 199-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 200-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Sicherheitsbedingungen für Salzburger Bahnen
(Nr. 200-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 201-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend den neuen „Taferlklassler-Test“
(Nr. 201-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.14 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 203-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Gesundheitsförderung für Menschen mit Behinderung
(Nr. 203-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.15 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 204-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend der Kürzung des Budgets für Straßenbau
(Nr. 204-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.16 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 205-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Begegnungszonen
(Nr. 205-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.17 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr (Nr. 206-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Klein- bzw. Startwohnungen
(Nr. 206-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.18 **Anfrage** der Abg. Konrad MBA und HR Dr. Schöchler an Landesrat Mayr (Nr. 207-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend finanzielle Entwicklung des öffentlichen Stadtverkehrs
(Nr. 207-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.19 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 208-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Förderung von Frauenberatungsstellen
(Nr. 208-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.20 **Anfrage** der Landtagspräsidentin Dr.in Pallauf und HR Dr. SchöchI an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 210-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018
(Nr. 210-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.21 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Abg. Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 211-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen
(Nr. 211-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.22 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 212-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend nicht mehr ignorierbare Verhaltensauffälligkeiten eines Bürgermeisterorganes mit dem konkreten verbalen Ausfluss: „ihr kotzt mich alle an“
(Nr. 212-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.23 **Anfrage** der Abg. Schneglberger und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 213-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.in Rössler - betreffend Tierschutz
(Nr. 213-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung (Nr. 214-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend genehmigter Tierversuche im Bundesland Salzburg
(Nr. 214-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.25 **Dringliche Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 215-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Zuständigkeiten von Landesbediensteten im Verfahren 380-kV-Salzburgleitung
(Nr. 215-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.26 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. SchöchI und Jöbstl an die Landesregierung (Nr. 216-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Jugendgemeinderäte in Salzburg
(Nr. 216-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.27 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 217-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend externe Expertinnen und Experten der Salzburg AG
(Nr. 217-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.28 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 218-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.in Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend den Wasserpegel des Wolfgangsees
(Nr. 218-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.29 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 219-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend akustische Warnsignale für Wildwechsel
(Nr. 219-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.31 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 221-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend das Baum- und Bienensterben im Land Salzburg
(Nr. 221-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.32 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, HR Dr. Schöchli und Jöbstl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 222-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Auswirkungen der Bildungsreform auf Salzburger Sonderschulen
(Nr. 222-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.33 **Anfrage** der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 223-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Salzburg 20.16 GmbH
(Nr. 223-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.34 **Anfrage** der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 224-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Projektabwicklung im Rahmen des Jubiläumsjahres Salzburg 20.16
(Nr. 224-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.35 **Anfrage** der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 225-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Medienkooperation im Rahmen von Salzburg 20.16
(Nr. 225-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.36 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (226-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) bezüglich türkischer Doppeltaatsbürgerschaften im Land Salzburg
(Nr. 226-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.37 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 227-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die psychosoziale Versorgung im Bundesland Salzburg
(Nr. 227-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.38 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 228-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Primärversorgungszentren im Land Salzburg
(Nr. 228-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.39 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. Schöchli an Landesrat Mayr (Nr. 229-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Teilnahme an der vom Bundesministerium für ein lebenswertes Österreich unterstützten Initiative „Gemeinsam mobil“
(Nr. 229-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.40 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 230-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Salzburg
(Nr. 230-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.41 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 231-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend Geschwindigkeitsüberwachung in Tunnelbereichen
(Nr. 231-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.42 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Sieberth und Heilig-Hofbauer BA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 232-ANF der Beilagen d.5.S.d.15.GP) betreffend die Weiterentwicklung der Qualität in der Kinderbetreuung
(Nr. 232-BEA der Beilagen d.5.S.d.15.GP)

11.43 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 1-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2017
(Nr. 1-BEA der Beilagen)

11.44 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr (Nr. 2-ANF der Beilagen) betreffend die Vergabe von Eigentumswohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV)
(Nr. 2-BEA der Beilagen)

11.45 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landesrat Mayr (Nr. 3-ANF der Beilagen) betreffend die Vergabe von geförderten Mietwohnungen durch Gemeinnützige Bauvereinigungen (GBV), Städte und Gemeinden
(Nr. 3-BEA der Beilagen)

11.46 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 4-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Strafzahlungen im Zusammenhang mit der Salzburger Finanzcausa
(Nr. 4-BEA der Beilagen)

11.47 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 5-ANF der Beilagen) betreffend Zweck und Kosten ihrer Auslandsreisen
(Nr. 5-BEA der Beilagen)

11.48 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz, Klubvorsitzenden Steidl und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 6-ANF der Beilagen) betreffend schulische Tagesbetreuung
(Nr. 6-BEA der Beilagen)

11.49 **Anfrage** der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 7-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend eventuelle Bußgeldzahlungen an die EU-Kommission
(Nr. 7-BEA der Beilagen)

11.50 **Anfrage** der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 8-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Finanzgeschäfte von Gemeinden
(Nr. 8-BEA der Beilagen)

11.51 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 9-ANF der Beilagen) betreffend öffentliche Sportförderung
(Nr. 9-BEA der Beilagen)

11.52 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 10-ANF der Beilagen) betreffend Investitionsplan SALK - Haus B
(Nr. 10-BEA der Beilagen)

11.53 **Anfrage** der Abg. Heilig-Hofbauer BA und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 11-ANF der Beilagen) betreffend die Beklebung von Bussen des Öffentlichen Verkehrs
(Nr. 11-BEA der Beilagen)

11.54 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 12-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2017
(Nr. 12-BEA der Beilagen)

11.55 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 13-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Chalets in Unken
(Nr. 13-BEA der Beilagen)

11.56 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an Landesrat Mayr (Nr. 14-ANF der Beilagen) betreffend Anstieg der Zahl der Schwertransporter auf Salzburger Straßen
(Nr. 14-BEA der Beilagen)

11.57 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung (Nr. 15-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Kindergesundheit
(Nr. 15-BEA der Beilagen)

11.58 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 16-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Sportförderung
(Nr. 16-BEA der Beilagen)

Ich rufe auf

Punkt 12: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

12.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017 betreffend eine Änderung des Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetzes 1986
(Nr. 26 der Beilagen)

12.2 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 9. November 2016 betreffend die psychische Versorgung im Bundesland Salzburg und zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend die psychiatrische Versorgung in der Versorgungsregion Süd
(Nr. 27 der Beilagen)

12.3 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Februar 2016 betreffend ein Aktionsjahr für Kindergesundheit
(Nr. 28 der Beilagen)

12.4 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Salzburg (Nr. 29 der Beilagen)

12.5 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend Felbertauernstraße im Stadtgebiet Mittersill (Nr. 30 der Beilagen)

12.6 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017 betreffend Öffi-Tarife für Pensionisten (Nr. 31 der Beilagen)

12.7 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017 betreffend SeniorInnenticket (Nr. 32 der Beilagen)

12.8 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 15. Dezember 2010 betreffend eine Salzburger "Offensive Barrierefreiheit" (Nr. 34 der Beilagen)

Hier gab es keine Debattenanmeldungen. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich schließe die 1. Sitzung der laufenden Session und berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 8. November 2017, 9:00 Uhr ein und wünsche Euch allen einen schönen Abend. Danke.

(Ende der Sitzung: 16:15 Uhr)

- -

Dieses Protokoll wurde
am **8. November 2017**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in: